

Reale Bildung

in Rheinland-Pfalz



Verband Reale Bildung
Landesverband Rheinland-Pfalz e.V.



Heimat
und
Multikultur

„Diversity
Management“
in Schule und
Gesellschaft

Unsere
Gesellschaft
ändert sich...

Gesellschaft
und
Gemeinschaft

Veränderungen in unserer Gesellschaft

MIGRATION, DIVERSITÄT, DEMOKRATIE UND GESELLSCHAFTLICHER ZUSAMMENHALT

19. März 2020
Hauptversammlung
in Ingelheim
Infos auf der Heft-
Rückseite +++ Einladung
liegt bei

- Bildungsstudien:** Und was nun?
- Realschule plus:** Schule der Chancen
- DigitalPakt:** Warnung vor „digitaler Spaltung“
- Grenzen setzen:** Umgang mit Cybermobbing und Sexting
- Neue Rubrik:** Analoge Begegnungen
- KlarText:** Lehrkräfte entlasten

Inhalt

Ausgabe Dezember 2019

Titelthema

- **Veränderungen in unserer Gesellschaft: Migration, Diversität, Demokratie und gesellschaftlicher Zusammenhalt** 6

Bildungspolitik

- Pinnwand 10

- DIPF-Studie: Was macht weiterführende Schulen attraktiv? 11

- Wolfgang Wünschel im Dialog mit Sascha Lobo:**
Der Realitätsschock in der Schule 12

- **Bildungsstudien – und was nun?** 13

VRB-Verbandsarbeit

- VRB im Gespräch mit dem Landkreistag:** „Stärkung der Realschulen plus liegt uns am Herzen“ 15

- VRB im Austausch mit der SPD-Landtagsfraktion:**
Arbeitsplatz Realschule attraktiver machen 17

- VRB im Gespräch mit der CDU-Landtagsfraktion:**
Wie steht die CDU zur Realschule plus? 18

- dbb Bund:** Frauenpolitische Fachtagung unter dem Motto
„Geschlechtergerechtigkeit: Da geht noch mehr!“ 19

- Landesdelegiertentag 2019:** Wichtige Impulse für die Verbandsarbeit 20

- Landeshauptvorstand in Oberheimbach:**
Weichenstellungen und verbandspolitische Impulse 22

- dbb Gewerkschaftstag 2019:** Engagiert! Kompetent! Unverzichtbar! 23

- VRB-Themenfokus:** Stärkung der Klassenlehrerin und des Klassenlehrers 25

- dbb-Jugendarbeit:** Start-Workshop in Leipzig 25

- Nachtrag Fachkongress 2019:** VRB unterstützt Aufklärungsarbeit 25

- Landesversammlung der Pensionärinnen und Pensionäre** 26

Schule in Rheinland-Pfalz

- Landeselterntag 2019:**
„Bildungspolitik – Anspruch und Wirklichkeit und Wahrnehmung“ 28

- Ruhestand: Rosemarie Höh-Eymael verabschiedet** 29

- **„Schule der Chancen“:** Landesweite Wochen der Realschulen plus 30
- Haiku 31

- Auf ein Wort, Herr Neuhoff!** 32

- Statistik: Schülerzahlen Klasse 5 in Rheinland-Pfalz** 34

- **VRB-Pressemitteilung:** Der VRB warnt vor „digitaler Spaltung“ 34

6 VERÄNDERUNGEN IN DER GESELLSCHAFT: MIGRATION, DIVERSITÄT, DEMOKRATIE UND GESELLSCHAFTLICHER ZUSAMMENHALT



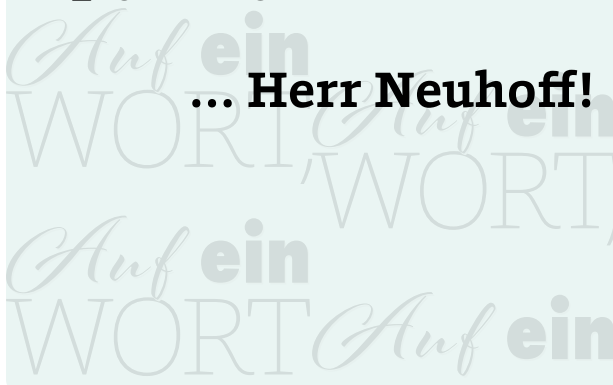
13 STUDIEN - UND WAS NUN?



19 FRAUENPOLITISCHE FACHTAGUNG



32 AUF EIN WORT



36_CYBERMOBBING UND SEXTING – BESONDERE FORMEN DES MOBBINGS



41_IM GESPRÄCH MIT DR. PETER BUNG ZUM ACHTZIGSTEN



46_ANALOGE BEGEGNUNGEN

NEU



62_KLARTEXT: ATTRAKTIVITÄT DES ARBEITSPLATZES SCHULE STEIGERN. LEHRKRÄFTE ENTLASTEN STATT ÜBERLASTEN!



Schule und Recht

Pinnwand 35

VRB im Gespräch mit Rechtsanwältin Antonia Dufeu:

Cybermobbing und Sexting – besondere Formen von Mobbing 36 ◀

Themen und Fundstellenübersicht:

Schulrecht, Dienstrecht und Medienrecht 38

Gerichtsurteil: Kein Beihilfeanspruch für Fahrtkosten zu ambulanten Maßnahmen 39

Beruf Lehrer

Pinnwand 40

Dr. Peter Bung zum Achtzigsten:

Pendeln zwischen Praxis und Theorie 41

Unterrichten – Pädagogik, Didaktik und Methodik

Pinnwand 44

Gesellschaftliche Debatte: Rechtschreibfehler auch außerhalb des Faches Deutsch mit Notenabzug ahnden? 45

Analoge Begegnungen:

Dirk Reinhardt: Train Kids – Lesung in der KARS Landau 46 ◀

VRB-Bezirk Koblenz

Gespräch mit HWK Koblenz: Die Effizienz der schulischen Berufsorientierung steigern! 47

Klausurtagung: Positive Mitgliederentwicklung im Bezirk Koblenz 48

VRB im Zentrum für Lehrerbildung:

Informationen zum Vorbereitungsdiens 49

VRB-Service Ausbildung: Smartboard-Schulungen und Informationsveranstaltung für Lehramtsanwärterinnen und -anwärter 49

VRB vor Ort: Schulbesuch und Smartboard-Schulung an der RS plus mit FOS Hörh-Grenzhausen 50

Pensionärstreffen 2019:

Die Sayner Hütte – ein Denkmal der Industriekultur 50

VRB-Bezirk Neustadt

Bezirksversammlung: Zehn Jahre Schulstrukturreform 51

Personalräte-Fortbildung:

Belastungen und Beanspruchungen in den Schulen 53

Delegiertenwechsel: Monika Weis-Müller und Gisela Schmidt verabschiedet

..... 55

VRB-Bezirk Trier

VRB-Bezirksversammlung: „Auf die Stimme kommt es an“ 56

Zweites IGS-Symposium: Teilzeit, Mutterschutz und Elternzeit 57

Termine, Service und Internes

Infos zur Mitgliederverwaltung, Beiträgen und VRB-Handbuch 58

Impressum 59

Geburtstagswünsche 60

Vorschau auf das nächste Heft 61

KlarText!

Attraktivität des Arbeitsplatzes Schule steigern:

Lehrkräfte entlasten statt überlasten! 62 ◀

Veränderungen.



Das Motto der kommenden VRB Hauptversammlung lautet „Herausforderungen 2020 – Schule und Gesellschaft“. Timo Lichtenthäler lädt dazu ein. Er sieht in der Teilnahme eine Chance, ein Zeichen der Solidarität zu setzen.

Michael Eich beleuchtet in seinem Klartext den Arbeitsplatz Schule. Die Landesregierung hat die gestiegenen Belastungen der Lehrkräfte bislang weitgehend ignoriert. Die Folgen sind bereits spürbar. Dabei liegen Lösungen auf dem Tisch.

Titelgeschichte:

Unsere Gesellschaft ändert sich

Die bis heute geführte gesellschaftliche Debatte zur Flucht und Migration sieht der Politikwissenschaftler Dr. Florian Pfeil lediglich als Symptom einer tiefgreifenden gesellschaftlichen Veränderung. Gesellschaftlicher Wandel ist nichts Neues! Aus Wandel entstehen Konflikte. Zu den Faktoren des Wandels und der daraus resultierenden Konflikte zählt die veränderte Altersverteilung in der Bundesrepublik Deutschland. Folgenreich seien die Perspektiven der Altersvorsorge, die zunehmende Zahl pflegebedürftiger Menschen, die ärztliche Unterversorgung in ländlichen Gebieten, die abnehmende Zahl von Beschäftigten, das Stadt-Land-Gefälle und die dadurch bedingten Immobilienpreise sowie die Veränderungen in der Arbeitswelt.

Realitätsschock

Der Blogger, Journalist und Podcaster Sascha Lobo erklärt in seinem neuesten Buch, warum die Welt plötzlich aus den Fugen geraten zu sein scheint. Es heißt „Realitätsschock. Zehn Lehren aus der Gegenwart“. Lobo befasst sich thematisch meist mit dem Internet und digitalen Technologien. Ich sprach mit ihm bei der Buchmesse über den Realitätsschock in der Schule und erhielt eine überraschende Antwort.

Rechtssicherheit beim Umgang mit Cybermobbing und Sexting

Fast jede(r) sechste 15-Jährige in Deutschland ist Opfer von Mobbing. Besondere Formen von Mobbing sind Cybermobbing und Sexting. Die neuen Medien und deren intensiver Gebrauch gerade schon im Schüleralter verstärken die Wirkung bei den Mobbingopfern. Schulen geraten schnell in Verdacht, durch Untätigkeit und falsche Einschätzung der Situation der Opfer zur Eskalation beizutragen. Im Gespräch mit Rechtsanwältin Antonia Dufeu sucht Wilfried Rausch Antworten auf die Frage, wie Rechtssicherheit im Umgang mit den Phänomenen Cybermobbing und Sexting gewährleistet werden kann.

Bildungsstudien – und was nun?

Alljährlich zu Schuljahresbeginn wird die pädagogische Fachwelt mit der Veröffentlichung zahlreicher Studien „beglückt“. Sie fördern zum Teil Erstaunliches zutage, wie z. B., dass die rheinland-pfälzischen Lehrerinnen und Lehrer mehr Schülerinnen und Schüler pro Lehrkraft betreuen als in jedem anderen Bundesland. Wolfgang Häring schaut sich mit Blick auf die rheinland-pfälzische Schulpolitik die wichtigsten Studien an und leitet Forderungen daraus ab.

Neue Rubrik: Analoge Begegnungen

In unserer neuen Rubrik „Analoge Begegnungen“ wollen wir in losen Abständen Lesungen von Autoren an Schulen vorstellen. Dabei sollen die „magischen Momente“ beim Vorlesen eines Buches festgehalten werden – durch Ihre Bilder und persönlichen Eindrücke. Aber auch Empfehlungen und Kontaktdaten sollen an Kolleginnen und Kollegen weitergege-

ben werden. Monika Antoni betreut die Reihe. Wir starten mit einer Lesung des Jugendbuchautors Dirk Reinhardt. Er las in Landau aus seinem Buch „Train Kids“.

Auch das gibt es in dieser Ausgabe zu entdecken.

Gleichwertigkeit. Ein „Post“ an eine junge Mutter, welche vor einer Fleischtheke mit dem Finger auf eine Verkäuferin gezeigt hat...

Regionalentwicklung. Berno Neuhoff ist ehrenamtlicher Stadtbürgermeister in Wissen und Leiter des Referates „Regionalentwicklung“ bei der Kreisverwaltung Altenkirchen. Wilfried Rausch traf ihn „Auf ein Wort...“

Engagiert! Kompetent! Unverzichtbar! Unter diesem Motto stand der dbb-Gewerkschaftstag in Mainz mit der Wahl einer neuen Landesleitung und den Weichenstellungen für die Gewerkschaftspolitik bis 2024.

Themenfokus. Der VRB rückt die Arbeitsbedingungen in der Schule in den Blick der Politik. Den ersten Themenfokus richten wir auf die Klassenleiterin und den Klassenleiter. Wir fordern eine Absenkung ihrer Unterrichtsverpflichtung als Ausgleich für immer komplexer werdende außerunterrichtliche Aufgaben.

Seniorinnen und Senioren. Bei der ersten ganztägigen Landesversammlung hielten sich Informationsangebote und Kultur die Waage. Landesvorsitzender Timo Lichtenthäler lud zum engen Austausch ein: „Ihre Erfahrungen sind uns wichtig!“

Hauptversammlung am 19. März 2020. Neuwahl des Landesvorstandes. Einladungen und Anmeldevordruck für die Mitgliederversammlung liegen dem Heft bei. Die Tagesordnung der öffentlichen Nachmittagsveranstaltung finden Sie auf der Heftrückseite.

Liebe Leserinnen und Leser, ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre. Vielleicht finden Sie Zeit, uns zu schreiben.

Ihr Wolfgang Wünschel



Herausforderungen 2020 – Schule und Gesellschaft

Einladung zur Hauptversammlung am 19. März 2020 in Ingelheim

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

während sich das Kalenderjahr 2019 dem Ende entgegen neigt, richten wir im Verband bereits den Blick auf die Hauptversammlung, die im Frühjahr 2020 stattfinden wird.

In den letzten vier Jahren haben wir uns vielen bildungspolitischen Herausforderungen stellen müssen. Unsere Verbandsarbeit üben wir ehrenamtlich aus und sind auf Unterstützung angewiesen. Viele Kolleginnen und Kollegen arbeiten auf den unterschiedlichsten Ebenen im Verband Reale Bildung mit. Diese Arbeit macht Freude. Mitgestalten heißt auch, das wichtige Mitbestimmungsrecht wahrzunehmen. Bildungspolitisch wird immer deutlicher, wie unentbehrlich eine undogmatische Vertretung für Lehrkräfte ist.

Ich möchte an dieser Stelle all jenen danken, die unsere Verbandsarbeit auch in dieser Legislaturperiode im Delegiertenamt, in den Bezirksvorständen oder in den vielen anderen Gremien getragen und mitbestimmt haben.

„Herausforderungen 2020 – Schule und Gesellschaft“ heißt das Motto unserer Hauptversammlung und dieses soll keinesfalls eine Momentaufnahme des dann aktuellen Jahres werden. Es steht deutlich über den Tag hinaus. Die gesellschaftlichen Herausforderungen machen vor unseren Schulen nicht Halt. Und diese Herausforderungen nehmen die Lehrerinnen und Lehrer tagtäglich mit hoher Sachkompetenz und Empathie wahr. In den zurückliegenden vier Jahren haben wir uns gegenüber den bildungspolitisch Verantwortlichen deutlich positioniert. Unsere Verbandszeitschrift stellte dabei ein gutes Kommunikationsmedium dar,

um Einblicke in unsere Arbeit zu vermitteln. Wir erkennen an, dass die Landesregierung die reale Bildung im Blick hat und schon einige Weichen in die richtige Richtung gestellt hat. Wir begrüßen, dass die Fortzahlung der in befristeten Verträgen beschäftigten Lehrkräfte in den Sommerferien gewährleistet wurde und dass das Funktionsstellentableau weiter ausgebaut wird. Doch auch im Jahr 2020 werden die Herausforderungen nicht weniger und daher werden sich daraus für uns weitere Forderungen ableiten, für die wir uns einsetzen werden.

Die Lehrkräfte haben einen Anspruch auf adäquate Arbeitsbedingungen und auf Voraussetzungen, die eine optimale Unterrichtsarbeit gewährleisten – digital wie analog. Hier sehen wir noch großen Handlungsbedarf.

Der VRB ist auf den Schulterchluss aller Lehrkräfte angewiesen, die sich diesen Anliegen verpflichtet fühlen. So bitte ich Sie, mit Ihrer Teilnahme an der Hauptversammlung ein Zeichen der Solidarität zu setzen. Nur gemeinsam können wir weiterhin wichtige Impulse und Akzente setzen.

Im Namen des Landesvorstandes möchte ich Sie zur Teilnahme an der Hauptversammlung nach Ingelheim einladen.

Abschließend wünsche ich Ihnen und Ihren Familien Gesundheit, ein besinnliches Weihnachtsfest und einen guten Start ins Jahr 2020.

Ihr Timo Lichtenthäler

Timo Lichtenthäler



**19. März 2020
Hauptversammlung
in Ingelheim**
Infos auf der Heft-
Rückseite +++ Einladung
liegt bei

Veränderungen in unserer Gesellschaft

MIGRATION, DIVERSITÄT, DEMOKRATIE UND GESELLSCHAFTLICHER ZUSAMMENHALT

Unsere
Gesellschaft
ändert sich...

Gesellschaftlicher Wandel ist nichts Neues! Und aus Wandel entstehen Konflikte. Zu den Faktoren des Wandels und der daraus resultierenden Konflikte zählt beispielsweise die veränderte Altersverteilung in der Bundesrepublik Deutschland. Ein weiteres Beispiel sind die Veränderungen in der Arbeitswelt infolge des Fachkräftemangels oder der Digitalisierung bzw. Robotisierung.

Der Politikwissenschaftler Dr. Florian Pfeil, Direktor der Fridtjof-Nansen-Akademie für politische Bildung im Weiterbildungszentrum Ingelheim, hat beim Landesdelegiertentag 2019 über aktuelle Veränderungen in unserer Gesellschaft referiert. Bernd Karst hat den Vortrag und den Austausch mit den Teilnehmern der Veranstaltung für RBiRP zusammengefasst.



Gesellschaft
und
Gemeinschaft

Heimat
und
Multikultur

„Diversity
Management“
in Schule und
Gesellschaft

Dr. Florian Pfeil will mit Vorurteilen aufräumen

Dr. Pfeil will für Fluchtursachen sensibilisieren, mit Vorurteilen aufräumen und ein wechselseitiges Verständnis zwischen Deutschen und Migranten schaffen. Er sei kein Lehrer, wolle daher nicht erklären, was Schule diesbezüglich tun soll, sondern lediglich Ansatzpunkte liefern, also wissenschaftlich fundierte Argumente präsentieren und diese mitunter persönlich kommentieren.

Migrationsdebatte: Symptom einer gesellschaftlichen Veränderung

Florian Pfeil verweist einleitend auf das mit Blick auf die hohen Flüchtlingszahlen historisch bedeutsame Jahr 2015. Deutschland habe begonnen, sich in der öffentlichen Wahrnehmung zu spalten: auf der einen Seite sichtbar die Welle der Empathie und Bereitschaft zur Übernahme von Ehrenämtern, auf der anderen Seite das veränderte politische Klima durch eine Zunahme des Rechtspopulismus. Die bis heute

geführte gesellschaftliche Debatte zur Flucht und Migration sieht Pfeil lediglich als Symptom einer tiefgreifenden gesellschaftlichen Veränderung.

Unsere Gesellschaft ändert sich

Gesellschaftlicher Wandel, so Pfeil, sei nichts Neues! Aber: Aus Wandel entstünden Konflikte. Zu den Faktoren des Wandels und der daraus resultierenden Konflikte zähle die veränderte Altersverteilung in der Bundesrepublik Deutschland. Folgenreich seien die Perspektiven der Altersvorsorge, die zunehmende Zahl pflegebedürftiger Menschen, die ärztliche Unterversorgung in ländlichen Gebieten, die abnehmende Zahl von Beschäftigten, das Stadt-Land-Gefälle und die dadurch bedingten Immobilienpreise sowie die Veränderungen in der Arbeitswelt infolge des Fachkräftemangels oder der Digitalisierung bzw. Robotisierung. Weitere Konfliktursachen neben dem demokratischen Wandel seien die Debatten um die Umsetzung der UN-Behinder-



Dr. Pfeil: Emanzipationsbestrebungen haben stets auch mit Widerständen zu rechnen.

tenrechtskonvention mit dem Leitgedanken einer Inklusion der Menschen mit Behinderungen in die Mitte der Gesellschaft. Generell hätten Emanzipationsbestrebungen stets auch mit Widerständen zu rechnen. Schließlich fehle auch die breite Akzeptanz eines kulturellen Pluralismus, der gleichermaßen mit der Migration zunehme. Spannungsgeladen sei die Zunahme an echter oder wahrgenommener Diversität. Kennzeichen dafür seien auch die zunehmende soziale Spaltung, geprägt u. a. durch die als ungerecht empfundene Verteilung von Wohlstand, und die Polarisierung in der Gesellschaft. Möglichweise entstünde dadurch eine neue (missverständliche) Sehnsucht nach „Identität“ und „Heimat“.

Heimat und Multikultur

„Heimat ist kein Ort, Heimat ist ein Gefühl.“ In Anlehnung an Herbert Grönemeyers Song aus dem Jahr 1999 definiert Florian Pfeil „Heimat“ nicht unbedingt als etwas Räumliches. Heimat sei längst multikulturell. Deshalb sollte man sprachlich auch den Plural „Heimaten“ bilden können.

Angst vor Zuwanderung habe es immer schon gegeben, erklärt Florian Pfeil. Die Sehnsucht nach der „guten alten Zeit“ helfe nicht weiter. Er fragt, wann diese denn gewesen sein soll. Sie sei, wohin man sie auch datieren würde, alles andere als gut gewesen. Und sie komme auch nicht wieder. In diesem Zusammenhang zitiert Pfeil den französischen Literaturnobelpreisträger Anatole France: „Nichts ist so

sehr für die gute alte Zeit verantwortlich wie das schlechte Gedächtnis.“

Wer einen Blick in die Geschichte werfe, sehe beispielhaft, dass sich Hugenotten aus Frankreich und Fachkräfte aus Böhmen und den Niederlanden im 17./18. Jahrhundert nach Potsdam begaben („Holländisches Viertel“), dass 400.000 bis 500.000 Polen im 19. Jahrhundert ins Ruhrgebiet einwanderten und Städte mit einem polnischen Bevölkerungsanteil von 30 bis 50 Prozent bildeten, dass Gastarbeiter und Vertragsarbeiter bzw. Aussiedler und Spätaussiedler im 20. Jahrhundert nach Deutschland kamen. In der Aufnahme von Menschen aus anderen Kulturen sieht Pfeil große Chancen für die Gesellschaft.

Gemeinschaft und Gesellschaft

Pfeil zitiert den Soziologen Ferdinand Tönnies, der mit seinem 1887 erschienenen Hauptwerk „Gemeinschaft und Gesellschaft“ zum Begründer der Soziologie in Deutschland wurde. Mit der Gegenüberstellung der beiden Begriffe will Pfeil verdeutlichen, dass das Grundgesetz ein Verständnis besitze, das der Definition von Gesellschaft entspreche.

Gemeinschaft, so Pfeil, betone die wesensmäßigen Gemeinsamkeiten der Mitglieder, die sich eng und auch emotional miteinander verbunden fühlten. Gemeinschaft sei (scheinbar) biologisch determiniert, quasi als „Volksgemeinschaft“ bzw. „Abstammungsgemeinschaft“. Rechtspopulismus propagiere diese Idee von „Deutschland als Gemeinschaft“. Diese Vorstellung sei heute nicht mehr realistisch. Demgegenüber besäßen die Mitglieder einer Gesellschaft keine wesensmäßigen Gemeinsamkeiten. Sie fühlten sich durch die Leistungen an das Kollektiv gebunden, z. B. durch Wohlstand, Freiheit und Rechte. Gesellschaft sei ein soziales Konstrukt, eine „Staatsnation“, eine „Wertegemeinschaft“. Gesellschaftliches Verständnis sichere am besten größtmögliche Freiheit in Diversität. Die Diversität erzeuge allerdings auch ein Spannungsverhältnis zwischen kulturellem Pluralismus und den Grundwerten. Die Frage sei, wo die Gesellschaft die Grenzen ziehe.

„Diversity Management“ in Schule und Gesellschaft

Das Diversity Management zielt nach Pfeil auf eine Verbesserung der Chancengleichheit, auf Verhinderung der Diskriminierung von Minderheiten und auf die Schaffung einer „produktiven Gesamtmosphäre“, die geprägt sei durch Toleranz und Akzeptanz von Unterschieden und Gemeinsamkeiten, wie Geschlecht, Alter, Ethnie, Behinderung, sexuelle Orientierung, Religion oder Lebensstil. Darüber hinaus sei es geboten, den Grad an Autonomie und Selbstbestimmung von Menschen zu erhöhen („Empowerment“).



Im Gespräch mit Bernd Karst erläutert Dr. Pfeil das „Diversity Management“: Es zielt auf eine Verbesserung der Chancengleichheit, auf Verhinderung der Diskriminierung von Minderheiten und auf Toleranz und Akzeptanz.

Ansatzpunkte für Diversity Management

- **Schubladendenken überwinden:** Stereotypisierung und Vorurteile reduzieren
- **Perspektivenwechsel vollziehen:** Sich in andere hineinversetzen
- **Zusammenspiel erweitern:** Mit vielfältigen Menschen kooperieren
- **Know How erwerben:** Fundiertes Wissen über Diversity gewinnen
- **Diversity als Vorteil fördern und nutzen**

Dr. Florian Pfeil schlägt einen Bogen zum Schulalltag. Anhand von Leitfragen könne man den Umgang mit Vielfalt analysieren und konkrete Schlüsse ziehen.

Leitfragen von Diversity Management in der Schule

- **Grundwerte unserer Gesellschaft** – und wie wir sie an unserer Schule (nicht) leben
- **Vorurteile und Diskriminierungen** im schulischen Alltag – und wie wir sie an unserer Schule (nicht) bekämpfen
- **Religion und religiöse Konflikte** – und wie wir sie an unserer Schule (nicht) lösen
- **Mädchen, Frauen und kulturelle Konflikte** – und wie wir Emanzipation (nicht) retten
- **Armut und Integration** – und wie wir an unserer Schule Chancengleichheit (nicht) herstellen



Bernd Karst
bernd.karst@vrb-rlp.de



Wolfgang Wünschel
wolfgang.wuenschel@vrb-rlp.de

ZUR PERSON



Dr. Florian Pfeil ist seit 2009 Direktor/Geschäftsführer des Weiterbildungszentrums Ingelheim (WBZ), einer gemeinnützigen Kultur- und Bildungseinrichtung in Trägerschaft der Stadt Ingelheim am Rhein. Innerhalb des WBZ leitet er die Fridtjof-Nansen-Akademie für politische Bildung (FNA), die für den Bereich der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung zuständig und in Rheinland-Pfalz und Hessen als Einrichtung der Lehrerfortbildung anerkannt ist.

Nach seinem Studium der Politikwissenschaft und des Öffentlichen Rechts war Pfeil Wissenschaftlicher Mitarbeiter für Politikwissenschaft an der Universität Trier, wo er in den Fachbereichen Vergleichende Regierungslehre, Internationale Beziehungen und Politische Theorie und Ideengeschichte unterrichtete. Von 2006 bis 2009 war er Wissenschaftlicher Referent der Stiftung Entwicklung und Frieden (SEF) in Bonn. In seiner Arbeit für die Fridtjof-Nansen-Akademie konzipiert und leitet er Seminare für Erwachsene und Jugendliche sowie Studienreisen, vornehmlich nach Afrika und Amerika.

Themenschwerpunkte in seiner eigenen Arbeit sind u. a. Entwicklungspolitik, Fluchtursachen, Völkerrechtspolitik und Rohstoffpolitik sowie politische Geschichte. Die Projekte der FNA im Bereich der Bildung zu Fluchtursachen wurden 2017 mit dem Präventionspreis und 2018 mit dem Weiterbildungspreis des Landes Rheinland-Pfalz ausgezeichnet.

Florian Pfeil ist Vorsitzender des Entwicklungspolitischen Landesnetzwerks Rheinland-Pfalz e.V. (ELAN) sowie Mitglied im Entwicklungspolitischen Beirat der Landesregierung Rheinland-Pfalz. Seit 2014 ist er Lehrbeauftragter für Weiterbildungsmanagement und Evaluation am Zentrum für Wissenschaftliche Weiterbildung der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz.

► STUDIE

Weniger Abitur und mehr Ausbildung erforderlich

„Der Staat hat alle Kinder gleich lieb. Aber wussten Sie, dass die Ausbildung eines Abiturienten den Steuerzahler über 20.000 Euro mehr kostet, als die eines Realschülers? Das hat der Verband Deutscher Realschullehrer errechnet und fordert nun, diese drastische Benachteiligung eines ganzen Bildungsweges zu ändern.“ (Robert Schneider, FOCUS-Chefredakteur)

Mehr als jeder zweite Schüler macht heutzutage Abitur. Dabei ist ein Großteil der Bundesbürger der Meinung, dass die Realschulen gestärkt werden sollten, wie eine repräsentative INSA-Umfrage im Auftrag des Bundesver-

bands mittelständische Wirtschaft (BVMW) und des Verbands Deutscher Realschullehrer (VDR) zeigt. „Der mittlere Bildungsweg mit Realschulabschluss in Kombination mit beruflicher Bildung ist ein Erfolgsmodell, das von der Politik leider stiefmütterlich behandelt wird“, sagt der VDR-Vorsitzende Jürgen Böhm. Es ergebe keinen Sinn, immer mehr Schüler in Richtung Abitur zu führen. BVMW-Präsident Mario Ohoven warnt vor den Folgen einer verfehlten Bildungspolitik: „Mittelstand und Handwerk benötigen hervorragend ausgebildete Fachkräfte in ausreichender Zahl, um die Herausforderungen der Zukunft zu meistern.“

Hr/Quelle: FOCUS 14/19, S. 49

► SCHULABBRECHER

Immer mehr Schüler beenden Schule ohne Abschluss

Die Zahl der Schulabbrecher ist gestiegen – auf einen Höchststand in Berlin (11,7%) und Sachsen-Anhalt (10,3%), mit deutlich weniger Fällen in Hessen (5,4%) und Bayern (6%). Ein Grund: Zuwanderung.

Die Zahl der Schulabgängerinnen und -abgänger ohne Abschluss hat einer aktuellen Caritas-Studie zufolge bundesweit zugenommen. Demnach lag der Anteil derjenigen, die den Hauptschulabschluss nicht schafften, mit 6,9 Prozent im Jahr 2017 um einen Prozentpunkt höher als 2015. Damit sei das gleiche Niveau erreicht wie vor zehn Jahren. Laut des katholischen Wohlfahrtsverbands waren 2017 bundesweit mehr als 52.000 Jugendliche betroffen – 5.000 mehr als noch zwei Jahre zuvor.

Ein Faktor, der zu dem Anstieg beigetragen habe, könnte aus Sicht der Autoren die Zuwanderung sein. Für viele zugewanderte Jugendliche sei es eine große Herausforderung, innerhalb kurzer Zeit eine neue Sprache zu lernen und einen Schulabschluss zu machen. Regional ergeben sich gravierende Unterschiede, die nicht leicht zu erklären sind. Die Studie weist z. B. in Rheinland-Pfalz für das Jahr 2017 folgende Abbrecherquoten aus:

- Landesdurchschnitt Rheinland-Pfalz 7,0 %
- Stadt Ludwigshafen 14,7 %
- Landkreis Bad Dürkheim 11,4 %
- Stadt Trier 6,8 %
- Stadt Mainz 2,7 %
- Kreis Ahrweiler 2,5 %

Alle Daten aus ganz Deutschland können der interaktiven Karte der Studie entnommen werden: <https://www.caritas.de/fuerprofis/fachthemen/kinderundjugendliche/bildungschancen/karte-2019>

Hr/Quelle: caritas.de

► KLARGESTELLT

Mutter schockt mit Spruch über Verkäuferin



Foto: Adobe Stock

In einem Lebensmittelgeschäft im bayerischen Lichtenfels soll eine Mutter zu ihrem Kind gesagt haben; „Wenn du weiter nichts für die Schule lernst, dann stehst du auch mal dort hinten!“ Dabei zeigte die Mutter auf eine der Verkäuferinnen hinter dem Tresen. Die Lebensmittelkette hat den Vorfall nun auf Facebook aufgegriffen und schlägt zurück: „Dieser Post geht an die junge Mutter, welche heute vor unserer Fleischtheke mit dem Finger auf die Verkäuferin gezeigt hat und zu ihrem Kind sagte: ‚Wenn Du weiterhin nichts für die Schule lernst, dann stehst Du auch mal dort hinten!‘ Dem können wir nicht zustimmen! Wenn Ihr Kind weiterhin nichts lernt, dann steht es in der Schlange am Arbeitsamt! In unseren Filialen arbeiten nämlich nur gut ausgebildete Fachkräfte, mit Schulabschluss und abgeschlossener Berufsausbildung. Viele mit mittlerer Reife oder Abitur. Und solange Menschen wie Sie mit dem Finger auf Menschen wie uns zeigen, macht es auch keinen Sinn, Ihnen zu erklären, dass ein Meistertitel so viel Wert ist wie ein Studium und eine duale Ausbildung weltweit mehr zählt als ein Abitur.“

Und für Sie ganz persönlich: „Einen Abschluss in Empathie und Menschlichkeit, Respekt und Wertschätzung erhält Ihr Kind nicht in der Schule – aber das erledigen wir später gerne für Sie, falls Ihr Kind doch den Abschluss schafft. Und mit etwas Glück vielleicht dann doch hinter unserer Fleischtheke steht und eine Ausbildung macht. Und Menschen wie Sie dann trotzdem mit einem Lächeln bedient, da es gelernt hat, dass jeder Mensch Respekt verdient hat. Auch wenn es manchmal etwas schwerer fällt!“

Eine Message, die die betroffene Frau hoffentlich erreicht hat.

Hr/Quelle: berliner-kurier.de, 30. Mai 2019

WAS MACHT WEITERFÜHRENDE SCHULEN ATTRAKTIV?



Foto: Adobe Stock

Eine Studie, die das Deutsche Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF) in Berlin durchgeführt hat, versucht die Kriterien herauszufinden, die Familien bei der Schulauswahl leiten.

Bei der Wahl der weiterführenden Einzelschule haben Familien in Deutschland in der Regel größere Freiheiten als bei der Grundschulwahl, die oft an festgelegte Einzugsgebiete gekoppelt ist. Gleichzeitig sind die Schulen in immer stärkerem Maße zur Schwerpunktsetzung und Profilierung angehalten, um sich im Wettbewerb um die Schülerinnen und Schüler von den anderen Schulen abzuheben.

Untersucht wurden die Daten von 114 der insgesamt 123 öffentlichen Integrierten Sekundarschulen (ISS) Berlins. Diese noch relativ neue Schulform ist aus den ehemaligen Haupt-, Real- und Gesamtschulen hervorgegangen. Sie ermöglicht alle Abschlussoptionen, von der Berufsbildungsreife bis hin zum Abitur. Der Weg zum Abitur wird an ISS entweder über eine eigene gymnasiale Oberstufe oder über Kooperationen mit beruflichen Gymnasien oder den Oberstufen anderer ISS eröffnet.

Die Untersuchung des Zusammenhangs zwischen den Schulmerkmalen (aus der öffentlichen Schulstatistik) und der Nachfrage zeigt, worauf Eltern besonderen Wert legen:

- eigene gymnasiale Oberstufe
- umfangreiches MINT-Angebot
- sprachliches Profil (gerne auch mehr als zwei Fremdsprachen)
- musisch-künstlerisches Profil
- Ganztagsangebote
- in Leistungsniveaus getrennte Lerngruppen in einigen Fächern

- geringer Anteil von Schülerinnen und Schülern nicht-deutscher Herkunftssprache
- geringer Anteil sozial schwacher Schüler(innen)/geringes unentschuldigtes Fernbleiben

Fazit: Schulen, die höhere Bildungschancen für die Kinder erwarten lassen, werden überproportional häufig gewählt, während Schulen, die mit niedrigeren Bildungschancen assoziiert werden, tendenziell gemieden werden – ein Ergebnis, das keinen Praktiker überraschen wird. Nicht in die Untersuchung einbezogen wurden offenbar Kriterien wie baulicher Zustand oder Schumatmosphäre, da sie nur schwer zu verifizieren sind. Freilich kann die Wahl im Einzelfall auch noch nach ganz anderen Logiken erfolgen, wenn z. B. der Freund unbedingt auf eine bestimmte Schule will oder schon Geschwister dort sind.

Quellen: Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation; Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23. Oktober 2018



Wolfgang Häring
wolfgang.haering@vrb-rlp.de

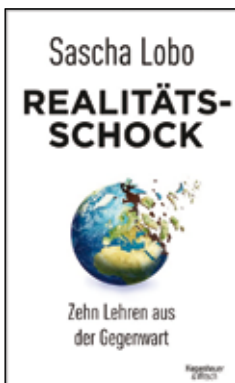
AM RANDE DES BLAUEN SOFAS

Der „Realitätsschock“ in der Schule



Im Dialog mit Sascha Lobo

Sascha Lobo, Jahrgang 1975, lebt als Publizist in Berlin und im Internet. Er ist Autor zahlreicher Bücher, Blogger, Journalist, Podcaster und häufig Gast in Fernsehsendungen. Thematisch befassen sich Lobos Texte meist mit dem Internet und digitalen Technologien sowie deren Auswirkungen auf die gesellschaftliche Entwicklung. Lobo trägt laut Eigenaussage aus Marketinggründen seit 2006 einen roten Irokesenschnitt in Kontrast zu Anzug und Hemd, um einen höheren Wiedererkennungswert zu erzielen. (Quelle: Verlagsinfo und Wikipedia)



Sascha Lobo erklärt in seinem neuesten Buch, warum die Welt plötzlich aus den Fugen geraten zu sein scheint. Es heißt „Realitätsschock. Zehn Lehren aus der Gegenwart.“ (Kiepenheuer & Witsch 2019). In seiner Analyse untersucht er, woher diese drastischen Veränderungen kommen „und was wir daraus lernen können und müssen. Unser Umgang mit dem Realitätsschock entscheidet darüber, wie wir in den nächsten Jahrzehnten leben.“

Ein Realitätsschock ist die Erkenntnis, dass die Welt anders ist als gedacht oder erhofft. Lobo will zeigen, wie wir die Schockstarre überwinden können, um wieder handlungsfähig zu werden und mit der anstrengenden Komplexität der Welt besser zurecht zu kommen.

Wolfgang Wünschel traf Sascha Lobo auf der Frankfurter Buchmesse und sprach mit ihm am Rande des Blauen Sofas.



RBiRP: Was bedeutet der „Realitätsschock“ für die Schule?

Sascha Lobo: Den Realitätsschock für die Schule spüren viele Lehrende schon sehr lange. Es wird immer schwieriger, junge Menschen vorzubereiten auf eine Welt, von der man immer weniger weiß. Die Zukunft, für sich genommen, ist sehr viel undurchschaubarer, als das vor 20 oder 30 Jahren der Fall war.

Das heißt?

Ich glaube, daraus ergibt sich eine gigantische Herausforderung. Wir sehen viele verschiedene gesellschaftliche Phänomene, die zeigen, dass wir nicht nur ein Bildungs- sondern auch ein Erziehungsdefizit haben. Und ich glaube, das dürfte auch an Realschulen besonders spürbar sein.

Ihr Lösungsansatz?

Der hängt ein bisschen davon ab, wie man den Bildungsbegriff versteht. Aber wenn man das polarisierend betrachtet, wie ich das gerne plakativ tue, dann glaube ich, müssen Schulen deutlicher in Richtung Erziehung gehen und den Wissens-Bildungs-Anteil im Gegenzug etwas reduzieren.

Das klingt aus Ihrem Mund erstaunlich.

Das hört sich vielleicht dramatisch an, aber ich glaube, dass der Teil der Wissensbildung am ehesten noch digital unterstützt beigebracht und erweitert werden kann. Der Teil der Erziehung dagegen ist etwas, das kann man nie wieder aufholen.

Der „Realitätsschock“ ist mit seinen zehn Kapiteln ein unfertiges Buch. Ein 11. Kapitel sollte über einen QR-Code zugänglich sein, den Lobo durch die Messe trug...



Wolfgang Wünschel
wolfgang.wuenschel@vrb-rlp.de

STUDIEN – UND WAS NUN?

Alljährlich zu Schuljahresbeginn wird die pädagogische Fachwelt mit der Veröffentlichung zahlreicher Studien beglückt. Sie lassen vielfältige Interpretationen zu. Die Bundesländer suchen sich die für sie vermeintlich günstigen Ergebnisse heraus und veröffentlichen sie in wortreichen Pressemitteilungen. Auf Konsequenzen aus den weniger schmeichelhaften Daten wartet man dann leider vergebens.

Statistik-Analyse der Bertelsmann-Stiftung

Die Diskrepanz zwischen dem von der KMK erwarteten und dem vom Statistischen Bundesamt vorausgeschätzten Anstieg der Bevölkerungszahl in der für den Primarbereich relevanten Altersgruppe ist nicht zu übersehen. Es wird 2025 voraussichtlich 168.000 Schulkinder mehr geben als von der KMK prognostiziert. Der schon jetzt bestehende Lehrkräftemangel verschärft sich dramatisch. Allein an Grundschulen fehlen bis 2025 mehr als 26.000 Lehrerinnen und Lehrer.

Zudem müssen immer mehr Schüler unterrichtet werden, die zu Hause wenig sprachliche, kognitive und emotionale Unterstützung beim Lernen finden. Das führt zu weiterem Bedarf an qualifiziertem Personal, insbesondere an sog. Brennpunktschulen. Gegenwärtig wird überall versucht, die Lücken durch Seiteneinsteiger und Hilfspersonal zu schließen. Es besteht die Gefahr, dass sich künftig nicht nur der Unterrichtsausfall erhöht, sondern auch die Unterrichtsqualität leidet.

Wenn dann noch – wie die F.A.Z. vom 10. September 2019 befürchtet – die Grundschulkinder mancherorts als kleine Erwachsene behandelt werden, die schon in der Grundschule mit Kompetenzen in Präsentationstechniken, der Digitalisierung und Projektunterricht auf das Leben in der „globalisierten Welt“ vorbereitet werden sollen, dann bleibt nur noch wenig Zeit für Lesen, Schreiben und Rechnen. Wen wundert es dann, wenn den Viertklässlern durch PISA katastrophale Ergebnisse bescheinigt werden. Und das zum 100-jährigen Jubiläum der in der Weimarer Verfassung erstmals verankerten Grundschule.

OECD-Veröffentlichung „Bildung auf einen Blick“

Aus der Flut veröffentlichter Daten richtet sich hier der Fokus auf die Frage, was ist den Ländern die Bildung ihrer Kinder und Jugendlichen wert. Im Vergleich der Bundesländer bezüglich der Klassenstärken schneidet Rheinland-Pfalz sehr schlecht ab. In der Sekundarstufe I liegt das Land mit 24,5 Schülerinnen und Schülern pro Klasse deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Nur in Nordrhein-Westfalen waren mehr Schülerinnen und Schüler in einer Klasse. In der Primarstufe dagegen kann das Land punkten. Mit rund 19 Kindern pro Klasse wurden in Rheinland-Pfalz im Vergleich der Bundesländer die kleinsten Grundschulklassen gebildet.

Auch die Relation der Schülerinnen und Schüler zu den Lehrkräften fiel in der Sekundarstufe I unterdurchschnittlich aus: Die

rheinland-pfälzischen Lehrerinnen und Lehrer betreuen mehr Schülerinnen und Schüler (pro Lehrkraft berechnet) als in jedem anderen Bundesland.

Bei den Bildungsausgaben je Schüler der Sekundarstufe I gibt es für unser Bundesland ebenfalls schlechte Noten. Nur Nordrhein-Westfalen hat für seine Schülerinnen und Schüler noch weniger Geld übrig.

INSM-Bildungsmonitor 2019

Der INSM-Bildungsmonitor zeigt anhand von 93 Indikatoren, inwieweit das Bildungssystem eines Bundeslandes zum Wachstum und Wohlstand der Wirtschaft beiträgt. Es handelt sich also vorwiegend um einen wirtschaftlich orientierten Blickwinkel. Die Zahlen kommen von verschiedenen statistischen Einrichtungen und werden in Punkte umgerechnet. Das sog. Dynamikranking der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ vergleicht die Bundesländer nach den Veränderungen, die sich von 2013 zu 2019 in den Punktwerten ergeben. Das Bestandsranking vergleicht die Länder anhand der aktuellen Zahlen. Hier verbessert sich Rheinland-Pfalz auf Platz 7. Die leistungsfähigsten Bildungssysteme haben Sachsen und Bayern. Bremen konnte die rote Laterne wieder an Berlin zurückgeben.

Bedenklich ist, dass die Schulabbrecherquote in Deutschland allein binnen eines Jahres von 5,7 auf 6,3 Prozent angestiegen ist – unter Ausländern sogar von 14,2 auf 18,1 Prozent. „Wenn in Mecklenburg-Vorpommern, Berlin und Sachsen-Anhalt prozentual fast doppelt so viele Jugendliche die Schule ohne Abschluss verlassen wie in Hessen, Hamburg und Bayern, ist nicht nur die Chancengerechtigkeit in Gefahr“, so INSM-Geschäftsführer Hubertus Pellengahr (FinanzNachrichten 15.08.19).

Die Handlungsempfehlungen der INSM für Verbesserungen sind sehr allgemein gehalten und verstehen sich eigentlich von selbst: Verbesserung der Durchlässigkeit, Sprachförderung ab dem Kindergarten, zügige Umsetzung des Digitalpaktes, Impulse zur Verstärkung der IT-Ausbildung, Lehrkonzepte zur ökonomischen Bildung etc.

IQB-Bildungstrend

Das Institut für Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) hat im Auftrag der Kultusministerkonferenz (KMK) das Kompetenzniveau von Neuntklässlern in den Fächern Mathematik und den Naturwissenschaften untersucht und mit den Ergebnissen von

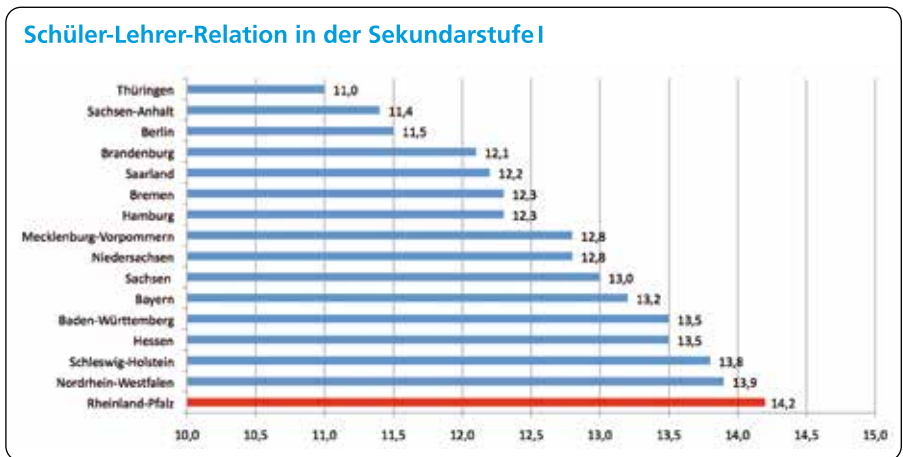
2012 verglichen. Das relativ stabile Gesamtergebnis wird vor allem durch die herausragenden Leistungen der Flächenländer Bayern und Sachsen aufrechterhalten, während ostdeutsche Länder abgerutscht sind und auch viele Länder im Westen nachgelassen haben. „Dass Bayern und Sachsen so robust dastehen, liegt vielleicht auch daran, dass diese Länder so wenig an ihren Schulsystemen herumexperimentieren“, zitiert die FAZ vom 18. Oktober 2019 die IQB-Direktorin und Bildungsforscherin Petra Stanat.

Dass es angesichts der zunehmenden Heterogenität in den Klassen aufgrund der Steigerung des Migrationsanteils sowie des Anteils der inklusiv beschulten Kinder und Jugendlichen kein Absacken der Leistungen in der Breite gegeben hat, wird von der KMK schon als Erfolg gewertet.

Signifikant positive Veränderungen sind im Fach Mathematik für kein Land zu verzeichnen. In fünf Ländern haben sich die Ergebnisse besonders ungünstig entwickelt, nämlich in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein. Für die naturwissenschaftlichen Fächer zeigen die Ergebnisse, dass sich die Anteile der Neuntklässler, die mindestens den Regelstandard erreichen, in Deutschland insgesamt nicht signifikant verändert haben. Innerhalb der Länder sind jedoch auch hier teilweise deutlich negative Entwicklungen zu verzeichnen. Insbesondere an den Gymnasien zeigen sich dem Bericht zufolge in nahezu allen betrachteten Kompetenzbereichen schwächere Leistungen. Bisher waren es die Gymnasien, die das Niveau steigerten oder aufrechterhielten; das gilt nun nicht mehr.

Die KMK zieht u.a. folgende Schlussfolgerungen aus der Studie:

- Die unterschiedlichen Ergebnismuster in den einzelnen Ländern erfordern eine sorgfältige und differenzierte Analyse der



Im Schnitt betreut eine rheinland-pfälzische Lehrkraft 14,2 Heranwachsende, das sind mehr als in jedem anderen Bundesland

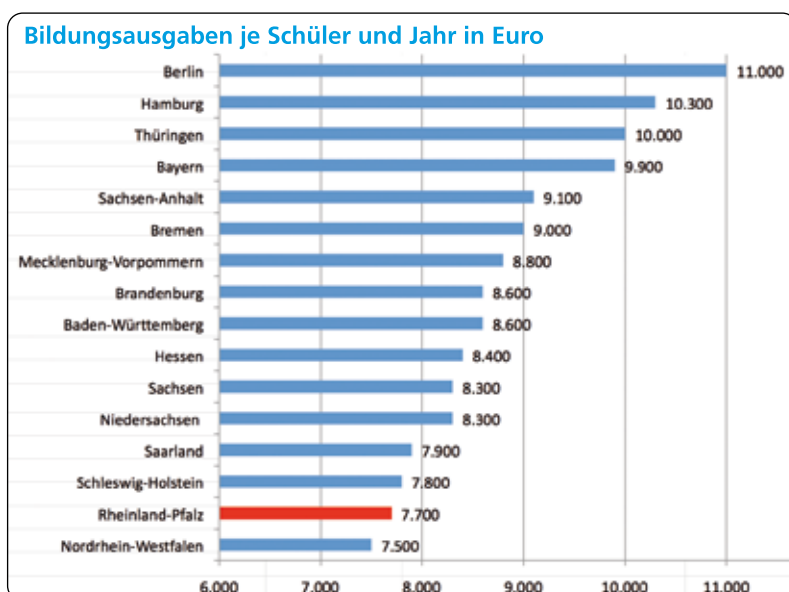
Befunde vor dem Hintergrund der landesspezifischen Rahmenbedingungen.

- Die Heterogenität der Schülerschaft bildet eine große Herausforderung im Schulalltag. Die Länder werden die Lehrkräfte verstärkt dabei unterstützen, mit dieser Heterogenität konstruktiv und professionell umzugehen.

Ob damit alles besser wird?

Fazit

Alle statistischen Erhebungen, Befragungen und Studien bewirken wenig, wenn die Verantwortlichen nicht die notwendigen Konsequenzen ziehen. Der Bundesvorsitzende des Verbands Deutscher Realschullehrer (VDR), Jürgen Böhm, fordert die Politik auf, endlich „Schluss mit Lippenbekenntnissen“ zu machen. „Seit Jahren ist die eklatante Unterversorgung der Schulen in Deutschland mit qualifizierten Lehrkräften bekannt. Seit Jahren leiden nicht nur die Kolleginnen und Kollegen unter dem enormen Arbeits- und gesellschaftlichen Erwartungsdruck, der auf ihnen lastet. Auch die Schülerinnen und Schüler bekommen die Auswirkungen dieser Mangelwirtschaft Tag für Tag zu spüren.“



Rheinland-Pfalz liegt bei den Bildungsausgaben in der Sekundarstufe I auf dem vorletzten Platz

In Rheinland-Pfalz sollte sich die Landesregierung das Ranking bezüglich der Bildungsausgaben genau ansehen. Es ist blamabel, wenn man nicht bereit ist, durch eine Steigerung des Etats für kleinere Klassen zu sorgen. Darüber hinaus muss gerade das Lehramt für Realschulen plus attraktiver gemacht werden, denn ein Blick auf die sinkenden Zahlen der Studierenden lässt für die Zukunft gerade in diesem Bereich einen dramatischen Lehrermangel erwarten. Es hat sich herumgesprochen, dass der Umgang mit einer extrem heterogenen Schülerschaft sehr belastend ist und dass Hilfen durch multiprofessionelle Unterstützungsteams noch die Ausnahme sind.



Wolfgang Häring
wolfgang.haering@vrb-rlp.de

Quelle: Statistik des Bundes und der Länder 2019/ Grafik: W. Häring

► GESPRÄCH MIT LANDKREISTAG

„Stärkung der Realschulen plus liegt uns am Herzen!“



Von links nach rechts: Martin Radigk, Saskia Tittgen, Harald Pitzer, Michael Eich und Wilfried Rausch

Zu einem Gedankenaustausch mit dem Beigeordneten Harald Pitzer trafen sich Mitglieder des Landesvorstandes in der Geschäftsstelle des Landkreistages in Mainz. Als kommunaler Spitzenverband nimmt der Landkreistag im Schulbereich in der Wahrnehmung der Aufgaben als Schulträger eine Schlüsselfunktion wahr. Auch bei der Umsetzung des DigitalPakts Schule werden die 24 Landkreise maßgeblich beteiligt werden. Von Seiten des VRB nahmen Michael Eich, Saskia Tittgen, Martin Radigk und Wilfried Rausch teil.

Respekt und Wertschätzung

Der stellvertretende Landesvorsitzende Michael Eich formulierte die Erwartungen des Verbandes, der Landkreistag möge seine Einflussmöglichkeiten nutzen, die Schulart Realschule plus zu stärken. Die Arbeit der Lehrkräfte, so Michael Eich, verdiene Respekt und Wertschätzung. Die Stärken der Realschulen plus würden nicht im gewünschten Ausmaß positiv in der Öffentlichkeit dargestellt. Die Imagekampagne, die die Landesregierung betreibe, sei wichtig. Weitere Unterstützungen für die Schulart Realschule plus seien aber notwendig. Insbesondere sei es Anliegen des Verbandes, dass die Gleichwertigkeit der Schularten und Schulabschlüsse stärker auf allen Ebenen kommuniziert würde. „Die Stärkung der Realschulen plus liegt uns am Herzen!“

Einflussmöglichkeiten der Landkreise

Beide Gesprächspartner waren sich darin einig, dass die Kreise auf die Schulentwicklung Einfluss nehmen können. Eine „Stellschraube“, so Harald Pitzer, sei der Schulentwicklungsplan. Die Entwicklungspläne berücksichtigten realitätsnah die schulischen Entwicklungen vor Ort und seien ein Instrument, ein leistungsfähiges

Schulangebot zu garantieren. Weitere Stellschrauben seien die Schulart Grundschule, Schulbau und Ausstattung der Schulen u. a. durch den Einsatz von kommunalem Personal.

In jedem Landkreis eine Fachoberschule

Michael Eich thematisierte die Entwicklung an den Fachoberschulen. Die neuen Fachrichtungen stärkten die Schulstandorte mit Fachoberschulen. Er bemängelte, dass nicht in jedem Landkreis eine Fachoberschule angeboten würde. Hier wünsche der Verband weitere Initiativen von Seiten der Schulträger. „Mit der Einrichtung zusätzlicher Fachoberschulen kann die Schulart Realschule plus gestärkt werden“. Für Eltern, so Michael Eich, sind die von den Schulen angebotenen Schulabschlüsse ein nicht zu vernachlässigendes Entscheidungskriterium.

Die Anforderungen vor allem im Verwaltungsbereich haben stark zugenommen

Die Verbandsvertreter hoben hervor, dass sich die Anforderungen durch die zunehmenden Verwaltungsaufgaben verändert hätten. Starke Veränderungen seien durch den Einsatz der Verwaltungssoftware, die Umsetzung des Datenschutzes wie auch durch die



Michael Eich: „Bei den Fachoberschulen besteht Luft nach oben!“ Die Verbandsvertreter hatten eine umfangreiche Themenliste zum Gespräch mitgebracht: Entwicklung der Realschulen plus und der Fachoberschulen, Umsetzung des DigitalPakts Schule, Schulbau, Anwendungs- und Systembetreuung, Schulsozialarbeit und Arbeitsbereich der Schulsekretärinnen und -sekretäre.



Beigeordneter Harald Pitzer ist Leiter des Dezernats III. Zu seinem Aufgabenbereich gehören u. a. kommunales Verwaltungsrecht, Grundsatzfragen des Schulrechts, Datenschutz, die Betreuung des Kultur- und Schulausschusses und des Arbeitskreises „Digitalisierung“.

Fortschreitung der Digitalisierung an den Schulen eingetreten. Hier müssten von Seiten der Landesregierung und der Schulträger notwendige Anpassungen vorgenommen werden. Von Verbandsseite wurden weiter die Entlohnung der Schulsekretärinnen und -sekretäre und die Systembetreuung der digitalen Einrichtungen und Medien angesprochen. Harald Pitzer wies auf die Prüfungen des Landesrechnungshofs und auf das Wibera-Gutachten hin, das als Grundlage für die Entlohnung der Schulsekretärinnen und -sekretäre diene. Er machte allerdings deutlich, dass Öffnungsklauseln bestünden, die eine flexible Gestaltung der Entlohnung erlaubten. Hinsichtlich der System- und Anwendungsbetreuung stünde der Landkreistag im Austausch mit dem Bildungsministerium.

Beschleunigter Breitbandausbau notwendig

Die Wichtigkeit eines schnellen Internets für die Schulen wurde von Verbandsseite hervorgehoben. Der DigitalPakt Schule könne nur dann wirksam werden, wenn eine leistungsfähige Breitbandinfrastruktur vorhanden sei. Zunehmend seien Lehrkräfte über

die Unzulänglichkeit der digitalen Einrichtungen an ihren Schulen enttäuscht. Motivation und Aufgeschlossenheit für den digitalen Wandel in der Schule werden, so Michael Eich, nicht gefördert. Vor allem befürchte der Verband, dass der stockende Ausbau von Breitband und Mobilfunk in einigen Landesteilen keine gleichwertigen Bedingungen für alle Schulen schaffe.

Harald Pitzer sieht den Ausbau digitaler Infrastrukturen in Rheinland-Pfalz auf gutem Weg. In den Landkreisclustern sei die Basis für eine flächendeckende Errichtung von Netzen gebildet worden, die schnelles Internet im Gigabereich übertragen können. Die Schulen würden an das Hochgeschwindigkeitsnetz angeschlossen. Für den Ausbau von Schulstandorten mit Glasfaser seien die hierfür nötigen kurz- und langfristigen Finanzmittel in der Haushaltsplanung des Landes integriert worden.



Wilfried Rausch
wilfried.rausch@vrb-rlp.de

DER LANDKREISTAG RHEINLAND-PFALZ

Der Landkreistag Rheinland-Pfalz ist der kommunale Spitzenverband der 24 Landkreise in Rheinland-Pfalz. Zu seinen Aufgaben gehören:

- Die Rechtsstellung und Selbstverwaltung der Kreise im Rahmen der freiheitlichen, demokratischen Grundordnung des Bundes und des Landes zu wahren und ihre Entwicklung zu fördern.
- Die gemeinsamen Belange der Kreise in Rheinland-Pfalz gegenüber dem Landtag und der Landesregierung zu

vertreten und diese bei der Vorbereitung von Rechts- und Verwaltungsvorschriften zu beraten.

- Den Erfahrungsaustausch unter seinen Mitgliedern zu vermitteln, sie in Rechts- und Verwaltungsfragen zu beraten und die Öffentlichkeit über Aufgaben, Einrichtungen und Probleme der Kreise zu unterrichten.
- Die rheinland-pfälzischen Kreise im Deutschen Landkreistag, ihrem kommunalen Spitzenverband

auf Bundesebene, und in öffentlichen oder privaten Institutionen zu vertreten sowie die Zusammenarbeit zu pflegen.

Der Landkreistag orientiert sich von seinen Aufgaben her, wie die ihn tragenden Kreise und seine weiteren Mitglieder, an dem Wohl aller Bürger: er tritt damit als Sprecher öffentlicher Anliegen auf, nicht privater Sonderinteressen.

Quelle: https://landkreistag.rlp.de/landkreistag_rlp/Aufgaben/

Arbeitsplatz Realschule attraktiver machen



Foto: VRB

Die Gesprächsteilnehmer: Benjamin Bajraktari (VRB), Johannes Klomann (Mdl-SPD), Bettina Brück (Mdl-SPD, bildungspolitische Sprecherin), Michael Eich (VRB), Christoph Krier (VRB) und Wolfgang Seebach (VRB)

Mitte Oktober trafen sich Vertreter des VRB-Landesvorstands mit Mitgliedern der SPD-Landtagsfraktion. Benjamin Bajraktari, Michael Eich, Christoph Krier und Wolfgang Seebach zogen gegenüber den Abgeordneten Bettina Brück und Johannes Klomann angesichts von „10 Jahren Realschule plus“ eine gemischte Bilanz. Dank des Engagements unserer Kolleginnen und Kollegen ist es gelungen, dass die Anmeldezahlen an den Realschulen plus seit zwei Jahren steigen, so der VRB. Hilfreich war hierbei auch die Unterstützung der Landesregierung u.a. durch die Informationskampagne. Jedoch nicht alle Realschulen plus profitieren von dieser Entwicklung, deshalb muss es mehr gezielte Unterstützung geben.

In Attraktivität des Arbeitsplatzes Schule investieren

Es muss dringend in die Attraktivität des Arbeitsplatzes „Realschule plus“ investiert werden. Die Belastungen nehmen ständig zu. Der VRB fordert eine spürbare Herabsetzung der Unterrichtsverpflichtung und die Ausweitung der Anrechnungsstunden für besondere Aufgaben – z.B. zur Entlastung von Klassenleitungen. Damit in Zukunft die Übernahme von Funktionsstellen an Realschulen plus attraktiv bleibt, muss auch die Besoldungsstruktur überarbeitet werden. Grundsätzlich sind laut Auffassung des VRB didaktische wie pädagogische Koordinatoren an Realschulen plus nach A14 zu besolden. In der Besoldungsstruktur muss sich auch widerspiegeln, dass Schulleiterinnen und Schulleiter sowie deren Stellvertreterinnen und Stellvertreter mehr Verantwortung tragen. Gerade für Schulleitungen an kleinen Realschulen plus ist zudem die Ausweitung von Entlastungsstunden für Verwaltungstätigkeiten unausweichlich. Die SPD-Vertreter sagten die Prüfung der VRB-Forderungen zu, an-

gesichts der Haushaltslage könnten aber keine konkreten Versprechungen gemacht werden.

Attraktivität des Lehramts stärken

Immer weniger Studierende entscheiden sich für den Masterstudiengang Realschulen plus, die Zahl der Anwärtinnen und Anwärter in den Studienseminaren ist bereits stark rückläufig. Angesichts dieser Entwicklung befürchtet der VRB ein Wiederaufflammen der Diskussion um die sogenannte SEK-I-Lehrkraft. Ein solches Lehramt, so die VRB-Vertreter, würde weder den Ausbildungserfordernissen des Gymnasiums noch der Realschule plus gerecht. In der Realschule plus braucht es speziell für diese Schulart ausgebildete Lehrkräfte. In den Studienseminaren wird hervorragende Arbeit geleistet, die dort vermittelten Ausbildungsinhalte sind unverzichtbar. Eine Entprofessionalisierung der Ausbildung könne niemand ernsthaft wollen. Eine Debatte um ein wie auch immer geartetes SEK-I-Lehramt wäre weder zielführend noch hilfreich. Es zeige sich

einmal mehr, dass in die Attraktivität des Lehramts und des Arbeitsplatzes Realschulen plus investiert werden muss. Bettina Brück unterstrich, dass ein SEK-I-Lehramt nicht das Ziel der SPD sei und verwies auf den Koalitionsvertrag.

Technische Assistenten installieren

Bezüglich des Digitalpakts hoben die Vertreter der SPD-Fraktion hervor, dass den Schulen bzw. den Schulträgern mehr Geld für den First-Level-Support zur Verfügung gestellt wurde. Für Weiterentwicklungen müsse man offen bleiben. Für den VRB ist klar, dass aufgrund des vermehrten Einsatzes digitaler Technik die Installation von technischen Assistenten oder von digitalen Koordinatoren mit umfassender Freistellung unausweichlich ist.

„Realschule plus ist unser Kind“

Den Appell der VRB-Vertreter, die Realschule plus zu unterstützen, nahm Johannes Klomann auf: „Die Realschule plus ist unser Kind!“ Dieses Bekenntnis, so die VRB-Vertreter, wünschten wir uns auch von allen Koalitionspartnern der SPD, denn schließlich leiste keine weiterführende Schulart so viel in den Bereichen Inklusion und Integration (Migration) sowie im Bereich der ökonomischen Bildung.



 Michael Eich
michael.eich@vrb-rlp.de

► VRB IM BILDUNGSGESPRÄCH MIT DER CDU-LANDTAGSFRAKTION

Wie steht die CDU zur Realschule plus?



Die Gesprächsteilnehmer (von links): Michael Eich (VRB), Wolfgang Seebach (VRB), Saskia Tittgen (VRB), Timo Lichtenthäler (VRB), Anke Beilstein (Mdl-CDU, bildungspolitische Sprecherin), Thomas Barth (Mdl-CDU), Guido Ernst (Mdl-CDU) und Jens Münster (CDU-Bildungsreferent)

Das Gespräch der VRB-Delegation mit den Mitgliedern des Arbeitskreises Bildung der CDU-Landtagsfraktion stand zunächst unter den Eindrücken der „Woche der Realschule plus“. Anke Beilstein (Mdl CDU) hatte aus diesem Anlass die Realschule plus in Cochen besucht.

Nun ist die Politik dran

Die bildungspolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion resümierte, sie habe in Cochem viel Initiative und Engagement wahrnehmen können. Alle Realschulen plus setzen sich im schulischen Alltag sehr für das Vorankommen ihrer Schülerinnen und Schüler ein, so Anke Beilstein weiter. Und das gelinge trotz unzureichender Rahmenbedingungen, denn alle Lehrerinnen und Lehrer – und ganz besonders die an den Realschulen plus – sähen sich in den letzten Jahren mit zunehmend größeren Herausforderungen konfrontiert. Dennoch hätten sich in den vergangenen Jahren mehr Eltern für eine Anmeldung ihres Kindes an einer Realschule plus entschieden. Der VRB machte gegenüber den Vertretern der CDU deutlich: „Unsere Lehrkräfte haben geliefert, nun ist die Politik am Zug.“

Attraktivität Lehramt Realschule plus schwindet

Die VRB-Vertreter kritisierten, dass zu wenig für die Attraktivität des Lehramtes Realeschule plus und für den Arbeitsplatz Schule getan wird und belegten das anhand von Beispielen.

Zum einen sinken die Ausbildungszahlen an den Studienseminaren für das Lehramt an Realschulen plus stetig. Hinzukommt, dass dabei immer weniger in Rheinland-Pfalz ausgebildete „Landeskinder“ sind, sondern zunehmend Studierende aus anderen Bundesländern, die die zweite Ausbildungsphase in den rheinland-pfälzischen Studienseminaren durchlaufen, aber danach in andere Bundesländer wechseln. Rheinland-Pfalz versäumt es bislang, im

Gegensatz zu den benachbarten Ländern, diesen Lehrkräften eine Planstelle und damit eine sichere Berufsperspektive anzubieten.

Auch nimmt die Zahl der Belastungsanzeigen aus den Schulen stetig zu. Migration, Inklusion und besonders die sozial-emotional auffälligen Schülerinnen und Schüler sind Herausforderungen, denen sich die Lehrkräfte stellen müssen, ohne hierfür zusätzliche Zeitressourcen zu erhalten. Ein weiteres Indiz für den Mangel an Attraktivität sind ausbleibende Bewerbungen auf ausgeschriebene Funktionsstellen. Oftmals müssen Schulleitungsstellen mehrfach ausgeschrieben werden, weil es keine oder zu wenige Bewerber gibt.

Attraktivität Arbeitsplatz RS plus und IGS steigern

VRB-Landesvorsitzender Timo Lichtenthäler forderte in diesem Zusammenhang die Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung auf 24 Lehrerwochenstunden. Außerdem müsse die Drittelpauschale (RS plus) bzw. die Halbpauschale (IGS) zu einer Vollpauschale ausgebaut werden. Es sei nicht nachvollziehbar, warum die Anzahl der Entlastungsstunden für besondere unterrichtliche Aufgaben in den verschiedenen Schularten unterschiedlich berechnet wird. Auch das Besoldungsgefüge müsse angepasst werden, damit die Übernahme von Funktionsstellen wieder attraktiver werde.

CDU: Schulstrukturdebatte hilft nicht weiter

Auf die Frage, wie die CDU zur Realschule plus und zum Schulsystem stehe, betonten die Vertreterin und die Vertreter der CDU-Fraktion: „Am Schulsystem selbst wollen wir nichts ändern, wir streben weder eine Rückkehr zur Dreigliedrigkeit noch eine Schule für alle an.“ Weitere Strukturreformen führten nicht zum Erfolg. Man könne nur innerhalb des Systems arbeiten und in dieses investieren.



Saskia Tittgen
saskia.tittgen@vrb-rlp.de

#Geschlechtergerechtigkeit: Da geht noch mehr!

Die Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, Helene Wildfeuer, begrüßte zahlreiche Gäste im dbb Forum Berlin zur 15. frauenpolitischen Fachtagung. Sie stand unter dem Thema „#Geschlechtergerechtigkeit: Da geht noch mehr!“

Das Schlagwort ihrer Begrüßungsrede zog sich wie ein roter Faden durch die gesamte Fachtagung: der ungleiche Zugang zu finanziellen Ressourcen. Sie kritisierte, dass eine rückläufige Entwicklung bei der Umsetzung der Gleichstellung, ja teilweise sogar ein Stillstand zu verzeichnen sei. Junge Frauen sähen kaum mehr Gründe für den Gleichstellungskampf. Dementsprechend seien zunehmend weniger Frauen in den Fachgewerkschaften vertreten. Das hob auch Ulrich Silberbach, der Bundesvorsitzende des dbb beamtenbund und tarifunion, hervor. Er bekräftigte, dass die Demokratie starke Gewerkschaften und gewerkschaftlichen Nachwuchs brauche.



Wiedereinstieg ins Berufsleben erleichtern

Juliane Seifert, Staatssekretärin im Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend, machte darauf aufmerksam, dass es im Koalitionsvertrag ein klares Mandat für die Gleichberechtigung von Frauen in Führungspositionen gebe und ein Gesetzesentwurf zur Umsetzung der Quoten in Vorbereitung sei. Frau Seifert kritisierte, dass das Bundesgleichstellungsgesetz, das mittlerweile 18 Jahre alt ist, noch nicht komplett umgesetzt sei.

Gleichstellung steuern über das Steuerrecht - Was brauchen wir?

Dr. Ulrike Spangenberg, Juristin und wissenschaftliche Beraterin zu gleichstellungsrechtlichen Themen, hielt einen Impulsvortrag zur Verknüpfung von Gleichstellung und dem Lohnsteuersystem. Sie erläuterte verschiedene geschlechterspezifische Auswirkungen und Probleme, die beim Ehegatten-Splitting oder bei der Lohnsteuerklassenkombination III/IV auftraten: So stellten Brüche im Lebenslauf wie Scheidung oder Tod des Ehegatten häufig ein frauenspezifisches Problem dar. Dr. Spangenberg sieht eine Lösung u. a. im Wechsel zur Individualbesteuerung.

Frauen machen Politik – Wege zur Parität in der Politik

Prof. Dr. Silke Ruth Laskowski führte ihre Zuhörer in die politische Realität von 2019: Es gebe noch keine wirksame Teilhabe von Frauen in der Politik. Symptomatisch dafür wäre die relativ geringe Anzahl an Parlamentarierinnen. Im Bundestag läge der Frauenanteil bei 30 %, seit 1998 stagniere diese Zahl. Ein Lösungsansatz, so Prof. Dr. Laskowski, sei ein paritätisches Wahlrecht mit der gesetzlichen Pflicht für alle Parteien, Frauen und Männer in gleicher Anzahl zu nominieren.

Frauen schaffen es nur gemeinsam

In ihrem Schlusswort beschrieb Helene Wildfeuer Gleichstellung als harte Arbeit. Damit das Gleichstellungsanliegen nicht zum Stillstand komme, müsse man laut und solidarisch auftreten.

Anmerkung

Die dbb-Frauen in der Bundesvertretung haben sich lautstark geäußert. Ihre Grundsatzerklärunen treffen gewiss zu. Beim Blick auf die Situation der Frauen im Lehrberuf zeigt sich, dass dort schon mehr erreicht zu sein scheint als in anderen Berufsfeldern. Es gibt dort einen hohen Anteil an Frauen. In der Besoldung gibt es keine Unterschiede. Die Beurlaubungsmöglichkeiten sind vielfältig. Auch die Teilzeitbeschäftigung ist flexibel geregelt.



Nicole Weiß-Urbach (3. v. re.) nahm in ihrer Funktion als Gleichstellungsbeauftragte des Verbandes Reale Bildung und als Vorstandsmitglied der dbb frauen rlp an der frauenpolitischen Fachtagung teil.



Nicole Weiß-Urbach
nicole.weiss-urbach@vrb-rlp.de



Claudia Rüdell



Landesvorsitzender Timo Lichtenthäler ging in einem engagierten Appell auf die Schlüsselrolle der Delegierten in den Kollegien ein und dankte ihnen für ihre Arbeit vor Ort und ihren Austausch mit den Bezirksvorstanden.



► LANDESDELEGIERTENTAG 2019

Wichtige Impulse für die Verbandsarbeit

Rund fünfzig Delegierte des Verbands folgten der Einladung zum Landesdelegiertentag und kamen in Gensingen zu einem gemeinsamen Austausch zusammen.

Dank für ehrenamtlichen Einsatz

In seiner Begrüßung hob der Landesvorsitzende Timo Lichtenthäler die wichtige Funktion der Delegierten an den Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen hervor und bedankte sich im Namen des Landesverbands für ihr Engagement und ihren ehrenamtlichen Einsatz. „Dank Ihrer Arbeit vor Ort und dem Austausch mit den Bezirksvorstanden erfahren wir, welchen Herausforderungen Sie und Ihre Kolleginnen und Kollegen sich tagtäglich stellen und leiten hieraus Impulse für unsere Verbandsarbeit ab“, so Lichtenthäler.

Diese Impulse flossen in den vergangenen Jahren nicht nur in den bildungspolitischen Diskurs mit der Landesregierung sowie in Gespräche mit Bildungspolitikern mit ein, sondern fanden auch in den Veranstaltungen der drei Bezirke ihren Platz.

Austausch vor Ort bedeutsam

Christoph Krier, Bezirksvorsitzender des Bezirks Trier, zeigte exemplarisch auf, dass das Thema Lehrergesundheit („Auf die Stimme kommt es an“) und die Zufriedenheit im Schulalltag („Nie aufgeben und motiviert bleiben“) an Bedeutung gewinnt und im Rahmen von zwei Bezirksversammlungen aufgegriffen wurde. Neben den regulären Schulbesuchen wurde das IGS-Symposium im Bezirk Trier ins Leben gerufen, da sich die Kolleginnen und Kollegen dieser Schulart eine Plattform wünschten, um über die spezifischen Herausforderungen an der Integrierten Gesamtschule zu berichten und hier ein Unterstützungsangebot zu erhalten.

Der Bezirksvorsitzende des Bezirks Koblenz, Benjamin Bajraktari, stellte den Anwesenden dar, dass der Bezirksvorstand Koblenz einen Schwerpunkt seiner Verbandsarbeit in den letzten beiden Jahren auf Schulbesuche



Im Austausch mit den Schuldelegierten wurden wichtige Impulse für die Verbandsarbeit formuliert, die in die bildungspolitischen Gespräche auf Landes- und Bezirksebene einfließen werden.



Die Bezirksvorsitzenden Christoph Krier (Trier), Saskia Tittgen (Neustadt) und Benjamin Bajraktari (Koblenz) hoben die Bedeutung von VRB-Schulbesuchen, der Personalräteschulungen, der IGS-Foren und des Delegiertenleitfadens hervor.

gesetzt habe. Der Austausch mit den Lehrkräften vor Ort sei von großer Bedeutung. So erfuhren die Vorstandsmitglieder bei ihren Besuchen, wie engagiert die Kolleginnen und Kollegen ihre Arbeit verrichten und welche langfristigen Erfolge sie erzielen. Dabei erhielten die Gesprächsteilnehmer, so Benjamin Bajraktari, einen Eindruck, mit welchen Belastungen die Kolleginnen und Kollegen zu kämpfen hätten.

Saskia Tittgen, Bezirksvorsitzende des Bezirks Neustadt, wies in ihrem Beitrag darauf hin, dass nicht nur der Kontakt zu den Delegierten für die verbandspolitische Arbeit wichtig sei. Der Kontakt zu den Örtlichen Personalräten habe für alle drei Bezirke einen hohen Stellenwert in der Verbandsarbeit. Die Schulung der örtlichen Personalräte werde von den drei Bezirken organisiert und gut angenommen. Die letzten Personalräteschulungen waren sehr gut besucht und von den Mitgliedern der Personalvertretungen als gewinnbringend empfunden worden.

Leitfaden als Unterstützung vor Ort

Saskia Tittgen griff gemeinsam mit Christoph Krier und Benjamin Bajraktari die Delegiertenarbeit in den Bezirken auf, stellte die geleistete Arbeit aller Delegierten dar und verwies an diesem Punkt auf den neu- bzw. weiterentwickelten VRB-Delegiertenleitfaden hin. „Dank Ihrer Impulse und Erfahrung konnten wir gemeinsam mit Ihnen einen Leitfaden entwickeln, der Sie in Ihrer Arbeit als Delegierte vor Ort unterstützt“, so Tittgen.

Im offenen Austausch mit allen Anwesenden wurden neue Impulse für die Arbeit aufgenommen, die sowohl in der Bezirksarbeit umgesetzt werden, als auch in die bildungspolitischen Gespräche einfließen werden.

Neben diesem verbandsinternen Austausch stand der Landesdelegiertentag unter dem Motto „Diversität, Demokratie und sozialer Zusammenhalt“. Als Gastredner war Dr. Florian Pfeil gewonnen worden. (siehe Beitrag Seite 6 ff.)



Christoph Krier
christoph.krier@vrb-rlp.de



Wolfgang Wünschel
wolfgang.wuenschel@vrb-rlp.de

► LANDESHAUPTVORSTAND IN OBERHEIMBACH

Weichenstellungen und verbandspolitische Impulse

In bewährter Tradition traf sich der Landeshauptvorstand zu seiner jährlichen Sitzung in den Sommerferien, um sich über die verbandspolitische Arbeit auszutauschen. Mit dabei waren auch in diesem Jahr die VRB-Referentinnen und -Referenten. Der Bezirk Neustadt hatte als Ausrichter des zweitägigen Arbeitstreffens nach Oberheimbach am Mittelrhein eingeladen. Themenschwerpunkt waren die verbandspolitischen Weichenstellungen für das neue Schuljahr und die Vorbereitung der Hauptversammlung 2020.

Positive Jahresbilanz

Landesvorsitzender Timo Lichtenthäler griff die aktuellen schulpolitischen Themen auf und würdigte die zahlreichen VRB-Projekte. In seiner Jahresbilanz ging er auf die Teilnahme an unterschiedlichen Fachgesprächen, die Anfertigung von Stellungnahmen, die persönliche Mitgliederbetreuung und die politischen Gespräche ein. Er dankte für das große Engagement und die vielfältige Unterstützung der VRB-Gremien und VRB-Mitglieder: „Unsere Vorstandsarbeit profitiert vom Teamgeist.“

Aus den Personalvertretungen

Michael Eich und Bengjamin Bajraktari sowie Regina Bollinger und Marlies Kahn referierten aus den Stufenvertretungen RS plus und IGS über Änderungen der schulrechtlichen Rahmenbedingungen durch die Neufassungen der Schulordnung, der Dienstordnung sowie der Mehrarbeitsrichtlinien. Zentrales Anliegen bleibt mit Blick auf die Alltagsbelastungen der Lehrerkollegien und der Schulleitungen die Forderung nach Entlastung.

Überregionale Aufgabenfelder

Vorstandsmitglieder des VRB sind auch überregional engagiert. Nicole Weiß-Urbach berichtete aus ihrer Tätigkeit bei der dbb-bundesfrauenvertretung. Saskia Tittgen informierte, dass der VDR-Bundesverband im kommenden Jahr ein Referat für Lehrkräfte am Berufsanfang (vdr-jugend) installieren werde. Wilfried Rausch machte deutlich, dass die Seniorenarbeit zunehmend an Bedeutung innerhalb des dbb und des VDR-Bundesverbandes gewinnt.

Vorbereitung der Hauptversammlung 2020

Im kommenden Jahr (19.3.2020) findet in Ingelheim eine Hauptversammlung mit Neuwahlen des Landesvorstandes statt. Deren Vorbereitung stand im Mittelpunkt der Gruppenarbeitsphase. Erste Weichen wurden gestellt hinsichtlich der Organisation, der



Die zweitägige Arbeitstagung des Landeshauptvorstandes (LHV) findet traditionell in den Sommerferien statt.

Gliederung des Rechenschaftsberichts, der Präsentation der Anträge und der Gestaltung der öffentlichen Nachmittagsveranstaltung. Auch für die mediale Begleitung in der Zeitschrift und auf der Homepage wurden die Weichen gestellt.

Digitalstrategie: Recht auf Internet

Der Koalitionsvertrag sieht einen rechtlich abgesicherten Anspruch auf zeitgemäßes Internet bis 2025 vor. Wilfried Rausch legte auf der Grundlage des rheinland-pfälzischen Statusberichts zur digitalen Infrastruktur eine Bestandsaufnahme vor. Er gab einen Überblick über die Förderungsansätze aus dem Digitalpakt und benannte Forderungen hinsichtlich des Breitbandausbaus und der Umsetzungsverpflichtungen auf Seiten der Landkreise und der Landesregierung.



Wolfgang Wünschel
wolfgang.wuenschel@vrb-rlp.de



In die Arbeit des Landeshauptvorstandes sind auch die VRB-Referentinnen und -Referenten eingebunden, um Information und Austausch durch Sachkompetenz und Erfahrungswissen zu intensivieren.

Engagiert! Kompetent! Unverzichtbar!

dbb Gewerkschaftstag 2019 mit Neuwahl der Landesleitung



Bei den Wahlen zur neuen Landesleitung wurden die Vorsitzende des dbb-rlp, Lilli Lenz (2.v.re. – komba*) und Elke Schwabl (DSTG*) als Schatzmeisterin in ihren Ämtern bestätigt. Zum neuen stellvertretenden Landesvorsitzenden mit der Zuständigkeit für den Tarfbereich wurde Peter Mertens (3.v.re. – DVG*) gewählt. Er vertritt künftig für den dbb die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes in Rheinland-Pfalz. Drei weitere stellvertretende Landesvorsitzende wurden in einem Wahlgang neu in die dbb-Landesleitung gewählt: Hans-Dieter Gattung (2.v.li. – BSBD*) Lars Lamowski (re. – VBE*) und Robert Tophofen (li. – PhV*).

Unter dem Motto „dbb und öffentlicher Dienst: Engagiert! Kompetent! Unverzichtbar!“ fand in Mainz der dbb-Gewerkschaftstag mit den Wahlen für eine neue Landesleitung und den Weichenstellungen für die Gewerkschaftspolitik der kommenden Amtsperiode bis 2024 statt. Die daran anschließende Festveranstaltung schuf mit Grußworten von Ministerpräsidentin Malu Dreyer, Landtagspräsident Hendrik Hering und Oberbürgermeister Michael Ebling die Verbindung zur Politik. Der Bundesvorsitzende des dbb*, Ulrich Silberbach, nahm in seiner Festansprache die Herausforderungen der Zukunft in den Blick.

Lilli Lenz dankte in ihrem Geschäftsbericht den scheidenden Mitgliedern der Landesleitung Gerhard Bold, Torsten Bach, Axel Schaumburger und Jürgen Kettner für ihr Engagement und ihren Einsatz während der Jahre der gemeinsamen Zusammenarbeit. Wir würdigen die scheidenden Mitglieder aus den Bildungsgewerkschaften in Portraits auf Seite 24.

In der folgenden Arbeitssitzung entschieden die knapp 200 Delegierten über ca. 100 Anträge zur gewerkschaftspolitischen Agenda des dbb rheinland-pfalz bis 2024 und gaben so der neuen Landesleitung einen Fahrplan für den Start in die neue Amtsperiode mit auf den Weg. Das Spektrum reichte vom allgemeinen und finanziellen Dienstrecht über das Tarif- und Sozialrecht bis zu gesellschaftlich relevanten Themen, wie zum Beispiel E-Mobilität und Klimaschutz sowie einem zeitgemäßen Umgang mit der Digitalisierung.

Dafür hat sich der VRB u. a. in eigenen Anträgen eingesetzt:

- **Einheitliche Besoldung:** „Der dbb Landesvorstand wird beauftragt, von der Landesregierung eine Angleichung der Besoldung von Bund und Ländern zu fordern, damit die erheblichen Differenzen in der Besoldung der Länder kurzfristig wieder abgebaut werden.“
- **Digitalstrategie:** „Die dbb Landesleitung wird beauftragt, die Digitalstrategie der Landesregierung auf ihre Wirksamkeit und Nachhaltigkeit für den öffentlichen Dienst und insbesondere für die Bildungseinrichtungen zu bewerten und entsprechende Maßnahmen zu einem zügigen Breitbandausbau von der Landesregierung einzufordern.“

Zu der öffentlichen Veranstaltung des Gewerkschaftstages, in der auch das 70-jährige Bestehen des dbb rheinland-pfalz gefeiert



Der Verband Reale Bildung wurde durch die Delegierten Michael Eich, Mitglied im dbb Hauptvorstand, Benjamin Bajraktari, Erwin Schneider, Katharina Becker, Martin Radigk, Nicole Weiß-Urbach, Wolfgang Seebach (von rechts nach links) sowie Wolfgang Wünschel vertreten.

wurde, begrüßte Lilli Lenz mit der neu gewählten Landesleitung zahlreiche Gratulanten aus Politik und Gewerkschaften.

- Ministerpräsidentin Malu Dreyer dankte in ihrer Rede den Beschäftigten im öffentlichen Dienst für ihre unverzichtbare Arbeit und hob die deutlichen Gehalts- und Einkommenssteigerungen hervor, die die Landesregierung für den öffentlichen Dienst auf den Weg gebracht hat.
- Landtagspräsident Hendrik Hering unterstrich, dass eine gute öffentliche Verwaltung unverzichtbar für die freiheitliche Demokratie sei.
- Michael Ebling, Oberbürgermeister der Stadt Mainz, verband die Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik mit dem ebenso langen Bestehen des dbb rheinland-pfalz und wies darauf hin, dass ohne den funktionierenden öffentlichen Dienst Demokratie, Sicherheit und Wohlstand undenkbar wären.
- Ulrich Silberbach, Bundesvorsitzender des dbb, würdigte in seiner Festansprache die Bedeutung der Rolle freier Gewerkschaften als Wesensmerkmal gelebter Demokratie. Er warb energisch für eine aufgabengerechte Verbesserung der Personalausstattung des öffentlichen Dienstes im Hinblick auf die Herausforderungen der Zukunft und erwähnte hierbei besonders den Bereich der Digitalisierung.

Lilli Lenz kündigte in ihrer Rede als im Amt bestätigte Landesvorsitzende die Fortsetzung der sachorientierten und im Bedarfsfall auch konfrontativen Arbeit des dbb rlp an. Der öffentliche Dienst brauche sichernde und festigende Investitionen zugunsten des Personals und der Ausstattung. Dabei betonte sie, dass der dbb Landesbund und die Landesregierung mit der Sicherung der Zukunftsfähigkeit des öffentlichen Dienstes dasselbe Kernziel verfolgten.

*BSBD: Bund der Strafvollzugsbediensteten, dbb: beamtenbund und tarifunion, DSTG: Deutsche Steuergewerkschaft, DVG: Deutsche Verwaltungsgewerkschaft, komba: Kommunalgewerkschaft, PhV: Philologenverband, VBE: Verband Bildung und Erziehung, vlbs: Verband der Lehrerinnen und Lehrer an berufsbildenden Schulen, VRB: Verband Reale Bildung.



Dank für großen Einsatz. Gerhard Bold (VBE*) war als langjähriger Vorsitzender der dbb arbeitnehmervertretung für die Angelegenheiten des Tarifrechts aller Mitgliedsverbände zuständig. Ebenso oblag ihm die Leitung des Arbeitskreises „Privatisierter Dienstleistungsbereich“ und er war beim dbb Landesbund zuständig für Angelegenheiten der Hochschulen, der Wissenschaft und des kulturellen Bereichs. Es gehörte zu seinen Aufgaben, im Verhinderungsfalle die Vorsitzende des Landesbunds zu vertreten.



Dank für engagierte Mitarbeit. Jürgen Kettner (vlbs*) war in der dbb Landesleitung für die Belange der dbb Bildungsgewerkschaften und für die Mitgliederwerbung zuständig. Ihm wurde für seine langjährige engagierte Mitarbeit in der Landesleitung und den Gremien des dbb rheinland-pfalz Dank ausgesprochen. Er ist Lehrer an der Berufsbildenden Schule Wirtschaft in Koblenz (Berufsfachschule und Fachbereich Einzelhandel) und bleibt aktiv im dbb Bezirksverband Koblenz.



Martin Radigk
martin.radigk@vrb-rlp.de



Friedhelm Windmüller
Wolfgang Wünschel

► VRB-THEMENFOKUS

Stärkung der Klassenlehrerin und des Klassenlehrers

Der VRB-Landesvorstand wird auch im Schuljahr 2019/20 Gespräche und Verhandlungen mit den Parteien, mit der Landesregierung, mit der Bildungsministerin sowie mit dem Präsidenten der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion führen.

Dabei stehen Forderungen nach einer spürbaren Entlastung der Lehrkräfte im Vordergrund. Wir setzen uns mit Nachdruck dafür ein, dass die Schulen auf allen Ebenen eine deutliche systemische Verbesserung erfahren.

In einem ersten Themenfokus nahmen wir die Klassenleiterin und den Klassenleiter in den Blick. Wir fordern eine Absenkung ihrer Unterrichtsverpflichtung als Ausgleich zur Wahrnehmung der immer komplexer werdenden außerunterrichtlichen Aufgaben.



► dbb-JUGENDARBEIT

START-WORKSHOP IN LEIPZIG

Wie beginnt man in den Mitgliedsverbänden mit der Jugendarbeit? Um diese Frage zu klären, verbrachte Saskia Tittgen (links) mit weiteren Mitgliedern der „dbb-jugend“ drei Tage in Leipzig bei einem START-Workshop. Unter der Leitung des stellvertretenden Bundesjugendleiters Philipp Mierzwa (4.v.re.) wurden zentrale Bereiche der Verbandsarbeit unter die Lupe genommen. Auf der Tagesordnung standen neben der Mitgliedergewinnung und der Mitgliederbetreuung, die Möglichkeiten der Projektfinanzierung, aber auch die Kommunikation nach Innen und Außen sowie der Umgang mit Social Media. Auch der stellvertretende dbb-Vorsitzende Volker Geyer (erste Reihe, vorne) war als Referent dabei.

Text: Saskia Tittgen; Foto: dbb

#realebildungstärken
#1 VRB-Themenfokus

Auf die Lehrerin und den Lehrer kommt es an. Im Zentrum: Die Klassenlehrerin und der Klassenlehrer!

FAKT IST, dass die Klassenleitung mit komplexeren Aufgaben im Rahmen ihrer Tätigkeit konfrontiert wird.
DIE FOLGE IST, dass die zunehmenden Herausforderungen nicht mehr zu bewältigen sind und zu einer Überbürdung führen.
DER VRB FORDERT eine Entlastung der Klassenleitung durch eine Senkung der Unterrichtsverpflichtung um zwei Wochenstunden (Anrechnungsstunden für Klassenleitung) und die stärkere Einbeziehung von multiprofessionellen Teams an Schulen.

#realebildungstärken
MEHR FAKTEN, HINTERGRUND UND UNTERSTÜTZUNG ZU DEN FOLGENDEN THEMEN ONLINE!

VRB RP www.vrb-rlp.de

VRB
Verband Reale Bildung
Landesverband Rheinland-Pfalz e.V.

AUFKLÄRUNG!

► NACHTRAG FACHKONGRESS 2019

VRB UNTERSTÜTZT AUFKLÄRUNGSARBEIT

Die VRB-Vorstandsmitglieder Bernd Karst, Heidi Becker und Saskia Tittgen haben dem Arbeitskreis Jüdisches Bingen für seine Aufklärungsarbeit eine Geldspende überreicht. Anlass der Scheckübergabe war ein Vortrag von ZDF-Chefredakteur Peter Frey auf dem jüngsten VRB-Fachkongress in Ingelheim zum Thema „Qualitätsjournalismus in Zeiten des Populismus“. Dem Medienverhalten vieler Zeitgenossen und den „Fake News“ gelte es entgegenzuwirken, erinnerte sich Karst und plädierte für die Unterstützung seriöser Medien.

Wü/Quelle: Mainzer Allgemeine Zeitung v. 8.4.2019

Illustration: Adobe Stock



LANDEVERSAMMLUNG DER PENSIONÄRINNEN UND PENSIONÄRE

**Politik und Gesellschaft stehen vor
Herausforderungen, die wir aktiv begleiten.**

Zum Abschluss der Veranstaltung besichtigten die Teilnehmer in zwei Gruppen den Mainzer Dom. Die romanischen Dome am Rhein, in Speyer und Worms, waren bereits bei früheren Gelegenheiten besucht worden.

Der Landesverband Reale Bildung (VRB) lud seine Pensionärinnen und Pensionäre zu einer Landesversammlung nach Mainz ein. Wilfried Rausch betonte: „Die Gruppe der Pensionärinnen und Pensionäre wächst kontinuierlich. Für uns bedeutet das, dass wir ihre Interessen noch stärker in unserer Verbandsarbeit berücksichtigen wollen. Die Interessenvertretung des Verbandes endet nicht mit dem Eintritt in den Ruhestand. Die zunehmende Zahl der Pensionärinnen und die Pensionäre wird die Politik und Gesellschaft vor Herausforderungen stellen, die wir aktiv begleiten müssen.“ In der ganztägigen Veranstaltung hielten sich Informationsangebote und Kultur die Waage.

Die Gruppe der Pensionärinnen und Pensionäre stärken

In seiner Begrüßung stellte der Landesvorsitzende Timo Lichtenthäler heraus, dass es dem Vorstand ein wichtiges Anliegen sei, die Gruppe der Seniorinnen und Senioren im Verband zu stärken und aktiv einzubinden. Er dankte den jeweiligen Bezirksverantwortlichen Klaus Hirsch, Gudrun Deck, Margit Lenarz und Erwin Schneider für das hohe Engagement.

Das anschließende Impulsreferat des Landesvorsitzenden stellte besonders zwei Aspekte in den Vordergrund. Mit Blick auf die Verbandsarbeit stellte der Vorsitzende heraus, dass der Landesvorstand kontinuierlich im kritischen Dialog mit den bildungspolitisch Verantwortlichen stehe und besonders im Zusammenspiel mit den dbb-Gremien spürbare Verbesserungen im Gesamtsystem „Schule“ einfordere.

Des Weiteren blickte Lichtenthäler in Sachen Schulentwicklung auf die Entwicklungen der letzten zehn Jahre zurück. Dabei unterstrich er die erzielten Erfolge durch den Einsatz des Verbandes und beleuchtete die gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen, denen sich auch die Verantwortlichen im Bildungsbereich in der Zukunft stellen müssen. „Die Zunahme an Belastungsanzeigen durch Schulen und gleichzeitig der spürbare Rückgang von Studierendenzahlen für das Lehramt an Realschulen plus machen uns Sorgen. Hier muss dringend gegengesteuert werden“, so der Vorsitzende. Abschließend ermunterte Timo Lichtenthäler die anwesenden Pensionäre, sich aktiv am Verbandsleben zu beteiligen und lud zum engen Austausch ein: „Ihre Erfahrungen sind uns wichtig und können wertvolle Impulsgeber sein.“

Pensionärsbetreuung in den Bezirken

Margit Lenarz und Gudrun Deck berichteten von den Aktivitäten in den Bezirken. Zum einen erhalten die Pensionäre zum Geburtstag Glückwunschscheiben zusammen mit Informationen aus der Verbandsarbeit, zum anderen werden Treffen, Veranstaltungen oder Besichtigungen für die Senioren angeboten. Beispielhaft wurden für den Bezirk Koblenz genannt: Besuch der Festung Ehrenbreitstein, Bootsfahrt zum Geysir in Andernach, Besichtigung der Industriedenkmäler Sayner Hütte in Bendorf und Stöffelpark in Enspel.

Im Bezirk Neustadt standen vor allem Sonderausstellungen in den Museen und Kunstgalerien der Region auf dem Programm. Das sind z. B. das Historische Museum der Pfalz in Speyer, das Reiss-Engelhorn-Museum, das Technoseum und die Kunsthalle in Mannheim sowie das Wilhelm-Hack-Museum in Ludwigshafen. Über die bereits terminierten Veranstaltungen des Winterhalbjahres berichten wir in der nächsten Ausgabe: „Inspiration Matisse“ (Kunsthalle MA), „Darf ich Dir meine Sammlung zeigen“ (Hack-Museum LU), „JAVA GOLD“ (Reiss-Engelhorn-Museum MA) und „Medicus“ (Historisches Museum SP).

Fake News statt Faktentreue.

Ein Phänomen mit gesellschaftspolitischer Relevanz

Bernd Karst referierte zum Thema „Fake News und Faktentreue“. Er stellte Kategorien, Beispiele und Wirkungen von Fake News in den Mittelpunkt. Sind soziale Netzwerke seriöse Nachrichtenquellen? Mit Blick auf die zahlreichen negativen Beispiele aus der Vergangenheit und zunehmend aus der Gegenwart gilt dieser Anspruch grundsätzlich weder für diese noch für andere Medien. Wir sind anfällig für Fake News – vor allem dann, wenn die vermeintliche Nachricht unsere Vorurteile, Erwartungen und Weltbilder bestätigt, erklärte Bernd Karst. Er verknüpfte die Aspekte seines Vortrags mit Beispielen und lud die Anwesenden zu eigenen Einschätzungen ein. Er schloss mit Folgerungen für die Verbandsarbeit.

Die wesentlichen Aspekte seiner Ausführungen greifen wir in der kommenden Ausgabe noch einmal ausführlicher auf.



Bernd Karst verknüpfte die Aspekte seines Vortrags „Fake News statt Faktentreue“ mit Beispielen und lud die Anwesenden mit großem Erfolg zur Bekundung eigener Einschätzungen ein.

Interessenvertretung unserer Seniorinnen und Senioren in einem starken Netzwerk

In seinem Referat stellte der VRB-Seniorenbeauftragte Wilfried Rausch die Seniorenvertretungen des dbb-Dachverbandes sowie des VDR-Bundesverbandes und des VRB-Landesverbandes dar und informierte an den Themenfeldern Pflege, Betreuung



Links: VRB-Landesvorsitzender Timo Lichtenthäler forderte auf, sich aktiv am Verbandsleben zu beteiligen, und lud zum engen Austausch ein: „Ihre Erfahrungen sind uns wichtig.“ Rechts: VRB-Seniorenbeauftragte Wilfried Rausch berichtete aus der Gremienarbeit bei VDR und dbb. Er sprach u.a. den Vorsorge-Bereich an. Es sei wichtig Vorsorge für den Fall zu treffen, in dem keine eigenständige Entscheidung mehr getroffen werden kann.

und Vollmacht aus der Arbeit der Seniorenvertretungen. Wilfried Rausch nannte die Betreuung der Pensionärinnen und Pensionäre in unserem Landesverband eine seit vielen Jahren bestehende Herzensangelegenheit der Vorstände. „Dankbarkeit und Wertschätzung gegenüber den älteren Mitgliedern sind die Motivation hierfür. Die Betreuung erfolgt über die Bezirke, da über diese die Kontakte miteinander am besten gepflegt werden können.“

Der Landesbeauftragte gab aus der Gremiumsarbeit wichtige Hinweise weiter. Unter anderem gab er eine kurze Einführung über den neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff. Er zeigte auf, wie im Pflegefall Beratung und Begutachtung bei den Pensionären erfolgen. Wichtig war ihm, den Vorsorge-Bereich anzusprechen. Er wies auf unterschiedliche Formen und Aspekte der Vorsorgevollmachten hin und stellte Musterformulare vor. Erste Ergebnisse der intensivierten Pensionärsarbeit auf Landesebene sind ausgewiesene Sonderseiten in dieser Zeitschrift.

Nach einem gemeinsamen Mittagessen, das Gelegenheit zu privatem Austausch bot, hatten die Teilnehmer in zwei Gruppen Gelegenheit, an einer Stadtführung teilzunehmen, in deren Mittelpunkt ein Rundgang durch den Mainzer Dom stand.

Gudrun Deck (li.) und Margit Lenarz (Mitte) berichteten über die VRB-Angebote der Bezirke. Wolfgang Seebach sorgte für eine reibungslose Tagungstechnik.



Wilfried Rausch
wilfried.rausch@vrb-rlp.de



Wolfgang Wünschel
wolfgang.wuenschel@vrb-rlp.de

► LANDESELTERN TAG 2019

„Bildungspolitik – Anspruch und Wirklichkeit und Wahrnehmung“

Landeselternsprecher Dr. Thorsten Ralle begrüßte rund 200 interessierte Eltern, Lehrkräfte, Vertreterinnen und Vertreter von Lehrerverbänden sowie Politikerinnen und Politiker zum Landeseltern tag im Werner-Heisenberg Gymnasium in Neuwied.



In der Schulpolitik gemeinsame Ziele anstreben

Das Thema des Landeseltern tages, so formulierte der Landeselternsprecher, sei aus der Diskrepanz zwischen der offiziellen Darstellung bildungspolitischer Themen wie Unterrichtsversorgung oder Inklusion beeinträchtigter Schülerinnen und Schüler einerseits und der Wahrnehmung der Eltern und Elternvertretungen von der Schulrealität andererseits entstanden. Er betonte, dass Elternvertretungen bei der Erfüllung ihrer Beratungspflicht auf vollständige Informationen angewiesen seien. Seiner Meinung nach müsse man in der Schulpolitik mehr über gemeinsame Ziele und unterschiedliche Fördermöglichkeiten nachdenken. Bildungspolitische Ziele könnten zudem nur mit einer adäquaten personellen Ausstattung garantiert werden. Dr. Ralle forderte verbindliche Vorgaben für Schulstandorte und Schulabgänger, da eine Vergleichbarkeit bei der bestehenden Variabilität nicht gegeben sei.

Breit gefächertes Angebot an Foren

Am Vormittag konnten die Besucher des Landeseltern tages an verschiedenen Foren teilnehmen: „Lernen mit Lernvideos auf YouTube“, „Inklusion am Scheideweg“, „Eltern mit Wirkung – Elternvertretungen gestalten Schule“, „Digitale Medien in der Schule“, „Strukturelle Unterrichtsversorgung und temporärer Unterrichtsausfall“,

„Soziales Lernen – Gemeinsam Klasse werden in der Orientierungsstufe“.

Diskrepanzen zwischen bildungspolitischem Anspruch und der Wirklichkeit

Höhepunkt des Landeseltern tages bildete am Nachmittag der Plenarvortrag von Prof. Dr. Kai Maaz, Direktor der Abteilung Struktur und Steuerung des Bildungswesens im Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation (DIPF). Inhaltlich ging er in seiner Rede auf Diskrepanzen zwischen Anspruch und Wirklichkeit in der Bildungspolitik ein. Er stellte dar, dass es einen Zuwachs an Bildungsteilnehmern sowie eine wachsende Heterogenität in Bildungseinrichtungen gebe. Diese Entwicklung könne man bezogen auf die Themen Migration und Inklusion durch eine Zunahme inklusionsorientierter Betreuung, durch steigende Förderquoten im Schulwesen, aber auch durch soziale Unterschiede in unserer Gesellschaft belegen.

Durch den Trend zur höheren Bildung sieht Prof. Dr. Kai Maaz das Gymnasium als stabile Schulform. Ein Problem sei jedoch die anhaltende Disparität zwischen den Bildungsbenachteiligten und der Leistungsspitze unserer Gesellschaft.

Bildungspolitik – eine Dauerbaustelle!

In ihrem Grußwort lobte Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig das hohe Engagement der Eltern. Sie verglich die Bil-

dungspolitik mit einer Dauerbaustelle. Die ständigen Veränderungen und Neuerungen, die manchmal in schnellem Tempo vorstättengingen, erforderten stets Reaktionen darauf, was nicht immer einfach sei. Sie hob hervor, dass es in Rheinland-Pfalz keine Bildungsexperimente wie in anderen Bundesländern gäbe. Über 90 % der Lehrer seien verbeamtet und der Vertretungspool habe sich von 800 auf 1300 Stellen fast verdoppelt. Statistiken dazu seien wichtig, böten sie doch über strukturelle und temporäre Unterrichtsversorgung eine hohe Transparenz.

Einrichtung multiprofessioneller Teams und Verbesserung schulischer Rahmenbedingungen

In der anschließenden Podiumsdiskussion nahmen Prof. Dr. Kai Maaz, Dr. Thorsten Ralle und Dr. Stefanie Hubig Stellung zu Fragen der Eltern.

Ein Schwerpunkt der Diskussion war die Einrichtung multiprofessioneller Teams an den Schulen.

Dr. Hubig legte dar, dass Rheinland-Pfalz 20 Millionen Euro für die Schulsozialarbeit an den Schulen ausbebe. Die hohe Zahl an Kindern mit psychischen Auffälligkeiten wäre bekannt, ebenso die zunehmende Anzahl an verhaltensauffälligen Kindern. Es gäbe im Land 14 schulpsychologische Beratungsstellen als Unterstützung für die Schulen, und es wäre zudem eine Handreichung für den Umgang mit schwierigen Schülerinnen und Schülern entwickelt worden.

Prof. Dr. Maaz kritisierte die teilweise schlechten Diagnosezeitpunkte von Förderbedarf bei Kindern und die generellen Messprobleme bei der Feststellung eines sonderpädagogischen Förderbedarfs.

Ein weiterer Schwerpunkt der Podiumsdiskussion ging der Frage nach, wie eine kurz- und mittelfristige Verbesserung der äußeren und inneren Rahmenbedingungen an Schulen erreicht werden könne.



Dr. Ralle forderte eine Demokratisierung bei der Entwicklung der Rahmenbedingungen. Eltern müssten mehr Mitbestimmungsrechte gegeben werden.

Prof. Dr. Maaz erklärte, dass man für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen keine Schulstrukturdebatten bräuchte, aber es wäre an der Zeit, das Curriculum inhaltlich auf den Kopf zu stellen und digitales und analoges Lernen zusammen-

zuführen. Bildungspolitik handle reaktiv, nicht visionär. Dr. Hubig führte aus, dass die Umsetzung visionärer Rahmenbedingungen in der Bildungspolitik schwierig zu finanzieren sei.

Nachtrag Neuwahl

Im September 2019 hat sich ein neuer LEB konstituiert. Mit der Wahl Reiner Schladweilers (Trier, IGS) zum Landeselternsprecher in Speyer hat die 18. Amtsperiode

des LEB begonnen. Seine Stellvertreterin ist Susanne Döhler (Wörth, GY) und sein Stellvertreter Stjepan Bonic (Mainz, freie Schulen).



Nicole Weiß-Urbach
nicole.weiss-urbach@vrb-rlp.de



LEB



Rosemarie Höh-Eymael in den Ruhestand verabschiedet

Im Rahmen eines Stehempfangs wurde die koordinierende Referentin der Schulaufsicht in Neustadt, Rosemarie Höh-Eymael vom ADD-Präsidenten Thomas Linnertz in den Ruhestand verabschiedet.

Präsident Linnertz bescheinigte seiner Mitarbeiterin Klugheit, Umsicht und professionelle Kompetenz. Sie habe sich stets durchsetzungsstark, kommunikativ und standhaft gezeigt. Rosemarie Höh-Eymael betonte, dass es ihr immer ein Anliegen gewesen sei, ihre Arbeit zum Wohle der Schulen und der Menschen, mit denen sie gearbeitet habe, einzusetzen.

Die letzten 17 Jahre wirkte Höh-Eymael bei der Schulaufsicht der ADD. Nach dem Studium der Germanistik und Anglistik legte sie die fachwissenschaftliche Prüfung für das Lehramt an Realschulen ab. Ihre beruflichen Stationen waren die Realschule Haßloch, das Schulmodell Rockenhausen sowie die Realschule Grünstadt. 1999 wurde sie

Schulleiterin an der Carl-Orff-Realschule in Bad Dürkheim. Drei Jahre später wechselte Rosemarie Höh-Eymael, die ihre gewerkschaftliche Heimat beim Verband Reale Bildung (VRB) hat, zur Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion nach Neustadt. Als Schulaufsichtsreferentin war sie für die Landkreise Südliche Weinstraße sowie Bad Dürkheim zuständig. 2014 übernahm sie die Leitung des Referates Realschulen Plus der ADD-Außenstelle Neustadt. Seit 2017 fungierte sie als Koordinierende Referentin der Schulaufsicht.



Wolfgang Wünschel
wolfgang.wuenschel@vrb-rlp.de

„Schule der Chancen“

Landesweite Wochen der Realschulen plus

Auch in diesem Herbst besuchten Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig, Bildungsstaatssekretär Hans Beckmann und ADD-Präsident Thomas Linnertz Realschulen plus, die beispielhaft für die vielfältigen Angebote und pädagogischen Pluspunkte der noch jungen Schulart stehen. Insgesamt gibt es 188 Realschulen plus in Rheinland-Pfalz, 32 davon bieten neben dem Abschluss der Berufsreife und dem qualifizierten Sekundarabschluss I außerdem eine angeschlossene Fachoberschule, an der die Fachhochschulreife erlangt werden kann.



Staatssekretär Hans Beckmann beim Schulbesuch: In der Woche der Realschule plus geben wir den Realschulen plus Gelegenheit, sich zu präsentieren und zu zeigen, welche Angebote sie vorhalten.



V. li. n. re.: Marco Blädel, Alexandra Blädel, Prof. Dr. Jens Hermsdorf, Manfred Schabowski, Christine Groß-Herik, vorne: Eva Paul, hinten: Christian Bauer, Hans Beckmann, Birgit Bächler und Holger Deckler

Zeigen, was Realschulen plus bieten

Zum Auftakt der Schulbesuche hob Ministerin Hubig an der Realschule plus in Oberwesel hervor: „Wir wollen zeigen, was unsere Realschulen plus alles bieten – und das ist eine ganze Menge. Den Schülerinnen und Schülern, die eine Realschule plus besuchen, stehen in ihrer Schulkarriere alle Wege offen, und sie werden durch die besondere Verschränkung von theoretischen und praktischen Inhalten bestens auf das Leben und Arbeiten vorbereitet.“

Die Schulen, die sich 2019 mit ihren Schwerpunkten präsentierten, sind die RSplus Heuss-Adenauer Mittelrhein Oberwesel (Stärkung der Schülerpersönlichkeit und Vernetzung innerhalb der Region), RSplus Goetheschule Koblenz (Kultur, Umwelt, digitale Medien, in Vielfalt leben), GRSplus Lenneberg Budenheim und Mainz-Mombach (MINT), RSplus Hermann-Gmeiner Daaden („Wir sind Europa!“) RSplus FOS Konrad Adenauer Landau (Fachkräfte – aber sicher! Leistung macht Schule), RSplus Neustadt an der Weinstraße (Medienkompetenz) RSplus FOS Gustav-Heinemann Alzey (mit Ganztags- und Fachoberschule die Zukunft gestalten), RSplus Lina-Pfaff Kaiserslautern (Erfolgsmodell Praxistag),

RSplus FOS Traben-Trarbach (Potenzialanalyse Profil AC), RSplus Cochem (Safer Internet: Arbeit mit Medienscouts), RSplus FOS Drei-Maare Daun (Berufsorientierung und Wahlpflichtfächer – DIE Markenzeichen der Realschule plus).

Schule der Chancen

RBIRP hatte Gelegenheit, den Tag der Realschulen plus und Fachoberschulen in Landau zu besuchen. Dort war Staatssekretär Hans Beckmann zu Gast. Er hob hervor: „Unsere Realschulen plus haben sich nicht nur als eine wichtige Säule in der rheinland-pfälzischen Schullandschaft etabliert, sie verzeichnen auch steigende Anmeldezahlen. Das ist eine gute Entwicklung und zeigt die Akzeptanz der Schulart unter den Eltern. Die Realschule plus ist eine Schule der Chancen.“

Ein Programmpunkt war die Einweihung einer Wetterstation, die besonders für die Fachoberschule mit dem Schwerpunkt Bio- und Umwelttechnologie wichtige Daten liefern soll. Ermöglicht wurde dies durch eine Spende der „Klimastiftung für Bürger“ aus Sinsheim. Die Wetterstation wird über die Klimastiftung mit Stationen anderer Schulen verbunden sein. Auch die Profulfächer der Realschule plus, die Wahl-

pflichtfächer, präsentierten sich den Besuchern. Zu sehen waren Stände der WPF-Gruppen Hauswirtschaft- und Sozialwesen, Technik und Naturwissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung sowie Französisch.

Fachkräfte – aber sicher!

Im Mittelpunkt stand ein Podiumsgespräch zum Thema „Fachkräfte – aber sicher! Leistung macht Schule“ mit Staatssekretär Hans Beckmann und Vertretern von Betrieben, der Arbeitsagentur, der Schule und der Hochschule. Die Moderation des Podiums übernahm Konrektorin Eva Paul.

Die KARS gebe, so stieg Schulleiter Manfred Schabowski in das Podiumsgespräch ein, jedes Jahr rund 200 Schüler an das Leben ab: „Ein Teil wechselt in eine Berufsausbildung, ein Teil geht in eine Oberstufe, und ein weiterer Teil besucht die Fachoberschule und anschließend eine Hochschule oder Duale Hochschule. Hervorheben möchte ich auch die Bedeutung des Netzwerks kooperierender Schulen in der Region.“

- Schulleitersprecherin Alexandra Blädel zeichnete die Schullaufbahn ihrer Kinder an der KARS nach, lobte das schulische Anliegen, Persönlichkeiten zu

entwickeln, und hob die Durchlässigkeit und die Praxisnähe der schulischen Ausbildung hervor. Sohn Marco ist inzwischen Schülersprecher.

- Christian Bauer, der als Ehemaliger einen Platz in der Runde hatte, beschrieb seinen Übergang von der schulischen in die berufliche Ausbildung als reibungslos. Er hat inzwischen die Meisterprüfung abgelegt. Als wesentliche Kriterien seiner Ausbildungs- und Berufszufriedenheit nannte er ein gutes Arbeitsklima sowie Entwicklungs- und Weiterbildungschancen.
- Christine Groß-Herik, Leiterin der Agentur für Arbeit Landau, sieht ein großes Plus der KARS in der Berufswahlorientierung. Es sei wichtig, den Berufswahlprozess frühzeitig einzuleiten. Die Agentur für Arbeit begleite die Schülerinnen und Schüler – gestützt auf die Zusammenarbeit mit den Berufswahlkoordinatoren, auf Elternabende sowie auf Gesprächs- und Beratungsangebote – ab der siebten Klasse auf ihrem Weg in das Berufsleben. „Wir bieten darüber hinaus Eignungstests und ausbildungsbegleitende Hilfen an.“
- Birgit Büchler, Ausbildungsleiterin bei Stadler und Schaaf in Offenbach, berichtete: „Wir arbeiten seit dem Start der Fachoberschule Technik mit der KARS zusammen und haben beste Erfahrungen gemacht.“ Es gehe in den Jahrespraktika darum, den Fachoberschülerinnen und -schülern erste positive Eindrücke vom Berufsleben zu vermitteln.
- FOS-Koordinator Holger Deckler, benannte als das besondere Plus der Oberstufe die Verbindung von Praxis und Theorie unter den folgenden drei Aspekten: Die Schülerinnen und Schüler absolvieren ein Jahrespraktikum in der Klassenstufe 11, sie lernen zweitens ein Berufsfeld im technisch-kaufmännischen Bereich kennen, und drittens hätten die



Die Schülerinnen und Schüler an den WPF-Ständen (hier: Technik und Naturwissenschaften) laden interessierte Besucher zu vertieften Einblicken und Informationen ein.

Betriebe die Chance, Auszubildende zu gewinnen, die zum Betrieb passen.

- Prof. Dr. Jens Hermsdorf, Präsident der Hochschule Worms und der Dualen Hochschule Rheinland-Pfalz, hob als wesentliches Kennzeichen des rheinland-pfälzischen Bildungswesens die Durchlässigkeit hervor. Er beschrieb die positive Wirkung einer frühzeitigen Kooperation mit der Hochschule, wie sie zwischen der KARS und der Hochschule Worms bestehe. Das erleichtere der Hochschule, auf schulischem Lernen aufzubauen, und den Schülerinnen und Schülern, die neuen Lerninhalte gut zu bewältigen.
- Staatssekretär Hans Beckmann bezeichnete die Realschule plus als Schulart der Chancen und der Aufstiegsorientierung. Die KARS leiste hier in Landau einen wichtigen Beitrag zur Fachkräftesicherung. Die Schülerinnen und Schüler würden intensiv auf die Berufs- und Arbeitswelt vorbereitet. Ganz besonders zeichne sich diese Schule aus durch ihre zahlreichen Kontakte zu Firmen der Region. „Die KARS steht für individuelle Förderung, für Aufstiegsorientierung und für Durchlässigkeit.“ Er zeigte sich beeindruckt von der pädagogischen Arbeit, die täglich an der KARS geleistet wird, und hob auch die Integrationsleistungen der Schule hervor.

Auf die Frage von Moderatorin Eva Paul, welche weiteren Möglichkeiten Staatssekretär Beckmann sehe, die Realschule plus zu stärken, versicherte er, die Realschule plus könne auch künftig auf die Unterstützung der Landesregierung rechnen. Sie sei eine zentrale Säule des Bildungssystems. Man habe zuletzt neue Funktionsstellen auf den Weg gebracht und die Schulsozialarbeit ausgebaut.

Fazit

Der Landesregierung geht es bei den „Wochen der Realschule plus“ darum, die Arbeit der Schulen bekannt zu machen, und ihnen Gelegenheit zu bieten, sich öffentlich zu präsentieren. Eltern sollen Einblick in die schulische Arbeit erhalten, sehen, wie ihre Kinder dort gefördert werden und welche Wege ihnen offenstehen. Es tut der jungen Schulart gut, als zentraler Pfeiler unseres Schulsystems beschrieben zu werden, der sich durch eine starke Berufs- und Studienorientierung auszeichnet. Doch Lob allein reicht nicht, die Zukunft zu gestalten. Die Schulen brauchen bessere Rahmenbedingungen. Die Arbeitszeit der Lehrkräfte und die Klassenmessen sind zu hoch. Und es zeichnet sich ein dramatischer Nachwuchs- und Fachlehrkräftemangel ab.



Wolfgang Wünschel
wolfgang.wuenschel@vrb-rlp.de

„Aufgespießt“ von Dr. Peter Bung

俳句
Haiku

10 Jahre RS plus

Der Plusling
im Zoo der Bildung
lebendig

Auf ein WORT,



... Herr Neuhoff!

Immer mal wieder trifft man bei Veranstaltungen auf Menschen, deren Tätigkeiten, deren Haltung, deren Ideen oder Visionen wir als interessant, hilfreich und weiterführend empfinden. Zeit für ausführliche und vertiefende Gespräche bleibt in der Regel nicht. Die Lösung ist das knappe Stichwortinterview unter dem Titel „Auf ein Wort...“.

Berno Neuhoff ist seit Juli 2017 ehrenamtlicher Stadtbürgermeister der Stadt Wissen. Hauptberuflich ist er bei der Kreisverwaltung Altenkirchen beschäftigt und ist Leiter des Referats Regionalentwicklung.

Berno Neuhoff arbeitet seit 1986 für die Kreisverwaltung und hat über viele Jahre als Mitarbeiter und Leiter der Wirtschaftsförderungsgesellschaft die MINT-Förderung an den Schulen unterstützt und gemeinsam mit den ortsansässigen Betrieben Schulprojekte initiiert und ermöglicht.

Ein noch heute von den Schulen gerne wahrgenommenes Projekt ist der Metallerlebnistag, der im November 2008 ins Leben gerufen wurde. Das Anliegen von Berno Neuhoff und Mitarbeitern der Wirtschaftsförderungsgesellschaft war es, dass die metallverarbeitenden Betriebe, die im Kreis Altenkirchen zahlreich vertreten sind, die Schülerinnen und Schüler an einem Tag in die Betriebe holen, um ihnen durch praktische Übungen einen Einblick in die Arbeitswelt zu verschaffen und auch Kontakte und Austausch mit den Auszubildenden und den Ausbildungsleitern zu ermöglichen.

Bürgermeisteramt

Die Tätigkeit des Stadtbürgermeisters übe ich ehrenamtlich aus. Ich habe mich bewusst für ein politisches Amt auf kommunaler Ebene in meiner Heimatstadt entschieden. Es war der richtige Schritt in Folge meines vielfältigen gesellschaftlichen Engagements vor allem im Jugend- und Kulturbereich.

Stadtentwicklung

Mir ist wichtig, dass sich alle gesellschaftlichen Gruppierungen in die Entwicklungsprozesse der Stadt einbringen können. Unser Ziel als Kommunalpolitiker muss es sein, dass sich Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Stadt identifizieren und entsprechend motiviert und engagiert Entwicklungsprozesse begleiten.

Schulentwicklung

Die Schulen und deren Entwicklungen in der Stadt Wissen liegen mir sehr am Herzen. Ich selber habe die Sekundarschulen hier am Ort besucht. Nach dem Besuch der Gemeinsamen Orientierungsstufe von Gymnasium und Realschule bin ich in die Realschule Wissen gewechselt und habe dort 1986 den Realschulabschluss erworben. Danach habe ich die Fachoberschule Wirtschaft der BBS Wissen besucht.

Wir sind froh, als Schulsitzgemeinde sechs Schularten zu haben. Die positive Entwicklung der Realschule plus Wissen nehmen wir erleichtert und erfreut zur Kenntnis. Die Anmeldezahlen an der Realschule plus entwickeln sich gut. Es zeigt sich, dass die pädagogische Arbeit an dieser Schule Anerkennung in der Stadt und Umgebung findet. Bei meinem letzten Schulbesuch haben mir die Schülerinnen und Schüler berichtet, was sie an der Schule schätzen, das sind eine persönliche fast familiäre Atmosphäre, kleine Klassen, kurze Wege innerhalb des Schulgeländes und das großzügige Raumangebot.

Ich bin überzeugt, dass sich die noch junge Realschule plus Wissen in der Zusammenarbeit mit Gymnasium und den Berufsbildenden Schulen erfolgreich weiterentwickeln wird.

Demokratieerziehung

Als Bürgermeister besuche ich regelmäßig die Schulen. Ich schätze die Kontakte mit den Schülerinnen und Schülern. Ich erhalte bei den Schulbesuchen wertvolle Impulse für meine kommunale Tätigkeit. Vor allem möchte ich bei den Schülerinnen und Schülern dafür werben, dass sie sich schon frühzeitig in der Stadt nicht nur politisch engagieren und in unterschiedlichen Formen einbringen können. Das schließt natürlich auch ein, dass den Jugendlichen ein Forum geschaffen wird, sich und ihre Positionen darzustellen. Darum habe ich anlässlich der Feierlichkeiten „50 Jahre Stadt Wissen“ im Mai dieses Jahres acht Schülerinnen und Schüler der Marion-Dönhoff-Realschule plus sowie des Kopernikus-Gymnasiums Wissen stellvertretend für alle Schüler am Schulstandort Wissen auf die Bühne geholt und in einer Talkrunde unter dem Motto: „Wir sind Wissen, wir sind die Zukunft“ ihre Vorstellungen äußern lassen.

Umweltschutz

In unserer Region, die geprägt ist durch die Dörfer, haben wir aufgrund der naturräumlichen Lage nicht die Klima-Probleme der Städte. Wissen ist ein staatlich anerkannter Luftkurort in einer waldreichen Mittelgebirgsregion mit sauberen Bächen und Flüssen. Nicht nur die einheimische Bevölkerung schätzt die saubere Luft und die intakte Natur. Daher erhalten wir durch die bevorzugte Lage vor den Toren von Köln und dem Raum Bonn-Siegburg und natürlich der Universitätsstadt Siegen enormen Zuspruch. Wissen ist ein attraktiver Wohnstandort.

Die Schülerinnen und Schüler unserer Region verfolgen nach meiner Wahrnehmung sehr aufmerksam die weltweite Bewegung „Fridays for Future“. Auffällig und erfreulich ist aber, dass unsere Schülerinnen und Schüler sich aktiv an konkreten Maßnahmen zum Umweltschutz beteiligen. So helfen sie in großer Zahl bei den diversen Säuberungsaktionen in der Stadt und den Dörfern mit.

Wirtschaftsentwicklung

Wissen ist ein Wirtschaftsstandort, der bis vor wenigen Jahren durch die Montanindustrie geprägt war. Der Strukturwandel hat Veränderungen und Entwicklungen in Gang gesetzt, die nicht einfach zu bewältigen waren. So mussten die ehemaligen Montan-Branchen in zukunftsweisende Gewerbeflächen umgewandelt werden. Eine aktive Ansiedlungspolitik für

Handwerk, Handel, Gewerbe und Dienstleistung war erfolgreich.

Die Sicherung des sich gewandelten Wirtschaftsstandorts ist jetzt eine neue Herausforderung, die vor allem durch Abwanderung von Facharbeitskräften und Überalterung der Bevölkerung hervorgerufen wird. Dem wollen wir entgegensteuern u. a. durch attraktive Wohnanreize und weiteren Ausbau an Gewerbeflächen. Auch die Schulen werden wir verstärkt in den Entwicklungsprozess einbinden müssen. Gezielte Nachwuchsgewinnung kann nur im Zusammenspiel mit Schule und Wirtschaft gelingen.

Breitbandausbau

Bund und Land haben die richtigen Weichenstellungen vorgenommen und Fördergelder zum Breitbandausbau zur Verfügung gestellt. Der Landkreis Altenkirchen konnte als einer der ersten Landkreise in Rheinland-Pfalz die Fördermittel zum Ausbau der Breitbandversorgung akquirieren. Insgesamt werden aktuell durch die Unterstützung der Fördergeldgeber von Bund und Land mehr als 14,5 Millionen Euro in den Ausbau der digitalen Netzinfrastruktur im Landkreis Altenkirchen investiert.

Im Sommer startete das kreisweite FTTB-Schulbauprojekt (Fibre-to-the-Building), das den Ausbau von 38 Schulstandorten mit direkten Glasfaserhausanschlüssen umfasst. Der direkte Anschluss über Glasfaserkabel bildet die technische Grundvoraussetzung für Mindestbandbreiten von 30 MBit/s pro Klassenzimmer. Die Investitionen sind notwendig, um beim Breitbandausbau voranzukommen. Aber die Umsetzung wird Zeit in Anspruch nehmen. Der Ausbau erfolgt nach einem vorgegebenen Zeitplan. Es fehlt an Baufirmen, um den enormen Bedarf zeitnah umzusetzen.

Fotos: Wilfried Rausch, Karin Berneburg

*Stich*WORTGEBER

war Wilfried Rausch, der Berno Neuffoß im Mai bei einem Besuch in der Kreisverwaltung traf.



Foto: Adobe Stock



Schülerzahlen Klasse 5 in Rheinland-Pfalz

	2018/19 in Klasse 5	2019/20 angemeldet für Klasse 5	Differenz
Gymnasium	15.780	15.075	- 685
Realschule plus	12.128	12.384	+156
Integrierte Gesamtschule	5.887	5.884	- 3

Hr/Quelle: Mainzer Allgemeine Zeitung/dpa, 12. Mai 2019

► **VRB-PRESSEMITTEILUNG VOM 7. AUGUST 2019**

Der Verband Reale Bildung (VRB) warnt vor „digitaler Spaltung“

Die Landesregierung will die Schulen zur Nutzung von digitalen Lehr- und Lernsystemen und Netzwerken verpflichten. Sie sollen „regulärer Bestandteil der Erziehungs- und Unterrichtsarbeit“ sein. Der Verband Reale Bildung unterstützt das pädagogisch sinnvolle Lehren und Lernen mit digitalen Werkzeugen, vermisst aber die entsprechende Unterstützung der Landesregierung. Trotz der Finanzhilfen des Bundes aus dem so genannten DigitalPakt Schule werden die Gelder aus Sicht des VRB nicht für die Fortbildung der Lehrkräfte, die Anpassung der Bildungspläne und die Weiterentwicklung des Unterrichts ausreichen.

„Wir müssen auch in die Anwendungskompetenz investieren,“ erklärt VRB-Chef Timo Lichtenthäler. „Lehrerfort- und -weiterbildung ist originäre Aufgabe des Landes.“ Der VRB fordert und erwartet, dass die Landesregierung infolge der digitalen Veränderungen ein schlüssiges Fortbildungskonzept für Lehrkräfte entwickelt. Darüber hinaus benötigten die Schulen eine dauerhafte Unterstützung nicht nur bei der Installation, sondern auch bei der Unterhaltung der digitalen Werkzeuge durch IT-Fachkräfte und Systemadministratoren. „Zu einer Verpflichtung der Schulen zur Nutzung von digitalen Lehr- und Lernsystemen sowie Netzwerken gehört eine zeitlich parallele Selbstverpflichtung des Dienstherrn“, so Lichtenthäler.

Der VRB befürchtet eine „digitale Spaltung“ der Schulen und fordert daher eine massive finanzielle Unterstützung durch die Landesregierung: „Das Entwicklungstempo der einzelnen Schulen darf nicht vom Standort der Schulen und somit von der Finanzkraft des jeweiligen Schulträgers abhängen. Finanzschwächere Landkreise sind auf zweckgebundene Zuweisungen des Landes angewiesen.“ Unverzichtbar sind nach Auffassung des VRB eine zeitgemäße digitale Ausstattung aller Schulen mit Breitbandversorgung, schnellem WLAN, elektronischen Arbeitsgeräten und Lernmitteln sowie mobilen Endgeräten. „Die bereitgestellten Mittel müssen die Schulen schnellstmöglich erreichen“, fordert Timo Lichtenthäler.

Für das Schuljahr 2019/2020 fordert der VRB eine über das gesamte Schuljahr durchgängig ausreichende Personalversorgung, umfassende Fort- und Weiterbildungsangebote sowie zusätzliche Freistellungen der Lehrkräfte zur Wahrnehmung der neuen Aufgaben. Die vom Bund zur Verfügung gestellten Gelder aus dem DigitalPakt Schule sind, so Lichtenthäler, ein notwendiger Anschlag. „Darüber hinaus jedoch brauchen wir in Rheinland-Pfalz einen DigitalpaktPlus. Für das Plus ist das Land zuständig. Gelder für Hardware, Software und die notwendigen Investitionen in die Anwendungskompetenz reichen nicht aus“, begründet Lichtenthäler die Verbandsforderung.

Zum Hintergrund: Reale Bildung ist attraktiv, denn sie öffnet zahlreiche Wege und Alternativen. Die schulische und berufliche Laufbahn ist daher nicht einseitig festgelegt, sondern abhängig von Begabung, Interessen, Leistung und Leistungsbereitschaft der Schülerinnen und Schüler. Das Schulsystem in Rheinland-Pfalz muss diese Durchlässigkeit gewährleisten und erhöhen. Die Erfahrungen mit der neuen Schulstruktur zeigen, dass die Reale Bildung sowohl für die Realschule plus als auch für die Integrierte Gesamtschule weiter ausgebaut werden muss. Hier setzt der VRB als Interessenverband seinen schul- und verbandspolitischen Schwerpunkt.

► URTEIL

Schulbetretungsverbot bei Infektionsgefahr

Mit Beschluss vom 14. März 2019 hat die 8. Kammer des Verwaltungsgerichts Weimar festgestellt, dass ein Schulbetretungsverbot eine geeignete Maßnahme nach dem Infektionsschutzgesetz ist. Eine Mutter hatte sich in einem Eilverfahren gegen den Schulausschluss ihrer beiden Kinder für 16 Tage gewehrt.

Kinder, die sich mit Windpocken angesteckt haben könnten, dürfen für eine gewisse Zeit vom Schulunterricht ausgeschlossen werden. Ein entsprechendes Verbot für zwei Kinder, die Kontakt mit einem infizierten anderen Kind hatten, sei eine geeignete Maßnahme nach dem Infektionsschutzgesetz, teilte das Verwaltungsgericht in Weimar am Donnerstag mit. Darin sei kein unzulässiger faktischer Impfpflicht zu sehen. Die Schutzimpfung sei freiwillig, so dass das Recht des Betroffenen gewahrt bleibe, sich nicht impfen zu lassen.

In dem Schulbetretungsverbot liege ebenfalls keine unzulässige Ungleichbehandlung von nichtgeimpften Kindern mit geimpften Kindern. Die Ansteckungsgefahr und das Weiterverbreitungsrisiko seien bei geimpften und nichtgeimpften Kindern so evident verschieden, dass eine unterschiedliche Behandlung geboten sei.

Nach Auffassung des Gerichts sei das Schulbetretungsverbot auch deshalb erforderlich gewesen, weil die beiden Kinder keinen vollständigen Impfschutz und auch keine nachträgliche Schutzimpfung erhalten hatten. Die Entscheidung ist rechtskräftig.

Hr/Pressemitteilung des Verwaltungsgerichts Weimar vom 24. April 2019

► STRAFE BEI NICHT-EINHALTUNG?

Impfpflicht vor dem Schulbesuch



Das Bundeskabinett hat ab März 2020 die Impfpflicht für Kinder und Jugendliche beschlossen, die eine Schule oder Kita besuchen möchten – auch Lehrkräfte und Erzieherinnen und Erzieher sind von dieser Auflage betroffen. Allerdings muss der Bundestag diesem Gesetzesentwurf noch zustimmen.

Hintergrund ist die seit Jahren steigende Zahl von Masernerkrankungen. Masern sind keine harmlose Kinderkrankheit, es kann als Spätfolge zu Gehirnentzündungen mit tödlichem Verlauf kommen. Außerdem bringen nicht immunisierte Kinder Säuglinge oder kranke Menschen, die nicht geimpft werden dürfen, in Lebensgefahr.

In Deutschland wird ein Impfschutz von 95 % angestrebt, damit die Masern in Deutschland ausgerottet werden können. Die Impfung führt zur absoluten Immunität gegen diese Krankheit.

Nicht alle Eltern, deren Kinder nicht absolut geschützt sind, sind Impfverweigerer. Vielmehr versäumen es Eltern, die zweite notwendige Impfung durchführen zu lassen. Daher schlägt der Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte ein nationa-

les Impfregeister vor, das an eine Komplettierung des Schutzes erinnern könnte.

Das Gesetz sieht auch die Möglichkeit einer Reihenimpfung in Schulen vor. Ähnlich der früheren Polioimpfung, bei der Schülerinnen und Schüler klassenweise ein Stück mit der bitteren „Medizin“ getränkten Zuckers schluckten. Ergebnis: Heute ist Europa poliofrei.

Während Kitas die Aufnahme von Kindern bei fehlendem Impfschutz ablehnen können, besteht diese Möglichkeit für Schulen auf Grund der Schulpflicht nicht. Eltern, die den Impfschutz verweigern, droht deshalb ein Bußgeld bis zu 2.500 Euro.

In der Praxis bleiben Fragen offen: Muss bei der Einschulung oder einem Schulwechsel im Aufnahmegespräch eine Kopie des Impfausweises vorgelegt und dann auch in der Schülerakte abgelegt werden? Und wer entscheidet, ob ein ausreichender Schutz besteht?

Monika Antoni/Quellen: Zeit Online 5.5.2019, Bundesministerium für Gesundheit 17.7.19, FAZ 23.7.19

► BEIHILFE FÜR PSYCHOTHERAPIE

Vorheriges Anerkennungsverfahren erforderlich

Psychotherapeutische Leistungen sind nach der rheinland-pfälzischen Beihilfenverordnung grundsätzlich nur dann beihilfefähig, wenn sie zuvor aufgrund eines Gutachtens als beihilfefähig anerkannt wurden.

Ein Beamter hatte ambulante psychotherapeutische Leistungen in Anspruch genommen, ohne zuvor ein schriftliches Anerkennungsverfahren für die Therapie durchlaufen zu haben. Auf die Notwendigkeit eines solchen Verfahrens war er von der Beihilfestelle ausdrücklich hingewiesen worden. Sein nach Abschluss der Therapie gestellter Beihilfeantrag wurde unter Hinweis auf das fehlende vorherige Anerkennungsverfahren abgelehnt. Mit der hiergegen erhobenen Klage machte der Kläger insbesondere geltend, aufgrund seiner Erkrankung nicht in der Lage gewesen zu sein, sich um verwaltungstechnische Dinge zu kümmern. Die Fürsorgepflicht des Dienstherrn gebiete eine Übernahme der Kosten.

Dem widersprachen die Verwaltungsrichter unter Hinweis auf § 17 der rheinland-pfälzischen Beihilfenverordnung. Darin sei das Erfordernis einer schriftlichen Anerkennung der Beihilfefähigkeit vor Beginn der Therapie festgeschrieben. Die Durchführung eines Anerkennungsverfahrens sei auch nicht ausnahmsweise gem. § 62 Abs. 8 Satz 1 BVO entbehrlich gewesen. Soweit der Kläger vorbringe, aufgrund einer „akuten Krise“ zu einer „klaren Organisation seines Lebens“ außerstande gewesen zu sein, könne dem nicht gefolgt werden, da der Kläger zur gleichen Zeit noch in der Lage gewesen sei, sonstige Anträge zu stellen.

Gegen diese Entscheidung können die Beteiligten die Zulassung der Berufung durch das OVG beantragen.

Hr/Urteil des Verwaltungsgerichts Koblenz vom 26. April 2019, 5 K 1127/18.KO



Besondere Formen von Mobbing:

CYBERMOBBING UND SEXTING

Im Februar wurde als mögliche Ursache des Selbstmords einer Berliner Schülerin Mobbing benannt. Elternvertreter berichteten in den Medien von einem Mobbing-Problem an der Schule. Schule bzw. Schulleitung sahen sich gezwungen, öffentlich gegen die Vorwürfe anzugehen. Die PISA-Studie von 2017 belegt eindeutig, dass Mobbing an den Schulen zum Alltag gehört: Fast jeder sechste 15-Jährige in Deutschland ist Opfer von Mobbing. Besondere Formen von Mobbing sind Cybermobbing und Sexting. Die neuen Medien und deren intensiver Gebrauch gerade schon im Schüleralter verstärken die Wirkung bei den Mobbingopfern. Schulen geraten schnell in Verdacht, durch Untätigkeit und falscher Einschätzung der Situation der Opfer zur Eskalation beizutragen. Mit den folgenden Fragen an Rechtsanwältin Dufeu wollen wir einen Beitrag leisten, wie Rechtssicherheit im Umgang mit den Phänomenen Cybermobbing und Sexting gewährleistet werden kann.

Cybermobbing



Wann liegt bei Cybermobbing eine Straftat vor?

Bei Cybermobbing liegt eine Straftat vor, wenn der Verursacher den Tatbestand der Beleidigung¹, Nachstellung², Nötigung³ oder Verletzung des höchstpersönlichen Lebensbereiches⁴ oder von ähnlichen Vergehen erfüllt. Doch auch eine Körperverletzung⁵ kommt wegen entstandener psychischer Belastung in Betracht. In der Regel beginnt Cybermobbing jedoch sehr viel früher und subtiler. Schon das Bloßstellen anderer Personen in unangebrachter Situation kann Mobbing sein, muss aber noch keine Straftat darstellen.



Welche Handlungsmöglichkeiten hat eine Lehrkraft, wenn sie aus der Schülerschaft Kenntnis erlangt, dass ein Schüler Opfer von Cybermobbing ist?

Lehrkräfte sollten in solchen Fällen eine klare Haltung beziehen und die Schüler(innen) und ihre Eltern darin bestärken, sich gegen die Angriffe zu wehren. Schülerinnen und Schüler wie auch Eltern können bei heimlichen oder sonstigen strafrechtlichen Aufnahmen einen Strafantrag stellen⁶. Sollte keine Straftat vorliegen, kann sich der Betroffene wehren. So ist der Betroffene

beispielsweise bei ungenehmigten Aufnahmen an seinem Recht am eigenen Bild verletzt⁷ und erhält hierdurch zivilrechtliche Beseitigungs- und Unterlassungsansprüche⁸. Ebenso sind in datenschutzrechtlicher Hinsicht seine Rechte verletzt. Nach der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) ist jede digitale Aufnahme einer Person eine Datenerhebung und bedarf der Einwilligung, die Verwendung ist sonst unzulässig. Auch in diesem Fall hat man die oben genannten Beseitigungs- und Unterlassungsansprüche.

Natürlich kann die Schule Sanktionen einleiten: Nach § 55 Abs. 2 Nr. 7 SchulG i. V. m. § 95 ff. ÜSchO können Ordnungsmaßnahmen gegenüber dem Verursacher des Mobbings getroffen werden.



Muss eine Lehrkraft bei ihren Handlungsentscheidungen zwischen privatem und schulischem Bereich unterscheiden?

Ja, im schulischen Bereich unterliegen die Schüler(innen) der Aufsichtspflicht der Lehrkraft. Sollte eine Lehrkraft in der Schulzeit bzw. Unterrichtszeit feststellen, dass eine Schülerin oder ein Schüler mittels Handy gemobbt wird, kann sie das Handy einziehen und die Offenlegung der Mobbingattacken einfordern. Werden die rechtsverletzenden Handlungen außerhalb der Unterrichtszeit gemacht, hat die Lehrkraft weniger Handlungsmöglichkeiten.

Hier kann sie die Betroffenen unterstützen, indem sie sie ermutigt, sich gegen die Angriffe zu wehren, und sie kann die Eltern informieren und einbeziehen. Und natürlich sollte sie auf die „Täter“ insoweit hinwirken, dass sie rechtsverletzende Beiträge löschen und sie nicht weiterverbreiten.

§ Welche Möglichkeiten der Beweissicherung hat eine Lehrkraft, um dem Mobbing ein Ende zu setzen?

Sie darf das Handy nicht gegen den Willen der Schülerin oder des Schülers an sich nehmen bzw. es ohne Genehmigung untersuchen. Allerdings kann sie die Schüler(innen) oder Eltern bitten, dies in ihrer Anwesenheit zu tun. Außerdem kann sie die Aussagen der anderen Schülerinnen und Schüler schriftlich festhalten. Sind die Fronten derartig verhärtet, dass sie weder von den Schülerinnen oder Schülern noch deren Eltern Kooperation erfährt, kann die Lehrkraft bei konkretem Verdacht das Handy einziehen, die Schulleitung mit einbeziehen oder das Handy zur Beweissicherung der Polizei übergeben.

Sexting

§ Wann liegt bei Sexting eine Straftat vor?

Grundsätzlich ist das Versenden freizügiger Fotos zwischen zwei Personen, die damit einverstanden sind, nicht strafbar. Ist jedoch der Empfänger der Nachricht unter achtzehn Jahre alt oder leitet man ein Foto, das im Vertrauen erhalten wurde, an andere (z. B. Minderjährige) weiter, kann dies den Tatbestand des § 184 StGB (Verbreitung pornografischer Schrift) erfüllen.

§ Wann muss eine Lehrkraft/eine Schule eingreifen, wenn ein vertraulicher Hinweis gegeben wird, dass intime Fotos einer Schülerin/eines Schülers innerhalb der Schülerschaft versendet werden?

Wenn sich dies innerhalb der Schülerschaft verbreitet, sollte die Schule sofort eingreifen. Sie ist nicht nur angehalten, die abgebildete Schülerin oder den abgebildeten Schüler zu schützen, sondern muss ebenfalls versuchen, die Weitergabe an andere Schülerinnen und Schüler zu verhindern.

§ Wie kann eine Lehrkraft oder Schule reagieren, wenn Eltern in der Schule vorstellig werden, um sich zu beschweren, dass intime Fotos ihres Kindes unerlaubterweise von Mitschülern verbreitet werden?

Zunächst einmal ist wichtig zu wissen, dass es Lehrerinnen und Lehrern in RLP untersagt ist, an (amerikanischen) sozialen Plattformen wie WhatsApp oder Instagram teilzunehmen. Nicht die Lehrkraft, sondern letztendlich die Eltern tragen die Verantwortung für Rechtsverletzungen, da diese ihren Kindern die Verwendung der Apps erlaubt haben. Dennoch ist es wichtig, eine klare Haltung diesbezüglich zu beziehen und klar zu stellen, dass ungenehmigte Aufnahmen und deren Verbreitung gegen Gesetze verstoßen und diese Rechtsverletzungen gegebenenfalls auch zivilrechtlich oder sogar strafrechtlich zu ahnden sind. Eine Lehr-

kraft kann also die Betroffenen dahin gehend beraten, sich gegen die Rechtsverletzungen zu wehren und sie kann auf die „Täter“ einwirken und darüber aufklären, was unzulässig ist und warum dies der Fall ist.

§ Welchen Rat geben sie Schulen, präventiv tätig zu werden?

Mit der Einschulung sollten die Schülerinnen und Schüler über den Umgang mit digitalen Medien unterrichtet werden. Es hat sich herausgestellt, dass Mobbing-Plattformen wie beispielsweise ishargossip in den Schulen viel weniger Erfolg hatten, wo das Thema Mobbing im Unterricht behandelt wurde. Wichtig ist es, als Schule eine eindeutige Haltung zu haben, den Schülerinnen und Schülern klare Grenzen zu setzen und vor allem die Regeln auch durchzusetzen. Nur dadurch lernen die Schülerinnen und Schüler den richtigen Umgang mit den digitalen und sozialen Medien.



Wilfried Rausch
wilfried.rausch@vrb-rlp.de

¹§§ 185–188 StGB
²§ 238 StGB
³§ 240 StGB
⁴§ 201 a StGB
⁵§ 223 StGB
⁶§ 205 StGB

⁷§ 22 und 23 KUG (Gesetz betreffend das Urheberrecht an Werken der bildenden Künste und der Photographie)
⁸§§ 1004 i.V. m. 823 BGB

ZUR PERSON



Rechtsanwältin Antonia Dufeu ist Justiziarin des VRB und selbstständige Rechtsanwältin mit den Schwerpunkten Arbeitsrecht, Medienrecht und gewerblicher Rechtsschutz.

Sie ist Co-Autorin der Handreichung „Schule. Medien. Recht.“ und hat zuletzt mitgewirkt an der Videoproduktion „Medien- und Urheberrecht in Schule und Studienseminar“ im Rahmen des Leuchtturmprojekts „Digitalisierung in der Lehrkräfteausbildung des Landes Rheinland-Pfalz“. Das Video sowie seine 35 Teilepisoden sind online auf dem Bildungsserver zu finden unter <http://studienseminar.rlp.de/rs/trier/downloadbereich/medien-und-urheberrecht.html>

Neben ihrer Tätigkeit als Anwältin arbeitet Antonia Dufeu als Coach und als Beraterin von Fach- und Führungskräften.



► **VRB-JUSTIZIARIN ANTONIA DUFEU:**

Schulrecht, Dienstrecht und Medienrecht

Themen- und Fundstellenübersicht

Rechtsanwältin Antonia Dufeu informiert unsere Kolleginnen und Kollegen seit Jahren in Veranstaltungen, Interviews und Expertisen zu schulrechtlichen Fragen. Ihr Schwerpunkt ist das Medienrecht. Unsere Leserinnen und Leser melden uns zurück, dass sie die Beiträge unserer Justitiarin als alltagstauglich und hilfreich

wahrnehmen. Das Themenspektrum reicht von beamten- und dienstrechtlichen Fragen über den Datenschutz bis hin zur Mediennutzung in der Schule. Wir entsprechen heute dem Wunsch unserer Leserinnen und Leser, die Fundstellen aufzulisten und zugänglich zu machen.

FACEBOOK & CO

Lehrer in sozialen Netzwerken
→ Ausgabe 3/2013, S. 36–37

SCHULE UND RECHT

Interview mit Rechtsanwältin Antonia Dufeu über die Reisekosten von Lehrkräften bei dislozierten Standorten
→ Ausgabe 2/2014, S. 21

SCHULE UND RECHT

Juristische Alltagsfragen: Handy-nutzung in der Schule: Wer haftet im Schadensfall?
→ Ausgabe 1/2015, S. 20

SCHULE UND RECHT

Erreichbarkeit von Lehrkräften aus dienstlichen Gründen – Einhaltung des Dienstweges
→ Ausgabe 2/2015, S. 33

SCHULE UND RECHT

VRB-Justitiarin Antonia Dufeu informiert – Heimliche Aufnahmen vom Unterricht und ihre Verbreitung in sozialen Medien
→ Ausgabe 3/2015, S. 27–28

SCHULE UND RECHT

Problemereich Veröffentlichung von Lehrerfotos und -daten
→ Ausgabe 4/2015, S. 20–21

SCHULE UND RECHT

Umgang mit Geschenken und Zuwendungen – Was darf ein Lehrer als Geschenk annehmen?
→ Ausgabe 1/2016, S. 33–34

RECHT AN SCHULEN

Datenschutz bei Verwendung personenbezogener Daten in der Schule – Was Lehrkräfte zu beachten haben
→ Ausgabe 2 und 3/2016, S. 47–49

RECHT AN SCHULEN

Nutzung von Handys zu Täuschungsversuchen bei Leistungsnachweisen
→ Ausgabe 4 und 5/2016, S. 35–37

RECHT AN SCHULEN

Handynutzung bei Klassenfahrten
→ Ausgabe 1 und 2/2017, S. 36–37

RECHT AN SCHULEN

Das Smartphone als Kamera und Camcorder
→ Ausgabe 3 und 4/2017, S. 49–50

RECHT AN SCHULEN

Umgang mit Passwörtern
→ Ausgabe 5 und 6/2017, S. 40–42

RECHT AN SCHULEN

Bring Your Own Device: Beim Einsatz privater und mobiler Endgeräte Rechtssicherheit schaffen!
→ Ausgabe 1 und 2/2018, S. 34–36

RECHT AN SCHULEN

Schulhomepage I: Impressum und Datenschutz
→ Ausgabe 3 und 4/2018, S. 47–49

RECHT AN SCHULEN

Schulhomepage II: Verwendung von Schüler- und Lehrerfotos
→ Ausgabe 5 und 5/2018, S. 42–44

RECHT AN SCHULEN

DSGVO: Das Recht auf Vergessenwerden – Löschungspflicht I: Notenbücher und persönliche Aufzeichnungen
→ Ausgabe 1 und 2/2019, S. 38–40

RECHT AN SCHULEN

DSGVO: Das Recht auf Vergessenwerden – Löschungspflicht II: Konferenzprotokolle, Schülerakten und Mailversand
→ Ausgabe 3 und 4/2019, S. 48–50

RECHT AN SCHULEN

Besondere Formen von Mobbing: Cybermobbing und Sexting
→ Ausgabe 5 und 6/2019, S. 36–37



Auf unserer Website sind die genannten Ausgaben hinterlegt:
www.vrb-rlp.de/aktuelles/vrb-zeitschrift

Kein Beihilfeanspruch für Fahrtkosten zu ambulanten Maßnahmen

Beamte des Landes Rheinland-Pfalz haben nach einem Urteil des Verwaltungsgerichts Koblenz grundsätzlich keinen Anspruch auf Beihilfe für Fahrten zu ambulanten Reha-Maßnahmen.



Foto: Adobe Stock

Sachverhalt: Ein rheinland-pfälzischer Landesbeamter, hatte sich im Anschluss an eine Hüftoperation mit stationärem Krankenhausaufenthalt einer ambulanten physiotherapeutischen Behandlung unterzogen. Die Fahrten von seinem Wohn- zum Behandlungsort legte er mit einem Taxi zurück. Zuvor war ihm die medizinische Erforderlichkeit der Inanspruchnahme eines Taxis ärztlich bescheinigt worden. Durch die Fahrten entstanden Kosten (1.743,04 Euro), deren hälftige Erstattung der Beamte bei der Beihilfestelle beantragte. Das Land lehnte den Antrag ab. Fahrten zu ambulanten Maßnahmen seien nach der rheinland-pfälzischen Beihilfenverordnung (BVO) grundsätzlich nicht erstattungsfähig. Es handele sich auch nicht um eine nachstationäre Behandlung nach § 30 Abs. 1 Nr. 1 BVO. Zugunsten des Antragstellers ging man jedoch von einer Anschlussheilbehandlung aus, sodass die Fahrtkosten gemäß § 48 BVO bis zu einer Gesamthöhe von 200 Euro beihilfefähig seien. Hiervon ausgehend wurden dem Kläger 100 Euro gezahlt.

Klage: Gegen diesen Bescheid erhob der Beamte nach erfolgreichem Widerspruchsverfahren Klage und brachte zur Begründung insbesondere vor, er habe sehr wohl eine nachstationäre Behandlung wahrgenommen. Die hierfür entstandenen Fahrtkosten seien gemäß § 30 Abs. 1 Nr. 1 BVO in voller Höhe beihilfefähig. Die Einstufung der Physiotherapie als nachstationäre Behandlung sei offensichtlich. Immerhin habe sie in unmittelbarem Zusammenhang mit seiner stationären Hüftoperation gestanden. Im Übrigen habe er Kosten für das Land erspart, indem er eine ambulante anstelle einer stationären Behandlung gewählt habe. Es könne nicht sein, dass er nun dafür abgestraft werde.

Urteil: Die Koblenzer Verwaltungsrichter wiesen die Klage des Beamten ab. Ein weitergehender Anspruch auf Ersatz der Fahrtkosten lasse sich den Vorschriften der Beihilfenverordnung nicht entnehmen. Entgegen der Auffassung des Klägers stelle die von ihm wahrgenommene ambulante Physiotherapie insbesondere

keine nachstationäre Behandlung dar. Damit meine der Verordnungsgeber ersichtlich nur solche Behandlungen, die im Anschluss an eine vollstationäre Unterbringung ebenfalls im Krankenhaus durchgeführt würden. Dieses Verständnis entspreche auch der Systematik der Beihilfenverordnung, die stets zwischen ambulanten und stationären Leistungen unterscheide. Ein Verstoß gegen die beamtenrechtliche Fürsorgepflicht konnte das Gericht nicht erkennen. Das Land habe keine Verpflichtung, Beihilfe in bestimmter Höhe zu gewähren und sei insbesondere nicht zu einer lückenlosen Erstattung jeglicher Aufwendungen verpflichtet.

Gegen die Entscheidung können die Beteiligten die Zulassung der Berufung durch das Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz beantragen.

Quelle: Verwaltungsgericht Koblenz, Urteil vom 14. Juni 2019, 5 K 1067/18.KO

Anmerkung: Das Urteil, das auf der formalen Auslegung der Beihilfeverordnung beruht, sollte bei den Verwaltungsjuristen des Landes zu einer Überprüfung der Vorschriften Anlass geben. Hier wurde ein Beamter finanziell belastet (in seinen Augen bestraft), der dem Land Kosten ersparen wollte. Schließlich wäre eine stationäre Reha-Maßnahme wesentlich teurer als eine ambulante Physiotherapie. Bei der zunehmenden Häufigkeit von Gelenkprothesen könnte das Land seine Beihilfeaufwendungen sogar verringern, wenn es die Bevorzugung stationärer Maßnahmen in diesen Fällen beenden würde.



Wolfgang Häring
wolfgang.haering@vrp-rlp.de

► DEMOGRAFIE

Weniger ältere Lehrkräfte an Schulen



Im Schuljahr 2018/19 waren rund 41.300 Lehrkräfte an den rheinland-pfälzischen Schulen hauptamtlich beschäftigt. Der Anteil der über 54-Jährigen lag bei 23 Prozent.

Das waren in dieser Altersgruppe knapp 2.100 Lehrkräfte weniger als fünf Jahre zuvor (minus 18 Prozent). Im Schuljahr 2013/14 lag ihr Anteil noch bei 29 Prozent.

Hr/Quelle: Pressemitteilung des StaLA vom 12. Juli 2019

► FUNDSACHE

Weltlehrertag – Anforderungen enorm gestiegen

Der Präsident des Deutschen Lehrerverbands, Heinz-Peter Meidinger, erinnerte daran, dass die Anforderungen an den Lehrerberuf in den letzten Jahrzehnten angesichts von wachsender Heterogenität der Schülerschaft, Integrationsproblemen, Inklusion und Digitalisierung enorm gestiegen seien. Der Verbandsvorsitzende unterstrich: „Gute Bildung ist nach wie vor die größte Chance für Kinder und Jugendliche, in diese Gesellschaft erfolgreich zu starten und später als mündige Bürger ihr Leben und die Zukunft der Gesellschaft verantwortlich mitzugestalten...“. Unsere Lehrkräfte benötigten – so Meidinger – zur Erfüllung ihrer Aufgaben aber deutlich mehr Rückendeckung von Gesellschaft und Politik als bisher. „Wer zulässt, ..., dass die Arbeitsbelastung von Lehrkräften ständig steigt, muss sich nicht wundern, wenn dieser an sich so erfüllende und wichtige Beruf von immer weniger jungen Menschen angestrebt wird. Das muss sich dringend ändern!“, sagte der Lehrerverbands-Präsident – und verwies auf ein Zitat des Philosophen und Psychiaters Karl Jaspers: „Das Schicksal einer Gesellschaft wird dadurch bestimmt, wie sie ihre Lehrer achtet.“



Wü/Quelle: „Weltlehrertag...“ in news4teachers 5. Oktober 2019 (Auszug)



► FUNDSACHE

Ordnungsmaßnahmen und pädagogisches Handeln

„Ordnungsmaßnahmen sind pädagogische Maßnahmen, da sie gar nichts anderes sein können. Bei Ihnen stehen – wie im Schulrecht generell – Pädagogik und Recht in einem Verhältnis ständiger Wechselwirkung. Das Recht schafft die Handlungsgrundlagen, bietet Struktur und Begrifflichkeit. Die Pädagogik entscheidet, ob und wie sie gehandelt wird. Das pädagogische Handeln wird mit Hilfe der Rechtsbegriffe reflektiert und überprüft unter Wahrung eines rechtlich nicht überprüfbaren pädagogischen Beurteilungsspielraums.“

Wü/Editorial von Dr. Thomas Böhm (Auszug) in: SchulRecht 1/2019, S. 1

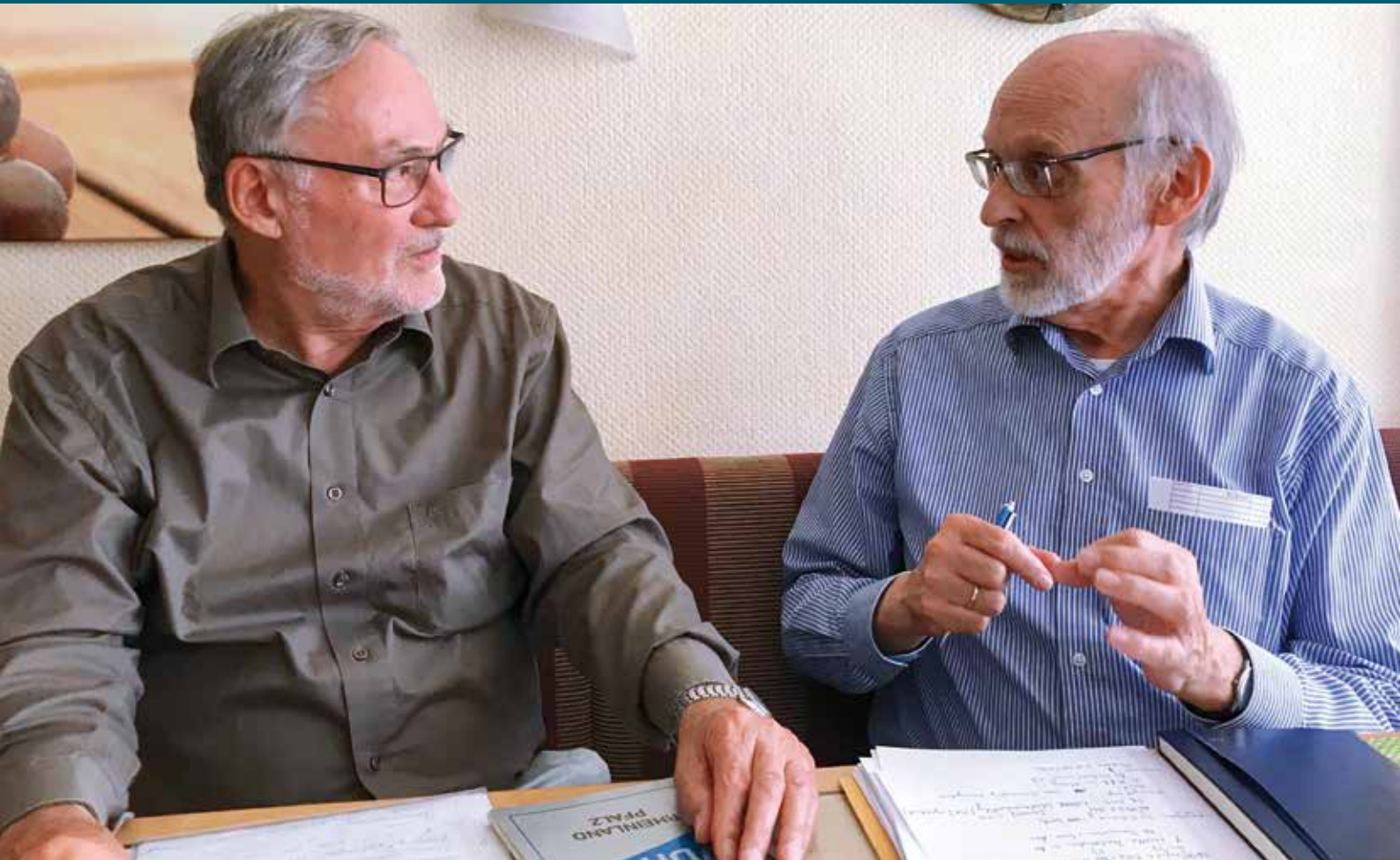
► QUALITÄT?

Einser-Inflation

Der Anteil der Einser-Abiturienten ist bundesweit in den vergangenen zehn Jahren deutlich gestiegen. Hatte 2008 noch jeder fünfte Schulabsolvent (20,2 Prozent) eine Abschlussnote mit einer Eins vor dem Komma, war es 2018 bereits mehr als jeder vierte (25,8 Prozent). In Rheinland-Pfalz stieg der Anteil von 15,4 auf 22,5 Prozent. In 15 Bundesländern nahm der Anteil der Einser-Abiturienten im Verlauf der vergangenen zehn Jahre zu. Spitzenreiter ist Thüringen, wo 37,9 Prozent (2008: 30,5 Prozent) der Schulabgänger die Einser-Abi-Note erreichten. Allein Baden-Württemberg verzeichnete einen leichten Rückgang.

Der Deutsche Lehrerverband warnte davor, die Leistungsmaßstäbe ständig nach unten zu verschieben. Die Wirtschaft und die Universitäten bekämen dadurch ein massives Problem. „Wir sehen es mit Sorge, dass die Abiturnoten besser werden“, betonte auch der Sprecher des Deutschen Hochschulverbandes (DHV) Matthias Jaroch. Der „Noteninflation“ müsse Einhalt geboten werden. „Qualität muss Vorrang vor Quantität haben.“ Schon heute fehlten den Studienanfängern häufig wichtige Grundkenntnisse, etwa in Mathematik.

Hr/Quellen: Rheinische Post v. 16.09.19; welt.de, 16.09.19, DIE RHEINPFALZ v. 17.09.19; Deutscher Hochschulverband, 16.09.19



► DR. PETER BUNG ZUM ACHTZIGSTEN

PENDELN ZWISCHEN PRAXIS UND THEORIE

Im Gespräch mit Wolfgang Häring und Wolfgang Wünschel

Dr. Peter Bung hat eine tiefwurzelnde Beziehung zur realen Bildung. Als Schüler besuchte er in München ein Realgymnasium. Seine Nähe zur praktischen Bildung bestand fort in seiner Lehrzeit (Technischer Zeichner) und in der sich daran anschließenden Arbeit in einem Münchner Konstruktionsbüro. Stolz präsentiert er das Prüfungsstück aus seiner Ausbildungszeit an der berufsbildenden Schule: eine in allen Details selbst hergestellte Schraubzwinde.

Weichenstellungen

Peter Bung verließ 1960 München, um auf dem Zweiten Bildungsweg in Speyer sein Abitur zu machen. „Wir waren die Allerersten eines neu gegründeten Bildungswegs in Rheinland-Pfalz, den der damalige Kultusminister Eduard Orth auf den Weg gebracht hatte.“ Das war eine entscheidende Weichenstellung in seinem Berufsleben. Sie geht zurück auf die Initiative seines Patenonkels, der in Kaiserslautern lebte und arbeitete. „Im Verlauf meines Lebens bin ich immer wieder Menschen begegnet, die mir neue Wege und Chancen aufgezeigt haben.“

Das Abitur machte er 1962 und schloss ein Lehramtsstudium an der damaligen pädagogischen Hochschule in Landau an. 1964 war er Lehrer, zunächst für zwei Jahre in Hochspeyer. Erste Schulleitungserfahrungen machte er anschließend an der einklassigen Schule in Münchweiler am Klingbach. „Hier habe ich organisieren und binnendifferenzieren gelernt.“ Danach kam die Mittelpunkt-

schule in Gossersweiler-Stein und die Zweite Lehramtsprüfung 1967.

Kein Standardlebenslauf

Aus dem Kontakt mit Kolleginnen und Kollegen der Realschule Annweiler entstand der Impuls, die Aufstiegsprüfung für das Lehramt an Realschulen in Angriff zu nehmen. Prüfung 1971, dann erste Realschullehrerstelle (1971) in Herxheim, nach einem Jahr die Versetzung nach Annweiler (1972). Bereits ein halbes Jahr später stand der Wechsel zur Erziehungswissenschaftlichen Hochschule Landau (bis 1977) als pädagogischer Assistent an. In dieser Zeit absolvierte Peter Bung auch noch ein Zweitstudium an der Universität Heidelberg (Erziehungswissenschaft, Anglistik und Psychologie), das er mit der Promotion 1976 abschloss.

1977 kehrte er als Konrektor in Neustadt/Weinstraße in den Schuldienst zurück. „In dieser Zeit habe ich eine Menge über die Realschule gelernt.“ Zwei Jahre später wechselte er zur Arbeitsstelle für Lehrplanentwicklung und -koordination (ALK) in Bad Kreuznach. „Das waren für mich drei wichtige Jahre. Ich war u.a. verantwortlich für die Lehrplanentwicklung in der Realschule.“

1982 wurde er Schulleiter in Alzey. „Eine schöne Zeit. In der neu gegründeten Schule herrschte eine unglaubliche Aufbruchsstimmung.“ 1986 erfolgte der Wechsel an die Konrad-Adenauer-Realschule in Landau. Hier blieb er bis zu seiner Pensionierung im

Jahr 2001. „Dieser Schule bin ich immer noch sehr verbunden.“ Verbunden ist er darüber hinaus bis heute dem Verband Reale Bildung, dem er nach seiner Pensionierung als Bildungsreferent zur Seite stand.

Peter Bungs Leidenschaften sind der Sport und das Lesen. Skifahren als Einzelsport und Volleyball als Mannschaftssport haben ihn besonders fasziniert. Sie sind in den letzten Jahren zurückgetreten zu Gunsten des Lesens zu Wissenschaft und Literatur.

Gegenwart und Zukunft des Schulsystems

Nach der Schilderung seines beruflichen Werdegangs beantwortete Dr. Bung noch Fragen, die sich mit der Gegenwart und Zukunft des Schulsystems befassen.

Reale Bildung: Als gebürtiger Münchner mit zahlreichen Verwandten in Bayern haben Sie eine gewisse Affinität zu diesem Bundesland. Es ist inzwischen das einzige Land, das noch ein dreigliedriges Schulsystem anbietet, wenn auch die Hauptschule in „Mittelschule“ umbenannt wurde. Worauf führen Sie das zurück?

Dr. Bung: Dass Bayern seine Dreigliedrigkeit beibehalten konnte, hängt mit einer langen, historisch begründeten Eigenständigkeit und der Bevölkerungsstruktur dieses Flächenlandes zusammen. Die Berufe des Bauern und des Handwerkers sind nach wie vor hochgeschätzt. Vergleichsstudien bestätigen dem Land leistungs-



Wolfgang Härings Beobachtung, dass die Bewerbungen um ausgeschriebene Schulleiterstellen gegen Null tendierten, setzt Dr. Bung nicht in Erstaunen. Ein Schulleiter könne die Erwartung, er solle ein „multifunktionaler Tausendsassa“ sein, nicht erfüllen.

bezogene und erfolgreiche Schulen und eine florierende Wirtschaft. Zusammen mit dem gesunden Selbstbewusstsein („Mia san mia!“) sieht man bislang keine Notwendigkeit zu grundlegenden Veränderungen. Die Mehrgliedrigkeit beruht also nicht nur auf einem grundsätzlich konservativen Weltbild.

» *Bildungsföderalismus hat seine Berechtigung*

Inzwischen haben Sie auch einen Bezug zu Hamburg, denn Ihr Enkel ist dort gerade eingeschult worden. Hamburg hat ein konsequent zweigliedriges System, wobei beide Säulen zum Abitur führen: das Gymnasium nach acht Jahren, die Stadtteilschule nach neun Jahren. Was halten Sie davon – auch im Vergleich zum rheinland-pfälzischen Modell?

Der „Hamburger Schulfrieden“ ist ein Modell, das m. E. nur in einem Stadtstaat möglich ist. Es ist, entsprechend dem großstädtischen Statusdenken, sehr stark auf die akademische Ausbildung ausgerichtet. Stadtteilschulen werden als bequemerer Weg im Vergleich zum 8-jährigen Gymnasium gesehen. Dagegen verbindet die rheinland-pfälzische Realschule plus stärker die Praxis mit der Theorie und sichert ein Bildungsangebot in der Fläche. Allein der Vergleich dieser beiden so unterschiedlichen Länder zeigt, dass die ständigen Forderungen nach Abschaffung des Bildungsföderalismus nicht zielführend sind.

» *Realität nicht ausblenden!*

Die jungen Kolleginnen und Kollegen klagen über zunehmende Disziplinlosigkeit, Mobbing und Gewalt in den Klassen. Waren die Schülerinnen und Schüler zu Ihrer Zeit pflegeleichter?

Vor allem in meiner Junglehrerzeit ermöglichte der allgemeine Erziehungskonsens trotz größerer Klassen ein konfliktfreieres Unterrichten. Ordnungsmaßnahmen der Lehrkräfte wurden weniger in Frage gestellt. Mobbing gab es auch schon früher, es hat aber durch die sozialen Netzwerke eine ganz andere Dimension gewonnen.

Digitalisierung ist zum Schlagwort in Schule und Gesellschaft geworden. Löst das i-Pad in Schülerhand das Problem nachlassender Leistungen und den Anstieg der Zahl der Schulabbrecher?

Ein klares Nein! Allerdings ermöglichen die neuen Medien das Individualisieren von Lernprozessen. Sie finden zunehmend Eingang in den Unterricht, weil die Realität nicht ausgeblendet werden darf. Es muss aber im Unterricht stets auch nicht-digitale Zeiten und nicht-digitale Zonen geben.

» *Mehr Zeitsouveränität*

Die Bewerbungen um ausgeschriebene Schulleiterstellen tendieren gegen Null. Häufig sind Zweit- und Drittausreibungen nötig. Inzwischen antworten mehr als die Hälfte der Schulleiter auf die Frage, ob sie den Beruf weiterempfehlen würden, mit „auf keinen Fall!“ ...



Das Prüfungsstück aus Peter Bungs Ausbildungszeit an der berufsbildenden Schule

Ein Schulleiter kann die Erwartung, er solle ein „multifunktionaler Tausendsassa“ sein, nicht erfüllen. In meiner Zeit als Landessprecher der Schulleiter an Realschulen (1995–2001) habe ich mehr Zeitsouveränität für die Schulleitungen gefordert und um Entlastungsstunden gefeilscht. Erste Schritte sind mit der Ausweitung der Zahl der Funktionsstellen an Realschulen plus erfolgt. Damit der Schulchef nicht zwischen Kollegium und Schulaufsicht wie zwischen Baum und Borke zerquetscht wird, bedarf es weiter multiprofessioneller Unterstützungsteams. Daneben muss auch die Unterrichtsverpflichtung der Lehrkräfte gesenkt werden und nur die Verkleinerung der Klassen ermöglicht eine stärkere Individualisierung des Unterrichts.

Anmerkung

Im Gespräch mit Dr. Peter Bung zeigte sich, dass er sich die Beweglichkeit, die seinen Lebenslauf kennzeichnet, auch in seinem Denken und seinen Bewertungen erhalten hat. Für ihn gibt es kein „Früher war alles besser“. Er blickt nach vorne und zeigt uns, dass noch längst nicht alle pädagogischen und bildungspolitischen Ziele erreicht sind. Das gilt auch für den Arbeitsplatz Schule. In der Begegnung mit Peter Bung wird auch nachvollziehbar, dass seine Forderung nach stärkerer Praxiseinbeziehung in allen Schularten berechtigt ist.

Dr. Bung hat auch eine enge Beziehung zu dieser Zeitschrift. In seiner Rubrik „Aufgespießt“ veröffentlichen wir regelmäßig Haikus, in denen er mit spitzer Feder bildungspolitische Entwicklungen kommentiert.



 **Wolfgang Häring**
wolfgang.haering@vrb-rlp.de



 **Wolfgang Wünschel**
wolfgang.wuenschel@vrb-rlp.de

► NICHT AUFGEPASST Arabische Ziffern

2019 hat das US-Meinungsforschungsinstitut Civic Science 3.624 US-Bürgern folgende Frage gestellt: „Sollte in amerikanischen Schulen das Lehren arabischer Ziffern Teil des Lehrplans sein?“. 2.020 Personen antworteten mit Nein, und nur 29 Prozent sagten Ja – obwohl natürlich jeder US-Bürger täglich die arabischen Ziffern von 0 bis 9 verwendet.

Rolf Monnerjahn / Quelle: Der Standard, 30.05.2019

Arabishe Ziffern einführen?

2.020 Personen sagten: „nein!“

1.604 Personen sagten: „ja!“

► ENGAGEMENT FÜR BEWUSSTEN KONSUM „Fairtrade-Schulen in Rheinland-Pfalz“

2012 initiierte TransFair, ein Verein zur Förderung des Fairen Handel(n)s in der Einen Welt, in Köln die Idee, faires Handeln in den Schulalltag zu integrieren und so ein Bewusstsein für das eigene nachhaltige Tun zu schaffen.

In Rheinland-Pfalz sind derzeit 25 Schulen als „Fairtrade-School“ zertifiziert – einige stehen in den Startlöchern. Der scheidende Sprecher im Landtagsausschuss für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur, Manfred Geis, lud Ende Juni diese Schulen zum Austausch ein. Dabei stellten die Schulen einige ihrer Vorstellungen von fairem Handeln im Alltag vor. Neben dem Verkauf von „Fair-Trade-Produkten“ am Schulkiosk, der „Fair-Trade-Rose“ am Valentinstag und dem „Bananaday“, hat es fair gehandelter Kaffee sogar in eine Lehrerzimmer geschafft.

An der Veranstaltung in Mainz nahm auch Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig teil. Sie lobte das Engagement für einen bewussten Konsum und denkt über eine Plattform zum regelmäßigen Austausch nach, um noch mehr Schulen zu diesem Handeln motivieren zu können.

Monika Antoni / Weitere Informationen zum Thema „Fairtrade-School“ finden sich auf „fairtrade-school.de“.

► BEREIT, WENN IHR UNS LASST Ein Ethik-Kurs antwortet auf die Frage „Wie zeigt man Verantwortung“

Verantwortung zu tragen heißt, Aufgaben zu übernehmen für Lebewesen oder Dinge, um die man sich kümmert. Wer das nicht zuverlässig tut, muss die Konsequenzen dafür tragen. Das setzt eine gewisse geistige Reife voraus - man muss von sich aus dazu bereit sein und sich darüber im Klaren sein, dass man damit Verpflichtungen eingeht. Auch wenn Verantwortung einen einerseits einschränkt, kann sie andererseits mehr Freiheit bedeuten. Wenn man etwa auf seine kleinen Geschwister aufpasst, trägt man die Verantwortung für ihre Sicherheit und ihr Wohlergehen. Man kann dann fast wie ein Erwachsener frei darüber entscheiden, was man mit den Kindern macht, stolz darauf sein, dass die Eltern einem das zutrauen, und die Selbstständigkeit und das Selbstwertgefühl genießen. In der Politik zeigt sich aber auch, welche Schwierigkeiten es oft mit sich bringt, Verantwortung zu übernehmen, denn man kann es nie allen recht machen. Wenn man zum Beispiel das Dieselfahrverbot durchsetzt, macht man den Umweltschützern eine Freude, sorgt aber bei vielen Vertretern der Autoindustrie für Empörung.

Wü / Quelle: Leserschrift des Ethik-Kurses des Geschwister-Scholl-Gymnasiums Waldkirch auf die Frage „Wie zeigt man Verantwortung?“ in: +3 Magazin Nr. 54; Beilage der Süddeutschen Zeitung, Mai 2019

► ARD ALS VORBILD IN SACHEN YOUTUBE Parteien reagierten hilflos auf Youtube-Bloßstellung



„Weder CDU noch SPD scheinen bisher verstanden zu haben, dass politische Kommunikation heute auf allen Kanälen stattfindet, dass sie schnell ist, personalisiert und oft auch witzig. Und genauso schnell, personalisiert und witzig muss geantwortet werden.“

Holt euch Expertise!, möchte man den Parteien zurufen. Zumindest dann, wenn ihr die Deutungshoheit im digitalen Raum nicht kampflos den Influencern auf Youtube und Instagram überlassen wollt.

Als Vorbild in Sachen Youtube könnte ausgerechnet die so oft als angestaubt verspottete ARD dienen. Seit drei Jahren produziert das Erste mit seinem Onlineangebot ‚Funk‘ Inhalte für Social Media und feiert damit – Überraschung! – große Erfolge. Dabei stand die ARD vor einem ganz ähnlichen Dilemma wie die CDU: Kein Jugendlicher interessierte sich für ihr Programm. Heute hat ‚Funk‘ erfolgreiche Youtuber und Internet-Stars. Die Marke strahlt.“

Wü / Quelle: Adrian Hartschuh: Nachricht aus Neuland. In: Rheinpfalz am Sonntag vom 2. Juni 2019

Rechtschreibfehler auch außerhalb des Faches Deutsch mit Notenabzug ahnden?

Nach dem Willen der baden-württembergischen Kultusministerin Susanne Eisenmann (CDU) sollen Rechtschreibfehler in Klassenarbeiten auch jenseits des Faches Deutsch mit einem Notenabzug geahndet werden. Dieser Vorstoß belebte das „Sommerloch“.



Foto: Adobe Stock

Offensichtlich erstaunt über die heftige öffentliche Resonanz ruderte man rasch wieder etwas zurück: „Wenn ein Schüler ‚dass‘ und ‚das‘ verwechselt oder ein Komma vergisst, wird es keinen Notenabzug geben, sagt die Sprecherin des Stuttgarter Kultusministeriums Christine Sattler. Aber wenn ein Text von vorne bis hinten voller Fehler sei, so dass er kaum noch zu lesen sei, dann könne die Neuregelung zur Anwendung kommen.“

Wie ist das Echo Rheinland-Pfalz?

Die rheinland-pfälzische Landesvorsitzende des Philologenverbandes, Cornelia Schwartz, sagt: „Problematisch ist, dass wir zunehmend auch am Gymnasium Schülerinnen und Schüler haben, die keine flüssige Handschrift oder die Rechtschreibung beherrschen.“

Die Einschätzung, dass sich das Problem verschärft, wird von einer Grundschulstudie des Instituts für Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) aus dem Jahr 2016 gestützt. Sie zeigt, dass bundesweit 22,1 Prozent der Schüler der vierten Klasse die Mindestanforderung

in Orthografie nicht erreichen. In Rheinland-Pfalz sind es mit 23,4 Prozent sogar noch etwas mehr Grundschüler, die mit der Rechtschreibung große Probleme haben. Das Institut testet alle fünf Jahre den Lernstand der Grundschüler in Deutschland. Der Vergleich zu der Vorgängerstudie aus dem Jahr 2011 zeigt, dass die Grundschüler in Rechtschreibung inzwischen deutlich schlechter geworden sind – um knapp acht Prozentpunkte.

Wäre das nicht auch für Rheinland-Pfalz ein Grund gegenzusteuern?

Eine Sprecherin des rheinland-pfälzischen Bildungsministeriums erklärte demgegenüber „Wir planen nichts in dieser Hinsicht.“

NEUE
RUBRIK

ANALOGE BEGEGNUNGEN



Dirk Reinhardt: Train Kids – Lesung in der KARS Landau

In unserer neuen Rubrik „Analoge Begegnungen“ möchten wir in losen Abständen Lesungen von Autoren an Schulen vorstellen. Dabei sollen die „magischen Momente“ beim Vorlesen eines Buches festgehalten werden – durch Ihre Bilder und persönlichen Eindrücke. Aber auch Empfehlungen und Kontaktdaten an Kolleginnen und Kollegen weitergegeben werden. Der Impuls zu dieser Rubrik kam von der KARS - der Konrad-Adenauer-Realschule plus mit Fachoberschule Umwelt/Technik in Landau – nach einer Lesung des Jugendbuchautors Dirk Reinhardt. Er las aus seinem Buch „Train Kids“, das 2016 für den Deutschen Jugendliteraturpreis nominiert war.

In „Train Kids“ erzählt Reinhardt die Geschichte von Miguel, der in der Hoffnung auf eine bessere Zukunft versucht, zusammen mit vier Freunden von Mexiko in die USA zu fliehen. Miguels Mutter lebt bereits dort und schreibt in ihren Briefen immer wieder davon, dass sie ihn bald nachholen würde. Das Buch ist aus der Perspektive von Miguel geschrieben, und dem Autor ist es während seiner Lesung gelungen, bei seinem jungen Publikum große Empathie für seinen Protagonisten hervorzurufen. Doch auch mit seinem durch intensive Recherche vor Ort entstandenen Bildmaterial zog er die Schülerinnen und Schüler der Klassen acht bis zehn in seinen Bann.

Leser inspirieren die Autoren

Auch Dirk Reinhardt zog eine positive Bilanz: Autorenlesungen in Schulen sind für beide Seiten wichtig, um miteinander in Kontakt zu kommen. Die Schülerinnen und Schüler lernen so das Medium Buch auf ungewohnte Weise neu kennen, Autoren können durch den Kontakt zu ihren Lesern zu neuen Ideen für ihre Arbeit inspiriert werden.

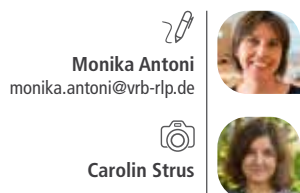
Wichtig für das Gelingen einer Lesung – so das Fazit aller Beteiligten – ist, dass die Veranstaltung Wertschätzung erfährt, z. B. durch passende Räumlichkeiten, angemessene Zeitfenster sowie durch die Vor- und Nachbereitung im Unterricht. Dazu gehört außerdem, dass nach der Lesung der Kauf und die Signatur der Bücher ermöglicht werden.

Kontaktinformationen des Autors und Impressionen seiner Lesung

Dirk Reinhardt
Meppener Straße 21
48155 Münster
0157-73924478
autor-dirk-reinhardt.de
dirkreinhardt@gmx.de



Monika Antoni freut sich über eine Mail mit Ihren Anregungen, die in der neuen Rubrik berücksichtigt werden sollen!



Monika Antoni
monika.antoni@vrb-rlp.de

Carolin Strus

Bücher können etwas Besonderes

Durch seinen Besuch überzeugte der Autor die Deutschfachkonferenz der Schule einstimmig davon, dass auch zukünftig solche Angebote für Schülerinnen und Schüler initiiert werden. Denn „Bücher stehen tagtäglich in Konkurrenz zu blinkenden Handyspielen und piependen Chat-Nachrichten. Doch Bücher können im Vergleich zum Smartphone etwas Besonderes: Bücher stellen etwas mit dem Leser an, sie ermöglichen es, in eine andere Welt abzutauchen, ohne sich darin zu verlieren. Durch diese persönliche Auseinandersetzung mit aktuellen Themen finden Jugendliche eigene Antworten und konsumieren nicht nur vorgefertigte Ansichten“, so der Tenor.



Bezirk Koblenz

► BEZIRKSVORSTAND KOBLENZ IM GESPRÄCH MIT HWK

Die Effizienz der schulischen Berufsorientierung steigern!

Der Bezirksvorstand Koblenz führte im Frühjahr ein Gespräch mit dem Präsidenten der Handwerkskammer Koblenz Kurt Krautscheid. Auf Seiten der Handwerkskammer nahmen am Gespräch weiter Manfred Schritz, Jens Fiedermann und Jörg Diester teil. Der Bezirksvorstand Koblenz war vertreten durch den Bezirksvorsitzenden Benjamin Bajraktari und die Vorstandsmitglieder Nicole Weiß-Urbach und Wilfried Rausch.

Schulische Berufsorientierung weiterentwickeln!

Die Handwerkskammer Koblenz und der Verband Reale Bildung Bezirksverband Koblenz fordern eine Weiterentwicklung der schulischen Berufsorientierung. HWK-Präsident Kurt Krautscheid und Bezirksvorsitzender Benjamin Bajraktari würdigten in einem gemeinsamen Austausch die bisher geleistete Arbeit im Rahmen der schulischen Berufsorientierung. Das Engagement der mit der Berufsorientierung betrauten Lehrkräfte, so der HWK-Präsident, sei groß. Besonders die Tage der Berufs- und Scholorientierung hätten sich in allen Schularten als probates Instrument bewährt. Die insgesamt positive Entwicklung der schulischen Berufsorientierung dürfe aber nicht, so Kurt Krautscheid und Benjamin Bajraktari, dazu verführen, die notwendige Weiterentwicklung zu vernachlässigen. Die Effizienz vor allem bei den Netzwerken und der Ausbildung der Lehrkräfte müsste gesteigert werden.

Anreize schaffen für Berufswahlkoordinatorinnen und -koordinatoren

Die Qualität der Berufsorientierung an den Schulen werde nach Ansicht der Gesprächsteilnehmer maßgeblich von der Arbeit der Berufswahlkoordinatorinnen und Berufswahlkoordinatoren geprägt. Benjamin Bajraktari beklagt die Fülle der Aufgabenstellungen und die geringe zeitliche Entlastung. Hier müsse das Bildungsministerium mehr Anreize schaffen. Die Motivation der mit der Aufgabe betrauten Lehrkräfte erlahme nach kurzer Zeit durch zu hohe Erwartungshaltungen: Die Begleitung des schulischen Gesamtkonzepts, die Vernetzung mit externen Partnern, die Begleitung von Schülerinnen und Schülern und Eltern könnten nicht mit den vorgegebenen Stundenentlastungen erfüllt werden.

Lehrmodule über Berufs- und Arbeitswelt in die Lehrerausbildung integrieren

Eine Überforderung der Berufswahlkoordinatorinnen und -koordinatoren sieht der HWK-Präsident in dem unzureichenden Wissen über die Berufs- und Arbeitswelt in Industrie und Handwerk. Vor allem junge Kolleginnen und Kollegen, die auffallend häufig an den Schulen mit Aufgaben der schulischen Berufsorientierung



Teilnehmer von links nach rechts: Wilfried Rausch (VRB), Manfred Schritz, Nicole Weiß-Urbach (VRB), Kurt Krautscheid, Benjamin Bajraktari (VRB) und Jens Fiedermann.



Bengamin Bajraktari würdigt mit seinen Vorstandsmitgliedern die von der HWK geleistete Unterstützung der Schulen im Rahmen der Berufsorientierung. Er fordert mit Blick auf die Fülle der Aufgabenstellungen eine stärkere zeitliche Entlastung der Berufswahlkoordinatorinnen und -koordinatoren.



HWK-Präsident Kurt Krautscheid: „Die Tage der Berufs- und Studienorientierung haben sich in allen Schularten bewährt“

betrachtet wurden, zeigten sich, so der HWK-Präsident, nach anfänglicher Begeisterungsfähigkeit frustriert. Die Handwerkskammer böte durch Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen Unterstützung an. Das allein reiche nicht aus. Die HWK fordere, dass die Lehramtsstudierenden verbindliche Lehrmodule in der ersten Phase der Lehrerausbildung belegen müssten und ihnen auch in der zweiten Ausbildungsphase im Studienseminar ein Lernmodul zur Berufsorientierung angeboten werden müsste.

Mehr Praxis in der Lehrerausbildung

HWK Koblenz und der Bezirksverband Koblenz fordern darüber hinaus, mehr Praxis in die Lehreraus- und Lehrerweiterbildung einzubringen. Betriebspraktika müssten unabhängig von Feri-

enzeiten auch in der dritten Phase der Lehrerweiterbildung ermöglicht werden. Die Bereitschaft der HWK, so der Präsident, sei gegeben, diese Lehrerpraktika zu begleiten und zu unterstützen.



Wilfried Rausch
wilfried.rausch@vrb-rlp.de



Foto: VRB

► **KLAUSURTAGUNG**

Positive Mitgliederentwicklung im Bezirk Koblenz

Der Bezirksvorstand Koblenz kam in der Jugendherberge Oberwesel zu einer zweitägigen Klausurtagung zusammen, um die Weichen für die Verbandsarbeit im Bezirk zu stellen.

Entsprechend umfangreich war die Tagesordnung. Am ersten Tag stand eine Analyse der Bezirksarbeit auf der Tagesordnung. Intensiv wurden die unterschiedlichen Aktivitäten des Bezirksvorstandes analysiert und bewertet. Die positive Mitgliederentwicklung im Bezirk Koblenz werten die Vorstandsmitglieder als Erfolg ihrer Arbeit.

Vorsitzender Bengjamin Bajraktari dankte ihnen für ihr Engagement. Er hob hervor, dass Erfolge auf Dauer nur in Teamarbeit zu erreichen seien. Am zweiten Tag beschäftigte sich der Bezirksvorstand mit der Delegiertenarbeit und der Umsetzung der Datenschutzgrundverordnung im Bezirk Koblenz.

Zum Abschluss äußerten alle Teilnehmer der Klausurtagung Zustimmung und Zufriedenheit mit der Tagung, die einen Rahmen bot, sich ohne Zeitdruck auszutauschen.



Wilfried Rausch
wilfried.rausch@vrb-rlp.de

► VRB IM ZENTRUM FÜR LEHRERBILDUNG

Informationen zum Vorbereitungsdienst

Im Rahmen einer Informationsveranstaltung des Zentrums für Lehrerbildung Koblenz zum Thema „Zweite Ausbildungsphase“ (Vorbereitungsdienst an den Studienseminaren) waren Mitglieder des Bezirksvorstandes Koblenz am 26. Juni gemeinsam mit den dbb-Lehrerverbänden und Gewerkschaften mit einem Informationsstand am Campus Koblenz vertreten.

Neben anderen Studienseminaren informierten das Studienseminar Realschulen plus Koblenz und die ADD die angehenden Lehramtsanwärterinnen und -anwärter über die zweite Ausbildungsphase und das Bewerbungsverfahren. Die Hinweise und Tipps waren für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ermutigend. Es gibt im Bereich der Studienseminaren Realschulen plus genügend Ausbildungskapazitäten an unterschiedlichen Standorten und zu unterschiedlichen Zeiten. Dies ermöglicht, auf Wünsche der Lehramtsanwärterinnen und -anwärter einzugehen.



Vom Bezirksvorstand informierten der Vorsitzende Benjamin Bajraktari und Eva Schlegel über die Arbeit und Unterstützungsangebote des Verbandes Reale Bildung. Unterstützt wurden beide von Andreas Stegmann, der im Juni 2019 seine Ausbildung beendete und daher aus eigener Erfahrung wertvolle Hinweise geben konnte. Alle drei Verbandsvertreter wiesen auf die VRB-Broschüre hin.



Wilfried Rausch
wilfried.rausch@vrb-rlp.de

► VRB-SERVICE AUSBILDUNG



Smartboard-Schulung und Informationsveranstaltung für Lehramtsanwärterinnen und -anwärter

Der Bezirksverband bot vor den Sommerferien eine Smartboard-Schulung kombiniert mit einer Informationsveranstaltung für Referendarinnen und Referendare an. Sie fand an der Ernst-Barlach-Realschule plus mit FOS in Hör-Grenzhausen statt. Die Veranstaltung wurde moderiert von Gerhard Hein, stellvertretender Vorsitzender des VRB im Bezirk Koblenz.

Smartboard alltagstauglich in den Unterricht einbeziehen

Die Smartboard-Schulung führte die Bezirksschatzmeisterin Nicole Weiß-Urbach durch. Sie wurde unterstützt von Andreas Stegmann, der im Mai noch Lehramtsanwärter am Studienseminar Koblenz war. Die Schulung fokussierte auf die Möglichkeiten, das interaktive Whiteboard alltagstauglich in den Unterricht zu integrieren. Hilfreich seien, so Nicole Weiß-Urbach, Tafelbilder, die, einmal erstellt, immer wieder verwendet werden könnten. Die Visualisierung der Unterrichtsstruktur

würde so erleichtert und außerdem seien viele Differenzierungsmöglichkeiten beim Erstellen von Unterrichtsmaterialien möglich. Als weiteren Vorteil stellte Nicole Weiß-Urbach heraus, dass Lehrkräfte ihre Schülerinnen und Schüler durch das Bedienen der interaktiven Tafel viel leichter für verschiedene Unterrichtsinhalte motivieren könnten.

Andreas Stegmann stellte in seinem Beitrag anschaulich Tricks und Kniffe im Umgang mit dem Smartboard dar. Zudem gab er Tipps über Weiterbildungsmöglichkeiten, die das Internet bietet.

Einstellungsmodalitäten und -aussichten

Zum Abschluss informierte Benjamin Bajraktari, Vorsitzender des VRB im Bezirk Koblenz und zugleich Vorsitzender des Bezirkspersonalrats, die Lehramtsanwärterinnen und -anwärter über Einstellungsmodalitäten und -aussichten. Er stellte an konkreten Fallbeispielen dar, nach welchen Kriterien die Einstellung erfolgt, und erläuterte, wie der Bezirkspersonalrat in der Mitbestimmung eingebunden ist. Er konnte den Teilnehmern Tipps zu den angestrebten Einstellungen geben. In persönlichen Gesprächen berieten er und Nicole Weiß-Urbach ganz individuell.



Nicole Weiß-Urbach
nicole.weiss-urbach@vrb-rlp.de

► VRB VOR ORT

Schulbesuch und Smartboard-Schulung an der RS plus mit FOS Höhr-Grenzhausen

Im September besuchte der Bezirksverband Koblenz die Ernst-Barlach-Realschule plus mit FOS in Höhr-Grenzhausen. Der Vorstand wurde vertreten durch den Bezirksvorsitzenden Bengjamin Bajraktari und Schatzmeisterin Nicole Weiß-Urbach. Schulbesuche haben in der Vorstandsarbeit einen hohen Stellenwert. Bengjamin Bajraktari betonte: „Vor Ort erhalten wir einen ungeschminkten Bericht darüber, wo der Schuh drückt, und können diese Erkenntnisse in unsere Vorstandsarbeit einfließen lassen.“ Der Austausch wurde von beiden Seiten als konstruktiv und gewinnbringend wahrgenommen. Im Anschluss bot der Bezirksvorstand eine

Smartboard-Schulung für interessierte Lehramtsanwärter an. Andreas Stegmann leitete diese Fortbildungsveranstaltung. Schwerpunkte seiner Schulung bildeten die Vorbereitungen für die anstehenden ersten Unterrichtsbesuche und Handreichungen für einen sinnvollen und effektiven Einsatz des Smartboards. Die Anwärter erhielten anhand von praktischen Beispielen wertvolle Tricks und Kniffe für einen Einsatz des Smartboards im Lehralltag.



Schulbesuche haben für den Bezirksvorstand einen hohen Stellenwert: Bengjamin Bajraktari (2. v. re.) und Nicole Weiß-Urbach (re.) besuchten die RS plus mit FOS in Höhr-Grenzhausen. Andreas Stegmann (3. v. li.) bot eine Smartboard-Schulung an. Mit im Bild zwei interessierte Teilnehmer und der stellvertretende Schulleiter Gerhard Hein (li.).



Nicole Weiß-Urbach
nicole.weiss-urbach@vrb-rlp.de



Wilfried Rausch
wilfried.rausch@vrb-rlp.de



► PENSIONÄRSTREFFEN 2019

Die Sayner Hütte – ein Denkmal der Industriekultur

Der Bezirksvorstand hatte in diesem Jahr die pensionierten Kolleginnen und Kollegen nach Bendorf-Sayn in die restaurierte Sayner-Hütte eingeladen. Nachdem die ehemals modernste preußische Hüttenanlage vor 100 Jahren stillgelegt worden war und drohte, in Vergessenheit zu geraten und dem Verfall anheim zu fallen, haben sich interessierte Anhänger gefunden, die sich finanziell engagierten, um das ehemalige Eisenhüttenwerk zu restaurieren und so die zeitgenössische Ingenieurbaukunst zu erhalten.

Die Kolleginnen und Kollegen erhielten durch eine kompetente Führerin einen interessanten historischen Überblick zur Entstehung und Entwicklung der Sayner Hütte, die durch unterschiedliche Bauwerke präsent ist. Personen wie der Trierer Kurfürst Clemens Wenzeslaus und später Alfred Krupp sind Garanten für die Bedeutung der Sayner Hütte.

An die informative Führung durch eine Ausstellung und die restaurierten Gebäude schloss sich ein Spaziergang durch den Sayner Schlosspark zu einem Café an. Dort informierte Margit Lenarz, die Pensionärsbetreuerin im Bezirk Koblenz, über die Arbeit im Bezirksvorstand und richtete die Grüße des Bezirksvorsitzenden Bengjamin Bajraktari und der Schatzmeisterin Nicole Weiß-Urbach aus. Wilfried Rausch, der die pensionierten Kolleginnen und Kollegen im Landesvorstand vertritt, berichtete über seine Aktivitäten in diesem Gremium und im dbb-Vorstand. Er machte auf das erste Landes-Pensionärstreffen am 24. September 2019 in Mainz aufmerksam.

Wie immer schloss sich ein reger Austausch zwischen den Kolleginnen und Kollegen bei Kaffee und Kuchen an. Denjenigen, die an diesem Tag verhindert waren, sei ein Besuch in der Sayner Hütte sehr empfohlen.

Margit Lenarz verabschiedete die Anwesenden in der Erwartung, dass man sich sowohl im September als auch im nächsten Jahr etwa zur gleichen Zeit wieder treffe.



Margit Lenarz
margit.lenarz@vrb-rlp.de



Bezirk Neustadt

► BEZIRKSVERSAMMLUNG

Zehn Jahre Schulstrukturreform

Der VRB Bezirk Neustadt hatte im September zur Bezirksversammlung nach Mutterstadt eingeladen. Die Teilnehmer nutzten beim „open beginning“ rege die Möglichkeit zum Kennenlernen und Austauschen. Manche trafen ehemalige Kollegen und gaben sich privat und schulisch ein Update, andere stiegen sofort in einen Dialog über schulische Entwicklungen ein.

Nach der Begrüßung gab Bezirksvorsitzende Saskia Tittgen einen Überblick über die aktuelle Arbeit des VRB. Die zentralen Forderungen stellte sie in „YouTube“-Videosequenzen des VRB-Landesvorsitzenden Timo Lichtenthäler und seines Stellvertreters Michael Eich vor: Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung auf 24 Stunden und echte Ressourcen zur Umsetzung der Digitalisierung in Schulen.

Daneben verwies sie auf die Arbeit der VRB-Vertreter in HPR und BPR und deren Stellungnahmen zu geplanten Gesetzesvorlagen und Verordnungen. Die Bezirksvorsitzende schilderte aber auch Beispiele aus der täglichen Arbeit, wie individuelle Beratung der Mitglieder, Besuche von Schulen und die Teilnahme an Personalversammlungen mit Themen wie „Altersteilzeit“ oder „Klassenfahrten“.

Martin Radigk, stellvertretender Bezirksvorsitzender und Mitglied im Bezirkspersonalrat Realschulen plus, gab einen Rückblick auf „Zehn Jahre BPR an der Realschule plus“ und einen Einblick in die Vielfalt der Arbeit des BPR, der mit aktuell neun Mitgliedern 8500 Beschäftigte vertritt.

Im Fokus: Die Schulstrukturreform

Dieter Baust vom Referat Schulaufsicht, Schulberatung, Schulentwicklung – Realschule plus der ADD Neustadt machte gleich zu Beginn klar, dass er weniger referieren als das Gespräch mit den anwesenden Lehrerinnen und Lehrern suchen möchte. In dem offenen und von gegenseitiger Wertschätzung gekennzeichneten Austausch standen der realistische Blick auf Schule und die Schulstrukturreform im Fokus. Die Fusion von Realschule und Hauptschule wurde vor zehn Jahren unter

anderem mit folgenden Zielen angestoßen:

- Chancengleichheit
- Reduzierung der Klassenmesszahlen in der Orientierungsstufe auf 25 Schülerinnen und Schüler
- Implementierung bzw. Neugestaltung der Wahlpflichtfächer: HuS, WuV, TuN und Französisch – als „Hauptfach“ neben Deutsch, Mathematik und Englisch
- Poolstundenzuweisung zur Schaffung eines eigenen Schulprofils

In der gemeinsamen Bewertung aus heutiger Perspektive zeigte sich, dass viele Wünsche offen geblieben sind. Mit Blick auf die Chancengerechtigkeit in der Schule ist festzustellen, dass noch immer primär der soziale Hintergrund für den Bildungsweg von Kindern prägend ist.

Für die damals neu geschaffenen Wahlpflichtfach-Bereiche TuN und HuS fehl(ten) ausgebildete Lehrkräfte. Hier wurden gute Modelle entwickelt, ohne diese in allen Belangen mit den nötigen personellen Ressourcen umsetzen zu können. Als belastend wurde empfunden, dass die Wahl-



ADD-Referent Dieter Baust verglich die aktuelle Situation der rheinland-pfälzischen Schullandschaft mit den vor zehn Jahren ausgegebenen Zielsetzungen der Landesregierung. Manche Ziele sind noch nicht erreicht.

pflichtfächer fortlaufend von Anregungen, Angeboten und Forderungen zur ökonomischen, beruflichen, ökotrophologischen, technischen oder informatorischen Bildung überflutet werden, ohne dass bereits durchgeführte Projekte validiert, verbessert und als fester Bestandteil im Schuljahr manifestiert werden können.

Die bei den Realschulen plus eingeführten Poolstunden sollten zur Schärfung des individuellen Profils einer Schule beitragen. Sie wurden aber ab 2015 zugunsten eines verstärkten Angebots von Deutsch als Zielsprache (DaZ) massiv beschnitten, anstatt Stunden für die Sprachförderung „on top“ zu geben.

Die Klassenmesszahl von 25 Schülerinnen und Schülern in der Orientierungsstufe der Realschulen plus war hilfreich. Die Fortschreibung in die Klassenstufen sieben bis zehn steht noch immer aus. Konsens herrschte, dass sie dringend erforderlich sei.

Massiv bemängelt wurde außerdem der immer weiter ausufernde Verwaltungsaufwand, der die tatsächliche Arbeit mit den Kindern und Jugendlichen massiv beschneidet.

Thematisiert wurde mehrfach auch die „Projektspolitik“ – nicht nur im Wahlpflichtbereich. Immer neue Projekte und Projektideen würden den Schulen zugeschoben. Das führe zur Belastung der einzelnen Schule, zu bürokratischem Aufwand und damit zur zusätzlichen Belastung jeder einzelnen Lehrkraft. In der von einer Teilnehmerin angestoßenen Diskussion wurde als ein Indiz für die zunehmende Belastung im Berufsalltag die Zunahme an Krankheitstagen gewertet. Vielen aus dem Herzen sprach ein Kollege: „Ich bin mit Leib und Seele Lehrer, aber manchmal fühle ich mich beim Umgang mit problematischen Situationen alleine gelassen.“

Bewerbermangel

Sorge bereitet der Blick auf die Ausbildungs- und Einstellungssituation. Es zeichnet sich eine Versorgungslücke beim Lehramt Realschule plus ab. Der Studiengang wird im Vergleich zur Gymnasialausbildung zunehmend weniger nachgefragt. Derzeit ist auch das Planstellenangebot in Rheinland-Pfalz sehr begrenzt. Hinzu kommt, dass benachbarte Bundesländer mit attraktiveren Angeboten locken. Immerhin:

Zu Beginn des Schuljahres 2019/20 wurden in Rheinland-Pfalz deutlich mehr Planstellen für die Realschule plus zur Verfügung gestellt als in den vorangegangenen Jahren.

Abhilfe könnten verbesserte Perspektiven und Arbeitsbedingungen schaffen. Dazu gehöre u.a. auch die Senkung des Stundendeputats und die Unterstützung im Schulalltag. Entlastungen für Lehrkräfte würden sich durch einen deutlichen Ausbau von Schulsozialarbeit und Schulpsychologie ergeben.

In den letzten Jahren hat die Landesregierung die Zahl der Funktionsstellen an Realschulen plus an die Gegebenheiten anderer Schularten herangeführt. Auffällig ist, dass die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber anhaltend überschaubar ist und die Besetzungsverfahren oft sehr lange dauern. Der Referent erläuterte die Modalitäten von der Ausschreibung bis zur Besetzung und erörtert mit den Teilnehmern Möglichkeiten, die Interessenlage zu verbessern und Verfahren zu beschleunigen.

Ausblick: 10 Jahre Schulstrukturreform – wie geht es weiter?

Wie es mit der Schulstrukturreform weitergeht, darin waren sich die Teilnehmer mit dem Referenten einig, wird entscheidend davon abhängen, wie die Schulen öffentlich wahrgenommen werden. Für den Erhalt eines attraktiven Bildungsangebots sind Aspekte der Kostenneutralität oder die Gebäudeauslastung nachrangig. Es muss Geld investiert werden, um in jedem Einzelfall ein Optimum für die von Schule betroffenen Kinder, Lehrer und Eltern zu erzielen.

Wünschenswert ist eine Reduktion des Deputats auf 24 Wochenstunden, um so ein besseres Schüler-Lehrer-Verhältnis zu fördern. Derzeit kommen durchschnittlich 14,2 Schülerinnen und Schüler auf eine Lehrkraft, damit liegt Rheinland-Pfalz auf einem der letzten Plätze im Vergleich der Bundesländer. Eine weitere Optimierung wird auch davon abhängen, ob ausreichend Lehrernachwuchs zu gewinnen ist und ob es gelingt, wirksame Konzepte zum Umgang mit herausfordernden Schülerinnen und Schülern zu entwickeln.

Im Anschluss an die Plenumsrunde nahm Herr Baust sich noch Zeit für individuelle Anliegen einzelner Lehrerinnen und Lehrer.



Bezirksvorsitzende Saskia Tittgen berichtete der Versammlung über das Engagement ihres Vorstands und lud zur Hauptversammlung am 19. März 2020 ein, bei der die verbandspolitischen Weichen für die nächsten Jahre gestellt werden.



Die Teilnehmer sind sich einig: Die Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte müssen verbessert werden. Eine weitere Verbesserung der schulischen Situation wird auch davon abhängen, ob ausreichend Lehrernachwuchs zu gewinnen ist und ob es gelingt, wirksame Konzepte zum Umgang mit herausfordernden Schülerinnen und Schülern zu entwickeln.



Monika Antoni
monika.antoni@vrb-rlp.de



Wolfgang Wünschel
wolfgang.wuenschel@vrb-rlp.de

Belastungen und Beanspruchungen in den Schulen

Die Lehrgesundheit hat hohe Priorität. Sie war Themenschwerpunkt der Personalrätefortbildung in Mutterstadt



Sorgen für die Organisation der Veranstaltung und Information der Teilnehmer (von links): Michael Eich, Nicole Weiß-Urbach, Monika Antoni, Regina Sersch, Saskia Tittgen und Martin Radigk.

Derzeit werden in Mainz eine Reihe von Vorschriften und Gesetzen überarbeitet (u.a. Schulgesetz, Übergreifende Schulordnung und die Lehrkräfte-Arbeitszeitverordnung). Michael Eich, Vorsitzender des Hauptpersonalrates RS plus, erläuterte den Teilnehmerinnen und Teilnehmern die angedachten Veränderungen und kommentierte: „Hierbei besteht die Möglichkeit, die Attraktivität unseres Berufes zu steigern, indem man die Belastungen für die Kolleginnen und Kollegen reduziert.“ In seinen Stellungnahmen formuliert der VRB Forderungen und Möglichkeiten, die den Verbandsvertretern aufgrund einschlägiger Praxiserfahrungen seiner Mitglieder realistisch erscheinen.

Jahresplan für den Schulpersonalrat

Nicole Weiß-Urbach, sie ist Mitglied im Bezirkspersonalrat RS plus, erarbeitete mit den Personalratsmitgliedern deren Aufgabengebiete, aber auch die Rechte der Örtlichen Personalräte anhand eines Jahresplans. Sie verwies dabei auf die Bedeutung der Zusammenarbeit zwischen den Schulpersonalräten und dem BPR. Sie tat das am Beispiel des BPR-Umgangs mit den ÖPR-Rückmeldungen zu den Gliederungsplänen. Sie sind Grundlage für Forderungen nach Versorgungskorrekturen seitens der Schulaufsicht.

Vertretungskonzepte

Auf der letzten PR-Fortbildung war der Wunsch geäußert worden, Vertretungskonzepte zum Thema zu machen und Tipps zur Erstellung zu geben. Dem Anliegen trug Regina Sersch Rechnung, die als Konrektorin in Landau für Stunden- und Vertretungspläne zuständig war. Sie stellte heraus, dass es nicht ein auf alle Schulen passendes Konzept gebe. Sie zeigte verschiedene Aspekte auf, die man bei der Erstellung eines Vertretungskonzeptes bedenken sollte, und erläuterte differenzierte Optionen in der Umsetzung. Für Diskussion sorgte die Frage, ob und zu welchen Konditionen sog. Präsenzstunden eingerichtet werden können.

Als Mitglied des Bezirkspersonalrats RS plus berichtete Martin Radigk über aktuelle Themen aus dem Tarif- und Besoldungsrecht.

Gefährdungsbeurteilung online

Michael Eich stellte in seinem Bericht aus dem HPR RS plus heraus, dass die Häufigkeit der eingehenden Belastungsanzeigen zunimmt. Dieses Phänomen konnte Saskia Tittgen, Bezirksvorsitzende und stellv. Vorsitzende des HPR RS plus, mit ihrer Präsentation zum Abschlussbericht zur Studie zur Belastung und Beanspruchung von Bediensteten an Realschulen plus in Rheinland-Pfalz bestätigen. Darin stellt das Institut für Lehrergesundheit (IfL) heraus, dass die Belastungen in den Realschulen plus höher sind als in anderen Schularten. Auslöser für die Durchführung der Studie war, dass sich der Beratungsbedarf des Instituts für Lehrergesundheit an Realschulen plus bis 2015 gehäuft hatte. Die Belastungen können mit der Durchführung einer Gefährdungsbeurteilung dokumentiert werden. Den Ablauf der nun größtenteils online stattfindenden Gefährdungsbeurteilung stellte Saskia Tittgen ausführlich vor.

Das Betriebliche Eingliederungsmanagement (BEM), welches nach sechs Wochen Krankheit innerhalb der letzten zwölf Monate angeboten werden muss, wurde von Martin Radigk erläutert.

Die Verbandsvertreter nahmen Forderungen der Anwesenden zur Steigerung der Attraktivität des Lehrerberufs auf und sahen sich in den VRB-Zielen bestätigt, eine Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung, die Senkung der Klassenzahlen und eine angemessene Besoldungsstruktur durchzusetzen.

Zahlreiche Personalratsmitglieder folgten der Einladung zu einer VRB-Fortbildung mit dem Schwerpunkt Lehrergesundheit. Nach den Beobachtungen der Referenten und Teilnehmerinnen und Teilnehmer verliert der Lehrerberuf an Attraktivität. Die VRB-Vertreter nahmen Forderungen der Anwesenden an die Landesregierung auf, dieser Entwicklung entgegenzusteuern.



In einer Studie zur Belastung und Beanspruchung von Bediensteten an Realschulen plus in Rheinland-Pfalz stellte das Institut für Lehrergesundheit heraus, dass die Belastungen in den Realschulen plus vergleichsweise hoch sind.



Saskia Tittgen
saskia.tittgen@vrb-rlp.de



Wolfgang Wünschel
wolfgang.wuenschel@vrb-rlp.de

VRB-DELEGIERTE MONIKA WEIS-MÜLLER UND GISELA SCHMIDT VERABSCHIEDET



Monika Weis-Müller (re.), die langjährige VRB-Delegierte an der Realschule plus mit Fachoberschule Schifferstadt wurde zum Ende des Schuljahres 2018/19 in den Ruhestand verabschiedet. Monika Weis-Müller hat als VDR/VRB-Delegierte engagiert unseren Verband unterstützt: Sie hat zuverlässig dafür gesorgt, dass der Verband mit seinen Veröffentlichungen im Lehrerzimmer präsent war, und sie hat insbesondere junge Kolleginnen und Kollegen auf den VRB aufmerksam gemacht. Die Teilnahme am Realschulkongress, an den Delegierten- und Bezirksversammlungen war für sie selbstverständlich, und oft konnte sie auch Kolleginnen und Kollegen zur Teilnahme gewinnen. Während ihrer Zeit als ÖPR-Vorsitzende nahm sie regelmäßig an den VRB-Personalratsschulungen teil. Monika Weis-Müller hat als wichtiges Bindeglied zwischen dem Kollegium Schifferstadt und dem VRB-Bezirks- und Landesverband erfolgreich gewirkt.

Frau Weis-Müller hat an der Universität Mainz Mathematik und Physik studiert und war seit 1981 an der Realschule plus Schifferstadt tätig. Neben dem Unterricht übernahm sie vielfältige Aufgaben: Sie betreute unterschiedliche AGs und führte Fachbereiche. Sie unterstützte die Schule bei der Erstellung der Stundenpläne und arbeitete in Arbeitsgruppen wie z.B. der zur Zusammenführung der Realschule und Hauptschule Schifferstadt zur Realschule plus mit. Sie hat die Unterrichtserlaubnis für die Fachoberschule (FOS) im Fach Bildende Kunst und im Wahlpflichtfach Mathematik-Naturwissenschaften erworben und in der FOS unterrichtet.

Ebenfalls verabschiedet wurde VRB-Mitglied **Gisela Schmidt** (li.). Sie hat in Siegen Chemie und Physik studiert und war seit 1990 an der Realschule plus Schifferstadt tätig. Sie hat neben ihrer unterrichtlichen Tätigkeit Projektwochen organisiert und sich ins Schulverwaltungsprogramm Magellan eingearbeitet. Von 2014 an war sie ans Bildungsministerium abgeordnet zur Mitarbeit am neuen Schulverwaltungsprogramm edoo.sys RLP.

Gisela Schmidt und Monika Weis-Müller haben viele „nebenunterrichtliche“ Aufgaben gemeinsam bearbeitet und waren so „tragende Säulen“ im Kollegium der Realschule Schifferstadt. Von den Kolleginnen und Kollegen erfuhren sie aufgrund ihres Engagements und ihrer Hilfsbereitschaft große Wertschätzung. Mehrmals haben sie auch gemeinsam die Kassenprüfung im VRB-Bezirksverband Neustadt übernommen.

Neuer VRB-Delegierter in Schifferstadt ist Thomas Holfelder.



Gudrun Deck
gudrun.deck@vrb-rlp.de



Bezirk Trier

► VRB BEZIRKSVERSAMMLUNG

„Auf die Stimme kommt es an“

Neben verbandspolitischen Themen und Informationen aus den Personalvertretungen stand das Thema „Auf die Stimme kommt es an“ im Zentrum einer Bezirksversammlung in Trier.

Die staatlich anerkannte Logopädin Nicole-Alexandra Schumacher gestaltete einen Workshop mit dem Schwerpunkt „Meine Stimme – meine Stärke“. Bereits zu Beginn der Veranstaltung erklärte sie, dass in den letzten Jahren psychogen bedingte Stimmstörungen zunehmen. Darunter litten nicht nur die Betroffenen, sondern auch die Angehörigen.

Während einer Vorstellungsrunde berichteten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, ob sie bereits eigene Erfahrungen mit Stimmproblemen gemacht haben. Hierbei wurde deutlich, dass ein möglicher Verlust der Stimmkraft bereits bei jungen Kolleginnen und Kollegen perspektivisch verankert sein kann.

Im ersten Modul des Tagesseminars wurden anatomische Grundlagen erörtert, die zentrale Rolle der Atmung sowie die essenzielle Bedeutung der Bauchmuskeln, des Zwerchfells und der Rücken- und Rippenmuskeln hervorgehoben. Bei einer

Atemübung erforschten die Kolleginnen und Kollegen durch bewusstes Atmen, ob sie in den Bauch, die Brust oder in einer kombinierten Form, das ist die physiologisch richtige Atmung, atmen.

Auch die Sprechwerkzeuge, wie aktive und passive Artikulatoren oder die Stimm lippen, sind für das alltägliche Sprechen bedeutungsvoll. Damit die im Lehrerberuf weit verbreiteten Stimmlippenknötchen vermieden werden können, kommt es auf weniger Kraftaufwand beim Sprechen an, dafür auf ausreichendes Luftnehmen während des Sprechens. Damit dies gelingen kann, sei im Schulalltag eine schwingende Haltung und eine bewusste Bauchatmung hilfreich, so die Logopädin.

Im zweiten Modul schlossen sich praktische Übungen an, sodass sich die Anwesenden in ihrer korrekten Körperhaltung und Atmung ausprobieren konnten und zugleich eine direkte und individuelle Rückmeldung seitens Frau Schumachers erhielten.

Um die Atmung – und hierbei insbesondere das gezielte Ein- und Ausatmen – Zuhause, auf der Autofahrt zur Schule oder im Laufe des Schulvormittags trainieren zu können, gab die Referentin den Teilnehmerinnen und Teilnehmern Übungen zur Lockerung der Sprechwerkzeuge an die Hand. Die praktischen Übungen führten bei der gemeinsamen Erprobung nicht nur zu allgemeiner Erheiterung, sondern auch zur Verdeutlichung der anatomischen Grundlagen.

Am Ende des Workshops hatten die Kolleginnen und Kollegen einen Einblick in die Techniken zur Pflege der eigenen Stimmhygiene und Stimm schonung erhalten, um das wichtigste Instrument im Lehrerberuf, nämlich die eigene Stimme, langfristig zu umsonen.



Anna Becker
anna.becker@vrb-rlp.de



Holger Schwab
holger.schwab@vrb-rlp.de



Logopädin Nicole-Alexandra Schumacher: Es geht darum, einem möglichen Verlust der Stimmkraft vorzubeugen.



Christoph Krier (re.) konnte zahlreiche interessierte Kolleginnen und Kollegen zur Bezirksversammlung begrüßen, in deren Mittelpunkt der Workshop „Meine Stimme – meine Stärke“ stand.



Jutta Okfen begrüßte für den VRB-Bezirksverband die Teilnehmerinnen und Teilnehmer am zweiten IGS-Symposium, das an der IGS Salmtal zu Gast war.



Am Gesprächstisch „Mutterschutz und Elternzeit“ fanden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer individuelle Beratung.

► ZWEITES IGS-SYMPOSIUM AN DER IGS SALMTAL

Teilzeit, Mutterschutz und Elternzeit

Der Einladung zum 2. IGS-Symposium des Bezirks Trier folgten Kolleginnen und Kollegen verschiedener Integrierter Gesamtschulen, um mit den VRB-Vertreterinnen Marlies Kahn (BPR IGS) und Jutta Okfen (IGS Salmtal) sowie der Junglehrervertreterin Jenny Beyer und dem Bezirksvorsitzenden Christoph Krier in einen kollegialen Austausch zu treten.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer konnten sich ausgehend von ihren Interessen zwischen zwei Thematischen entscheiden, in deren Fokus zum einen der Mutterschutz und die Elternzeit und zum anderen die Altersteilzeit als Gesprächsthema standen.

Im Gesprächskreis zum Thema Mutterschutz /Elternzeit interessierten sich die jungen Kolleginnen und Kollegen vor allem für die Aufsplittung der Elternzeit innerhalb des Zeitraums bis zum achten Lebensjahr des Kindes. Dank des individuellen Charakters der Veranstaltung konnten die Fragen der Teilnehmerinnen auf die eigene Person bezogen beantwortet werden. Aus den persönlichen Gesprächen ergaben sich wiederum vielfältige Tipps für den Mutterschutz und die Elternzeit.

Am anderen Gesprächstisch wurde zunächst über die zurzeit noch gültigen Alters- bzw. Ruhestandsregelungen informiert, woraus u.a. Detailfragen zur Altersteilzeitregelung (ATZ) und deren Fortbestand erwachsen. Dabei ging die Blickrichtung bereits über das Jahr 2021 hinaus. Im Gesprächsverlauf wurde die Besorgnis ins-

besondere der Anwesenden spürbar, die das Antragsalter knapp verfehlen werden. Sie befürchteten, dass sich mögliche Änderungen für sie zum Nachteil entwickeln könnten. Angesichts zunehmender Belastung wurde gefordert, dass sich der Verband für die Beibehaltung der bestehenden Regelungen einsetzt.

Neben den formalen Richtlinien zur Beantragung der Elternzeit bzw. der Altersteilzeit war es für die Anwesenden wichtig, mit erfahrenen Kolleginnen und Kollegen in den Austausch zu kommen, um die eigene anstehende Entscheidung neu zu bewerten.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer bedankten sich für den intensiven Austausch in der vertrauensvollen und wertschätzenden Atmosphäre sowie für die Gastfreundschaft der IGS Salmtal. Sie äußerten zugleich den Wunsch, auch weiterhin das IGS-Symposium im Bezirk Trier beizubehalten und dieses Austauschformat weiter zu pflegen.



Marlies Kahn und Jutta Okfen
marlies.kahn@vrb-rlp.de · jutta.okfen@vrb-rlp.de



Christoph Krier
christoph.krier@vrb-rlp.de

Foto: Adobe Stock



Mitgliederverwaltung

Die Mitgliederverwaltung bittet darum, dass Adressänderung, Schulwechsel, Namensänderung wegen Heirat, Änderung der Bankverbindung, Änderung beim Beschäftigungsverhältnis (TV-L/Planstelle, Vollzeit/Teilzeit, Stundenzahl) an Wolfgang Seebach weitergegeben werden.



Wolfgang Seebach

Unterstraße 19
56814 Faid

mitgliederverwaltung@vrb-rlp.de
Tel: 0 26 71 / 85 49
Fax: 0 26 71 / 60 78 95

In eigener Sache

Der VRB-Mitgliedsbeitrag wird zum 1. Januar 2020 angepasst (siehe Tabelle in der Beitrittserklärung auf Seite 63). Die letzte Anpassung liegt vier Jahre zurück.

Wir bleiben deutlich unter den Rahmenvorgaben (0,55 % vom Grundgehalt) unserer Beitragsordnung. Das gelingt, weil wir die Ehrenamtlichkeit unserer Verbandsarbeit erhalten wollen.

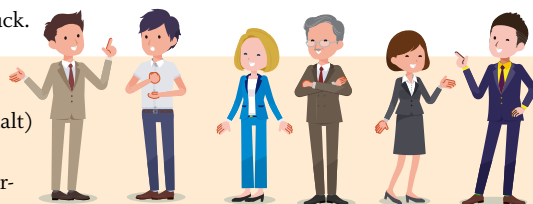


Illustration: Adobe Stock

Die Preissteigerungen bei Porto, Energie und Tagungskosten sowie Erhöhungen der Umlagen unserer Dachverbände, um nur einige der für unsere Arbeit wesentlichsten Bereiche aufzuzählen, machen diese Anpassung nötig. Wir wollen Leistungen erhalten und sichern sowie neue Aufgaben bewältigen. Zu nennen sind beispielhaft die Rechtsberatung unserer Mitglieder und deren Interessenvertretung über verschiedene Schularten hinweg, der Versicherungsschutz bei Veranstaltungen, die Umsetzung der Datenschutz-Grundverordnung, der Direktversand unserer Mitgliederzeitschrift, eine erweiterte Medienpräsenz sowie die Fachkongresse und Fortbildungen zu schul- und personalvertretungsrechtlichen Fragestellungen.

**19. März 2020
Hauptversammlung
in Ingelheim**
Infos auf der Heft-
rückseite +++ Einladung
liegt bei

VRB-HANDBUCH

Das VRB-Handbuch erscheint im Wingen-Verlag und ist die Sonderausgabe einer Loseblattsammlung, deren Grundwerk derzeit zum Preis von 32 Euro (zzgl. Versand und Porto) verkauft wird. Mit 1–2 Ergänzungslieferungen jährlich wird das Werk regelmäßig erweitert und auf aktuellem Stand gehalten.



VRB-Mitglieder erhalten das Grundwerk und die Ergänzungen zu einem ermäßigten Preis. Für Neumitglieder ist das zweibändige Grundwerk Begrüßungsgeschenk.

FEEDBACK AN DIE REDAKTION

Themenauswahl und Layout sind spitze!

Erich Hermann, Landau

Ein Like für gute Ideen
und hervorragende Darstellung!

Regina Tilch, Koblenz

Digitalpakt: Technische Assistenten

Wir haben schon vor vielen Jahren technische Assistenten gefordert!
Es gab sie vereinzelt an Gymnasien, aber nicht an der Realschule.
Jetzt ist es an der Zeit, unsere Forderung wieder lautstark
aufleben zu lassen. Die Zeiten, bei Problemen und Störungen IT-erfahrene
Lehrkräfte aus dem Unterricht zu holen, müssen vorbei sein!

Birgitt Maczuck, Konz

Mir gefällt, dass so umfassend und
ansprechend über unsere Arbeit in den
VRB-Bezirken berichtet wird!

Nicole Weiß-Urbach, Koblenz

In der kommenden Ausgabe ...



- stellen wir den neu gewählten Landesvorstand vor und berichten über die Ergebnisse der VRB-Hauptversammlung 2020,
- zeigt Wilfried Rausch auf, wie VRB, VDR und dbb die Seniorenvertretung in einem Netzwerk organisieren und so kompetente und aktuelle Beratung anbieten können,
- setzen wir die Schulrecht-Reihe mit Anwältin Antonia Dufeu fort,
- geht Bernd Karst in seinem Beitrag „Fake News statt Faktentreue“ einem Phänomen mit gesellschaftspolitischer Relevanz nach,
- erfahren Sie, ob und wie die Digitalpakt-Mittel in den Schulen ankommen,
- informieren wir über Angebote, Seminare und Veranstaltungen der VRB-Bezirksverbände,
- stellen wir die aktuellen Ergebnisse unserer Verhandlungen und Beratungen mit den Landtagsfraktionen, der Schulverwaltung, Schulträgern und Verbänden vor.

Impressum

Herausgeber

VRB Verband Reale Bildung
Landesverband Rheinland-Pfalz e. V.

Landesvorsitzender

Timo Lichtenthäler
Felix-Blass-Straße 2
53474 Bad Neuenahr-Ahrweiler
Tel: 0 26 41/9 11 72 84
timo.lichtenthaeler@vrb-rlp.de

Mitgliederverwaltung

Wolfgang Seebach
Unterstraße 19
56814 Faid
Tel: 0 26 71 / 85 49
Fax: 0 26 71 / 60 78 95
mitgliederverwaltung@vrb-rlp.de

Schatzmeister

Martin Radigk
Nachtigallenweg 55
67346 Speyer
Tel: 0 62 32 / 4 04 44
Fax: 0 62 32 / 1 21 33 18
schatzmeister@vrb-rlp.de

Redaktion

Wolfgang Wünschel
Am Schlossberg 20
76835 Hainfeld
Tel: 0 63 23 / 8 18 77
wolfgang.wuenschel@vrb-rlp.de

Redaktionsteam

Michael Eich (Eic), Wolfgang Häring (Hr),
Bernd Karst (Ka), Wilfried Rausch (Ra), Wolf-
gang Seebach (WS), Regina Serscher (Ser)

Layout, Auflage und Druck

Daniela Boudgoust · www.bizzdesign.de
5.000 Stück, flyeralarm GmbH, Würzburg

Zuschriften

Einsender von Manuskripten, Briefen u. Ä. erklären sich mit redaktioneller Bearbeitung einverstanden. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder.

Für unverlangt eingesandte Bücher, Schriften oder Arbeitsmittel wird keine Verpflichtung übernommen. Rücksendung erfolgt nur, wenn ausreichend Rückporto beiliegt. Beiträge, Zuschriften und Besprechungsstücke an die Redaktion erbeten. Nachdruck, auch auszugsweise gerne, aber nur mit Genehmigung.

Bildmaterial

Bitte senden Sie uns Ihr Bildmaterial ausschließlich in digitalisierter Form zu und achten Sie auf eine druckfähige Auflösung (300 dpi).

Anzeigenberatung und -preisliste

Bitte wenden Sie sich an Daniela Boudgoust
(boudgoust@bizzdesign.de). Es gilt die Anzeigenpreisliste vom Mai 2014.



Attraktivität des Arbeitsplatzes Schule steigern: Lehrkräfte entlasten statt überlasten!

Der Verband Reale Bildung fordert seit Langem Entlastungen und verbesserte Arbeitsbedingungen für die Lehrkräfte an Realschulen plus und an Integrierten Gesamtschulen. Jetzt mehren sich die Anzeichen, dass die von uns prognostizierten Folgen eintreten und die Attraktivität des Arbeitsplatzes Schule in Rheinland-Pfalz und das Lehramt an Realschulen plus Schaden nimmt.

Belastungen bislang weitgehend ignoriert

Die rheinland-pfälzische Landesregierung hat die gestiegenen Belastungen bislang weitgehend ignoriert. Dabei hat sie diese durch ihre Bildungspolitik mitverursacht. Die Anforderungen an den Unterricht wurden durch das schulgesetzlich verbrieftete Versprechen nach individueller Förderung massiv erhöht. Gleichzeitig nimmt die Heterogenität der Schülerinnen und Schüler zu (u. a. Inklusion, Migration), was zu einem deutlichen Mehraufwand, und das nicht nur bei der Vor- und Nachbereitung des Unterrichts, führt. Hinzu kommen veränderte gesellschaftliche Ansprüche, die dazu führen, dass Lehrkräften immer mehr neue Aufgaben übertragen werden, allerdings ohne dass diese hierfür die erforderlichen Ressourcen erhalten. Digitalisierung und Medienbildung, Sprachförderung, Umgang mit Lernschwächen (z. B. Lese-Rechtschreibschwäche und Dyskalkulie), Suchtprävention, Verbraucherbildung – alle damit verbundenen Aufgaben erfordern ein Mehr an Absprachen und Kooperationen mit außerschulischen Partnern (z. B. Jugendämter und Arbeitsagenturen). Und auch die schulinternen Abstimmungserfordernisse erhöhen sich durch mehr Klassenkonferenzen, Dienstbesprechungen und Teamsitzungen.

Lehrkräfte vermissen Unterstützung

Daneben wurden Eltern- und Schülerrechte kontinuierlich ausgeweitet. Das ist grundsätzlich nicht zu beanstanden. Allerdings

vermissen viele Lehrkräfte gleichzeitig die Unterstützung der Landesregierung, wenn sozial-emotional auffällige Kinder und Jugendliche den Unterricht stören bzw. durch ihr z. T. aggressives Verhalten keinen Unterricht zulassen, Lehrkräfte bedrohen oder gar tötlich angreifen. Auch im Umgang mit kooperationsunwilligen Eltern fühlen sich viele Schulen und Lehrkräfte von Mainz im Stich gelassen.

Belastungen nicht länger wegdiskutieren!

Der Verband Reale Bildung hat gegenüber allen bildungspolitisch relevanten Akteuren deutlich angezeigt, dass sich die enormen Belastungen nicht länger wegdiskutieren oder mit Best-Practise-Beispielen lösen lassen. Das „Nichthandeln“ und „Nichternstnehmen“ rächt sich nun. Die Attraktivität des Arbeitsplatzes Realschulen plus schwindet rasant. Belege hierfür sind der Gesundheitsbericht des Instituts für Lehrgesundheit mit dem Schwerpunkt Realschulen plus, die zunehmende Zahl an Gefährdungsanzeigen, der hohe Krankheitsstand, die sinkenden Zahlen der Studierenden und der Anwärtinnen und Anwärter mit dem Lehramt Realschulen plus.

KlarText: Das Lehramt an Realschulen plus ist unverzichtbar. Die rheinland-pfälzische Landesregierung schwächt durch ihr beharrliches „Nichthandeln“ das Lehramt sowie die Attraktivität des Arbeitsplatzes. Der VRB fordert eine spürbare Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung auf 24 Wochenstunden und eine Erhöhung der Anrechnungsstunden für besondere Aufgaben und Belastungen. Die sogenannte Drittelpauschale muss zu einer Vollpauschale ausgebaut werden.

Beitrittserklärung

Verband Reale Bildung
Verband der Lehrkräfte in den Schulen in Rheinland-Pfalz
Mitgliederverwaltung Wolfgang Seebach
Unterstraße 19
56814 Faid

Tel.: 0 26 71 / 85 49
Fax: 0 26 71 / 60 78 95
E-Mail: mitgliederverwaltung@vrb-rlp.de

Name	Vorname	Geb.-Datum	E-Mail
Straße		PLZ und Wohnort	Telefon/Fax/Mobil-Nr.
Dienstbezeichnung	Schule	Prüfungsfächer	

- Ich erhalte Bezüge gemäß der Besoldungsgruppe A TV-L
- Ich bin vollbeschäftigt Ich bin teilzeitbeschäftigt mit Wochenstunden Ich bin Mitglied im ÖPR
- Ich bin Lehramtsanwärter/in am Studienseminar voraussichtlich bis zum
- Mein/e Ehepartner/in bzw. Lebenspartner/in ist bereits Mitglied im Verband.

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zum Verband Reale Bildung (VRB) Rheinland-Pfalz e. V.

Mein Eintritt soll zum nächstmöglichen Termin (Quartal) erfolgen. Mein Monatsbeitrag ergibt sich aus der gültigen Beitragsordnung. Gleichzeitig gebe ich dem Schatzmeister widerruflich Abbuchungserlaubnis für meine Quartalsbeiträge zu Lasten meines u. g. Kontos. Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten ausschließlich für VRB-interne Zwecke gespeichert und verarbeitet werden.

Bankleitzahl	Name der Bank	Kontonummer
(sofern bekannt) IBAN		BIC
Ort	Datum	Unterschrift

Beitragsordnung vom 3. November 2009 (Auszug)

Der Monatsbeitrag orientiert sich an 0,55 % vom Bruttobetrag der jeweiligen Besoldung und wird deshalb von Zeit zu Zeit angepasst. Die aktuelle Anpassung erfolgt am 1. Januar 2020. Siehe dazu Seite 58: „In eigener Sache“.

Gehaltsstufe		Monatsbeitrag in €
A 16		20,50
A 15		19,50
A 14		17,-
A 13		16,-
A 12	oder darunter	15,-
A 13	Teilzeit 15-21 Wstd.	13,-
A 12	oder darunter Teilzeit 15-21 Wstd.	12,-
A 12/13	Teilzeit bis 14 Wstd.	11,-
TV-L	Vollbeschäftigung	13,-
TV-L	Teilzeit 15-21 Wstd.	11,-
TV-L	Teilzeit bis 14 Wstd.	10,-
Pensionäre		8,-
Lehramtsanwärter		3,-

Lehrkräfte mit einem Deputat

- ab 22 Wochenstunden zahlen den vollen Beitrag.
- von 15-21 Wochenstunden zahlen einen ermäßigten Satz des vollen Beitrages der entsprechenden Besoldungsgruppe.

Mitglieder in Alterszeit

- nach dem Blockmodell zahlen zunächst den normalen Beitrag, mit Beginn der Freistellungsphase den Pensionärsbeitrag.
- nach dem konventionellen Modell zahlen durchgehend den Teilzeitbetrag.

Beurlaubte, Pensionäre

zahlen die Hälfte des Regelbeitrages der Besoldungsgruppe A 13.

Ehegatten, Lebenspartner

Der Ehegatte/Lebenspartner in der geringeren Gehaltsstufe zahlt die Hälfte des Beitrags.

Lehramtsanwärter

zahlen einen ermäßigten Beitrag von 3,- €.

Die Zahlung der Monatsbeiträge erfolgt vierteljährlich. Bitte informieren Sie uns umgehend über relevante Änderungen Ihrer persönlicher Daten.



HERAUSFORDERUNGEN 2020

SCHULE & GESELLSCHAFT

EINLADUNG

zur öffentlichen Veranstaltung im Rahmen
der 27. Hauptversammlung

Donnerstag, 19. März 2020 • 13.30 Uhr bis 16.00 Uhr
Fridtjof-Nansen-Akademie • Fridtjof-Nansen-Platz 3 • Ingelheim

- Begrüßung und Eröffnung
- Grußworte
- **Herausforderungen 2020
Schule & Gesellschaft**
- Rede der/des Landesvorsitzenden
- Rede der Bildungsministerin **Dr. Stefanie Hubig**
- Table-Talk mit Expertinnen und Experten aus Schule,
Hochschule und Wirtschaft
- Musikalische Umrahmung

→ Die Einladung zur nicht-öffentlichen Mitgliederversammlung ab 9.00 Uhr ist dem Heft beigelegt.

